

BAND 18

Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland Eine Bestandsaufnahme

Mit Beiträgen von Juliane Achatz, Hans-Jürgen Arlt, Dirk Baecker, Jens S. Dangschat, Anke Domscheit-Berg, Klaus Dörre, Silke Kohrs, Martin Kronauer, Dorothee Schulte-Basta, Peter Siller und Aysel Yollu-Tok



GRÜNBUCH SOZIALE TEILHABE IN DEUTSCHLAND

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZU WIRTSCHAFT UND SOZIALES
BAND 18**

Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland

Eine Bestandsaufnahme

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann her-

untergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland

Eine Bestandsaufnahme

Band 18 der Schriftenreihe Wirtschaft und Soziales

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2016

Redaktionelle Mitarbeit: Sigrun Matthiesen

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von State Design)

Cover-Foto: Stephanie Steinkopf – Ostkreuz Agentur der Fotografen ©

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-156-8

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort und Einleitung	7
TEIL I: Wandel! Eine kontroverse Analyse des Sozialen	11
Dirk Baecker Partizipation 4.0	13
Peter Siller Strategie Inklusion: Gleichheit in der pluralistischen Gesellschaft	19
Dorothee Schulte-Basta Orte gesellschaftlicher Teilhabe: Der Wert öffentlicher Güter	25
Klaus Dörre Das Postbotenprinzip: Arbeit in der entscherten Vollerwerbsgesellschaft	33
Anke Domscheit-Berg Kollege Roboter – die Veränderung der Arbeitswelt durch die Dritte Industrielle Revolution	48
TEIL II: Brüchigkeit! Soziale Positionen und staatliche Garantien	61
Martin Kronauer Reale oder gefühlte Bedrohung? Soziale Verwundbarkeit und Gefährdungslagen	63
Aysel Yollu-Tok Anschluss und Ausschluss: Dynamiken im Wohlfahrtsstaat	75
Juliane Achatz Eingeschränkte Teilhabe aufgrund erhöhter Erwerbsrisiken. Eine empirische Übersicht besonders gefährdeter Gruppen	84
Jens S. Dangschat Mehr als Gentrifizierung und Ghetto: Die räumlichen Dimensionen von sozialer Teilhabe und Ausgrenzung	100
TEIL III: Teilhabe! Bewährte Strategien und neue Begrifflichkeiten	109
Silke Kohrs Inklusion und die Frage «Wer bleibt drin?»	111
Hans-Jürgen Arlt Konfliktkompetenz statt Resilienz. Wider die Trivialisierung von Individualität	119
Ausblick	127
Autorinnen und Autoren	131

VORWORT UND EINLEITUNG

Teilhabe ist heute eine der zentralen Kategorien gesellschaftlicher Lagebestimmung: Die Beschreibung sozialer Probleme erfolgt zunehmend nicht mehr nach dem bloßen Kriterium der materiellen Unterschiede, sondern nach dem Maßstab des gesellschaftlichen Ein- oder Ausschlusses von zentralen Orten, Netzen und Systemen. Teilhabe ist damit Gerechtigkeitsnorm und Zielbestimmung gesellschaftlicher Entwicklung gleichermaßen. Der Begriff spiegelt den Anspruch auf Zugang und Partizipation an den grundlegenden öffentlichen Gütern. Ob und wie dieser Anspruch verwirklicht werden kann, wird maßgeblich von politischen Rahmenbedingungen und sozioökonomischen Faktoren bestimmt. Wie wirken sich die zunehmende Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt auf die Teilhabe an Erwerbsarbeit aus? Was bedeutet es für die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten, wenn öffentliche Einrichtungen privatisiert werden oder innerstädtischer Wohnraum unerschwinglich wird? Wie steht es um die Bindungskräfte einer Gesellschaft, in der beinahe ein Fünftel der Bevölkerung – so das statistische Bundesamt – allein aufgrund ihrer finanziellen Lage von sozialer Ausgrenzung bedroht ist? Eingeschränkte soziale Teilhabe droht die demokratischen Fundamente zu untergraben, denn wer sich ausgeschlossen fühlt und die Kontrolle über sein Leben verliert, ist anfälliger für antidemokratische Parolen und fremdenfeindliche Ressentiments.

Wo in den 1990er Jahren noch von einer wachsenden Zahl von «Ausgeschlossenen» die Rede war, geht es jetzt vorwiegend um «vulnerable Gruppen». Gleichzeitig hat der Begriff «Resilienz» Karriere gemacht. Er beschreibt nicht nur die psychologische Fähigkeit, mit individuell erlebten Schicksalsschlägen umzugehen, sondern die Widerstandskraft von Individuen und Gruppen, mit (bedrohlichen) Veränderungen in ihrer Arbeits- und Lebenswelt zurechtzukommen. Dabei wird die Benachteiligung selbst oft als unabänderlich angesehen: statt deren Ursachen und Veränderungspotenziale zu ergründen, konzentriert sich das Interesse zahlreicher Forschungsvorhaben auf die häufig in der Familiengeschichte verortete Fähigkeit der Betroffenen, sich eigenständig aus den vorgefundenen unvorteilhaften Existenzbedingungen herauszuarbeiten. Die Tendenz zur Individualisierung sozialer Verhältnisse schiebt den Einzelnen alle Verantwortung für sein Leben zu. So richtig es ist, auf die Selbstwirksamkeit von Individuen abzuheben, so problematisch ist es, ihre Abhängigkeit von wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Weichenstellungen auszublenden, die von den Einzelnen nur sehr bedingt beeinflusst werden können.

Mit der Veröffentlichung dieses Grünbuchs treten wir dieser Tendenz zur Individualisierung des Sozialen entgegen. Wir sind überzeugt, dass es auch in einer vielfältigen Gesellschaft verbindliche und faire Teilhaberechte für alle Bürgerinnen

und Bürger geben muss. Es gibt nicht nur die Pflicht zur Selbstverantwortung, sondern auch eine Gewährleistungspflicht der Politik für die grundlegenden Bedingungen sozialer Teilhabe.

Angeichts der Komplexität des Themas konzentriert sich diese Publikation auf Deutschland und auf jene, die zumindest juristisch dazugehören, also einen langfristig gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Dabei schauen wir auf die Bereiche sozialer Teilhabe, die materiell beschreibbar und damit politisch veränderbar sind. Es geht in den Beiträgen dieses Grünbuches also um die empirisch belegten «harten Fakten» des Einkommens, der Bildung, der Familienverhältnisse und des Wohnens.

Aus Gründen der empirischen Evidenz haben wir uns entschieden, das Internet nicht als einen gesonderten Ort gesellschaftlicher Teilhabe zu untersuchen. In vielen Foren und Netzwerken ist noch nicht einmal klar, wer die Akteure sind: Social Bots oder reale Personen. Wir wissen nicht, ob bestimmte Äußerungen auf die Geschäftsordnung von Unternehmen zurückgehen oder auf Algorithmen; und wir können nicht ausschließen, dass Meinungen und Bewertungen doch nur bezahlte PR sind. Einstweilen bleibt fraglich, ob Online-Beteiligung gleichzusetzen ist mit sozialer Teilhabe – eine Frage, der sich die sozialwissenschaftliche Forschung dringend stärker widmen sollte. Die Beiträge dieses Grünbuchs diskutieren die vorliegenden Forschungsergebnisse zum Thema sozialer Teilhabe mit Blick auf ihre politischen Implikationen. Wir wollen damit aufzeigen, wo Sozialpolitik ansetzen kann und muss, wenn sie die sozialen Verwerfungen dieser Gesellschaft angehen und faire Teilhabechancen für alle gewährleisten will.

Im ersten Teil **«Wandel! Eine kontroverse Analyse des Sozialen»** werden die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Teilhabe herausgearbeitet. Dirk Baecker setzt sich mit der Frage auseinander, was Partizipation in der vernetzten Gegenwartsgesellschaft bedeutet und wie sich Inklusions- und Exklusionseffekte zu deren Kontingenz- und Komplexitätschancen verhalten. Peter Siller fragt nach den Grenzen des Diversity-Ansatzes in Bezug auf soziale Inklusion und skizziert eine politische Strategie für Gleichheit in der pluralen Gesellschaft. Danach werden die wichtigsten Veränderungen in den beiden derzeit für gesellschaftliche Teilhabe entscheidenden Bereichen analysiert: Öffentliche Güter und Arbeit. Dorothee Schulte-Basta zeigt, wie der Rückbau öffentlicher Infrastruktur zu ungerechter Verteilung von Teilhabechancen führt – nicht nur in Bezug auf die Nutzung, sondern auch bei der Gestaltung öffentlicher Güter. Den umfassenden und vielfältigen Veränderungen in der Arbeitswelt widmen sich zwei Beiträge: Klaus Dörre fragt nach den direkten und indirekten Verunsicherungen, die aus der Ausweitung des Niedriglohnsektors, der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und gestiegenen Arbeitsanforderungen der vergangenen zwanzig Jahre entstanden sind. Wie solche Prozesse sich in Zukunft noch verstärken könnten, beschreibt Anke Domscheit-Berg. Die dritte industrielle Revolution, so ihre Prognose, wird mittels vernetzter intelligenter digitaler Technologie Arbeitsanforderungen nicht nur in bisher ungekanntem Ausmaß verändern, sondern auch ganze, heute noch sicher geglaubte Berufe überflüssig machen.

Nach der Vermessung der wichtigen Orte sozialer Teilhabe geht es im zweiten Teil **«Brüchigkeit! Soziale Positionen und staatliche Garantien»** um die besondere Dynamik gegenwärtiger Exklusionsprozesse. Martin Kronauer analysiert, welche Faktoren die derzeitige soziale Verunsicherung begründen und wer in welchem Maße davon betroffen ist. Die besondere Rolle, die der Wohlfahrtsstaat in dieser Dynamik spielt, untersucht der Beitrag von Aysel Yollu-Tok. Sie weist nach, dass die Hartz-Reformen weit mehr bedeuteten als materielle Einschränkungen für Bedürftige. Mit ihrer umfassenden Orientierung auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts stellen sie vielmehr eine signifikante Veränderung sozialstaatlicher Teilhabelogik dar. Die Frage, für welche gesellschaftlichen Gruppen die Risiken auf dem Arbeitsmarkt besonders groß sind, beleuchtet Juliane Achatz. Ihr aktueller empirischer Überblick zeigt auch, wo trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen die blinden Flecken gegenwärtiger Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liegen. Im abschließenden Beitrag dieses zweiten Teils lotet Jens S. Dangschat aus, wie sich die zuvor beschriebenen neuen Spannungsverhältnisse von Teilhabe und Ausgrenzung im zunehmend sozial segregierten Stadtraum spiegeln und verstärken.

Der dritte und letzte Teil **«Teilhabe! Bewährte Strategien und neue Begrifflichkeiten»** fragt nach Stand und Bedingungen sozialer Inklusion. Silke Kohrs untersucht, welche Gruppen vor Exklusionsrisiken geschützt sind. Anhand aktueller Studien identifiziert sie soziale Konstellationen, die auch angesichts gesellschaftlicher Umbrüche Teilhabe gewährleisten. Hans-Jürgen Arlt setzt sich kritisch mit dem Begriff «Resilienz» auseinander. Da Einzelne wie Gruppen ihre Ansprüche und Interessen immer auch gegen andere durchsetzen müssen, plädiert er dafür, sich stärker mit Konfliktkompetenz zu beschäftigen. Der folgende Ausblick skizziert die wichtigsten Handlungsfelder, die sich aus der vorliegenden kritischen Bestandsaufnahme für eine zukunftsfähige, teilhabeorientierte Sozialpolitik ergeben.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Mitwirkenden. Ohne ihre Fachkenntnis und Diskussionsbereitschaft wäre dieses Grünbuch nicht möglich gewesen. Einen besonderen Dank möchten wir darüber hinaus der Journalistin Sigrun Matthiesen aussprechen, deren Hilfe bei der Planung, Organisation und redaktionellen Begleitung wesentlich für die Realisierung der Publikation war.

Berlin, im Dezember 2016

Ralf Fücks

Vorstand

Heinrich-Böll-Stiftung

Peter Siller

Leiter der Abteilung Inland

Heinrich-Böll-Stiftung

Dorothee Schulte-Basta

Referentin für Sozialpolitik

Heinrich-Böll-Stiftung

TEIL I

Wandel! Eine kontroverse Analyse des Sozialen

Zwei grundlegende Prinzipien sind, so die gängigen Definitionen, bestimmend für «das Soziale» einer Gesellschaft: zum einen Interdependenz, also die wechselseitigen Abhängigkeiten und Interaktionen der Individuen, zum anderen Partizipation an dem, was die Gesellschaft als öffentliche Güter definiert. Die Frage nach der konkreten Ausgestaltung und Verwirklichung dieser Grundprinzipien stellt sich immer wieder aufs Neue – insbesondere angesichts eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, wie wir ihn in den vergangenen drei Jahrzehnten erlebt haben. Deshalb wollen wir im ersten Teil dieses Grünbuchs klären, was die gegenwärtigen Bedingungen des Sozialen in der deutschen Gesellschaft ausmacht.

Dabei beschäftigt uns zuallererst die Frage, wie sich der Begriff Teilhabe heute überhaupt noch theoretisch fassen und politisch fruchtbar machen lässt. *Dirk Baecker* betrachtet ihn als historisch und regional veränderliche Variable. Die digitale Gesellschaft ist für ihn geprägt durch das Spannungsverhältnis einer schier unübersehbaren Zahl miteinander konkurrierender Gruppenidentitäten bei gleichzeitiger totaler Vernetzung. Die weiterhin zu Recht bestehende Frage nach sozialer Teilhabe im Sinne fairer Zugangschancen, so Baecker, kann deshalb nicht mehr gestellt werden, ohne genauer zu präzisieren, auf welche Gruppe und welches Netzwerk sie sich bezieht.

Peter Siller hält in seinem Beitrag dagegen, dass es gerade die Universalität sozialer Teilhabe ist, die ihre Bedeutung ausmacht – auch und insbesondere in der pluralistischen Gesellschaft. «Diversity» darf nicht als Vorwand für ungleiche Zugangschancen dienen. Im Gegenteil, so sein Plädoyer, begründet sich das Recht auf gleiche Teilhabemöglichkeiten gerade nicht aus der Unterschiedlichkeit, sondern daraus, dass diese Unterschiede für soziale Teilhabe irrelevant sein sollten.

Wieso dieser Anspruch derzeit weder bei der Nutzung noch bei der Gestaltung öffentlicher Güter erfüllt wird, analysiert *Dorothee Schulte-Basta*. Sie fasst die Ergebnisse der Kommission Öffentliche Güter der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen. Ihr Beitrag zeigt auf, wie die Rücknahme öffentlicher Infrastruktur nicht nur zu räumlichen Ungleichheiten führt, sondern auch soziokulturelle Verschiebungen verschärft. Neben den ungleichen Chancen, was die Nutzung öffentlicher Güter angeht, so Schulte-Bastas Fazit, bedeuten zunehmende Liberalisierung und Privatisierung

vor allem auch eine ungleiche Teilhabe an der Definition und Ausgestaltung öffentlicher Güter.

Die Frage, wie es im zentralen Bereich der wechselseitigen Abhängigkeiten und Tauschgeschäfte, nämlich der Arbeitswelt, heute zugeht, beantwortet *Klaus Dörre*. Er beschreibt eine entscherte Vollerwerbsgesellschaft deren hervorstechendes Charakteristikum Gratisarbeit ist. Das «Postbotenprinzip», also mehr tun zu müssen, als vertraglich vereinbart und bezahlt wird, so Dörre, greift nicht nur Status- und Branchenübergreifend und prägt über die Erwerbsarbeit hinaus auch private Bereiche wie Haus-, Eigen- und Sorgearbeiten.

Speziell die Erwerbsarbeit und deren gegenwärtige wie zukünftige Veränderungen durch vernetzte digitale Technologien nimmt *Anke Domscheit-Berg* in den Blick. Roboter und künstliche Intelligenz, Cloud-Dienste, das Internet der Dinge, 3D-Druck sowie Fortschritte in genetischen und biotechnologischen Verfahren verändern Produktionsprozesse und komplette Branchen. Dadurch, so ihr Szenario, werden nicht nur ganze Berufszweige überflüssig, auch der zuvor beschriebene Flexibilisierungsdruck auf die Beschäftigten wird weiter zunehmen – es sei denn wir beginnen rechtzeitig damit, diesen Wandel sozialpolitisch zu gestalten.

Partizipation 4.0

I.

Gesellschaft ist abstrakt, Menschen sind konkret. Was heißt unter diesen Bedingungen Partizipation? Ist jede Begegnung zwischen Menschen bereits eine Partizipation? Ist die Beteiligung an einer politischen Wahl, an einer Zahlung, an der Betrachtung eines Bildes in einem Museum, an einem Gerichtsverfahren, an einem Sportereignis bereits Partizipation an Gesellschaft? Wenn nein, was fehlt, damit wir von einer Teilhabe sprechen können? Muss sich die Gesellschaft insgesamt ein wenig geändert haben, wenn wir bereit sein sollen, von Teilhabe an dieser Gesellschaft zu sprechen? Muss jede Handlung, jede Kommunikation eine Spur hinterlassen? Oder müssen sie im Gegenteil als Bestätigung der Verhältnisse, als Integration einer individuellen Initiative in die Gesellschaft gewertet werden können? Wie misst man Teilhabe an Gesellschaft?

Genügt ein Account auf Online-Plattformen? Genügt das Einschalten des Fernsehgeräts? Kurz: Wie verhält sich die abstrakte und berechtigte Frage nach Partizipation zum konkreten Handeln der Menschen? Und wer entscheidet darüber, ob Partizipation stattfand oder nicht? Oder ist es umgekehrt so, dass der Begriff der Teilhabe an Beobachtungen vermuteter Nicht-Teilhabe orientiert ist? Man beobachtet Exklusion und verlangt Inklusion. Aber woran macht man Exklusion fest? Die Soziologie hat hierzu umfangreiche Beobachtungen gesammelt.¹ Das Paradigma sind Ghettos, Slums und Parallelgesellschaften, in denen Menschen leben, denen der Zugang zu Kindergärten und Schulen, zu Behörden, zu politischen Wahlen, zu bestimmten Märkten, zum Gerichtswesen, zu Kunst und Kultur der dominanten Gesellschaft verweigert wird. Die Fälle sind eindeutig, schließen jedoch nicht aus, dass diese Menschen ihre eigenen gesellschaftlichen Zusammenhänge haben, an denen sie partizipieren. Entscheidend sind demnach die Fragen, ob der Ausschluss

¹ Vgl. Luhmann, Niklas (1995): Inklusion und Exklusion, in: ders., *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*, Opladen, S. 237–264; ders. (1995): *Jenseits von Barbarei*, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Frankfurt a.M., S. 1387–150; Stichweh, Rudolf (2005): *Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a.M.; Bohn, Cornelia (2006): *Inklusion, Exklusion und die Person*, Konstanz; Bude, Heinz (2008): *Die Ausgeschlossenen: Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München; ders./Willisch, Andreas (Hrsg.) (2008): *Exklusion. Die Debatte über die «Überflüssigen»*, Frankfurt a.M.

erzwungen oder gewollt ist, ob der Wechsel zwischen den Zonen der Inklusion und Exklusion möglich oder unmöglich ist und ob es sogenannte Exklusionskarrieren gibt, in denen der Ausschluss beispielsweise von Schulbildung und Rechtstiteln mehr oder minder unaufhaltsam zum Ausschluss von vielen anderen gesellschaftlichen Leistungen führt.² Sollte Partizipation medial definiert werden? Nur wer sich mündlich, schriftlich, im Medium des Buchdrucks, im Medium von Radio und Fernsehen und in den elektronischen und digitalen Medien jeweils aktiv und passiv an Gesellschaft beteiligt, erfüllt die Bedingung der Partizipation? Was ist dann mit denen, die sich für Bücher, für das Fernsehen, vielleicht sogar für die digitalen Medien nicht interessieren?

II.

Schon die Frage ist interessant: Sind Menschen denn nicht per se an Gesellschaft beteiligt? Was wird hier unter «Gesellschaft» derart verstanden, dass Inklusion und Exklusion gleichermaßen möglich sind? Und was verstehen wir unter «Menschen»: ihr Handeln, ihr Erleben, ihr Potenzial, sich politisch, wirtschaftlich, rechtlich, künstlerisch, sportlich, pädagogisch «einzubringen»? Könnte man dann nicht auch fragen, wie Gesellschaft an Menschen beteiligt ist? Haben wir es also mit einer doppelten Frage von Teilnahme und Freiheit, von Schutz vor dem Herausfallen aus der Gesellschaft und Schutz vor der Überbeanspruchung durch Gesellschaft zu tun? Deswegen konnte Georg Simmel sagen, dass ein Individuum immer nur an Gesellschaft teilnimmt, indem es zugleich außerhalb ihrer und ihr gegenübersteht, mit seinem Körper, ihrem Bewusstsein, aber eben auch den jeweils eigenen Erwartungen an Gesellschaft. Individuum und Gesellschaft implizieren sich und negieren sich zugleich. Die Art des Vergesellschaftet-Seins eines Individuums ist bestimmt durch die Art ihres oder seines Nicht-Vergesellschaftet-Seins,³ das heißt durch die Art und Weise, wie Personen in der Gesellschaft individualisiert und personalisiert werden: sozial, körperlich, psychisch und technisch.

Soziale Kohäsion ist eine Variable. Partizipation ist im Horizont von Kontinenz zu sehen: Was ist, wenn Menschen an Gesellschaft beteiligt sind, auch anders möglich? Kein inhaltlich-substantieller Begriff von Gesellschaft kann definieren, wann und wie Menschen an Gesellschaft beteiligt sind. Stattdessen ist Gesellschaft im Anschluss an Niklas Luhmann nicht «substantiell», sondern als ein rekursiver Algorithmus «operational» zu definieren: was immer zu einem bestimmten Zeitpunkt als Gesellschaft unter der Beteiligung von Menschen möglich ist, es muss danach weitere Gesellschaft unter der Beteiligung von Gesellschaft möglich sein.⁴ Teilhabe heißt unter dieser Bedingung, dass für jeden einzelnen Menschen in jeder

2 Vgl. de Soto, Hernando (2000): *The Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else*, New York.

3 Simmel, Georg (1992): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Frankfurt a.M., S. 51 und 56f.

4 Vgl. Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. Insbes. S. 16ff. und 78ff.

denkbaren Situation der Wechsel zu anderen sozialen Situationen zumindest prinzipiell nicht ausgeschlossen ist. Es ließe sich auch von einer umfassenden Beteiligung an den Kontingenz- und Komplexitätschancen der Gesellschaft sprechen – und würde damit nicht zuletzt auch eine gewisse Überforderung jedes Individuums auf den Punkt bringen und Verständnis für den Selbstausschluss aus Teilnahmewängen formulieren. Umgekehrt kann mit Johan Galtung von einer strukturellen, unter Umständen auch physisch unterstützten Gewalt die Rede sein, wenn der Zugang zu bestimmten Kontingenz- und Komplexitätschancen durch infrastrukturelle, institutionelle und sonstige Maßnahmen verweigert wird.⁵ Zur kulturellen Gewalt – einer «raison nègre» mit Achille Mbembe – wird dieser Ausschluss ebenfalls mit einem Begriffsvorschlag von Galtung, wenn ethnische, religiöse, geschlechtliche, generationale oder andere Unterscheidungen getroffen werden, die Personen sortieren, ohne von diesen gekreuzt werden zu können.⁶

So oder so ist Partizipation eine gesellschaftliche Variable, die mit der historischen und regionalen Form der Gesellschaft variiert. Schauen wir uns diese Variable im Kontext der bisher bekannten vier Medienepochen der Gesellschaft an, der oralen Stammesgesellschaft (Gesellschaft 1.0), der literalen antiken Hochkultur (Gesellschaft 2.0), der modernen Buchdruckgesellschaft (Gesellschaft 3.0) und einer "nächsten" digitalen Gesellschaft (Gesellschaft 4.0). Es geht mir dabei nicht um die historische Genauigkeit, sondern um eine heuristische Brauchbarkeit einer solchen Unterscheidung.⁷

III.

In der tribalen Gesellschaft, so Mary Douglas, ist die Teilnahme von Menschen an der Gesellschaft durch die beiden Variablen der Gruppe (*group*) und des Netzes (*grid*) zu definieren (*Partizipation 1.0*).⁸ Dieses Netz ist die umgebende Wildnis, sind andere Dörfer, andere Clans, andere Erfahrungen bei Jagd, Feldbestellung und Gartenbau, soweit solche Erfahrungen überhaupt zugelassen werden. Die Gruppe liefert Identität, das Netz alternative Möglichkeiten. Die Gruppe wird umso reicher, mit je mehr der im Netz vorhandenen Möglichkeiten sie mithalten kann; das Netz wird umso vielfältiger, je mehr alternative Gruppen in ihm erreichbar sind. Das Prinzip gilt bis heute, ist jedoch nicht mehr die dominante Form der Partizipation. Möglicherweise stößt es an inhärente Komplexitätsschranken entweder zu großer zentrifugaler oder zu großer zentripetaler Kräfte.⁹

-
- 5 Vgl. Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.
 - 6 Vgl. ders. (1990): Cultural Violence, in: *Journal of Peace Research* 27, S. 291–305; Mbembe, Achille (2013): Critique de la raison nègre, Paris.
 - 7 Vgl. Baecker, Dirk (2007): Studien zur nächsten Gesellschaft, Frankfurt a.M.
 - 8 Vgl. Douglas, Mary (1982): In the Active Voice, London, S. 190ff.
 - 9 Vgl. auch Plessner, Helmut (2002): Grenzen der Gemeinschaft: Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Frankfurt a. M.

In der aristokratischen Hochkultur definieren soziale Schichten, denen man von Geburt an angehört, die Teilhabe von Menschen an Gesellschaft (*Partizipation 2.0*). Kontingenz- ebenso wie Mobilitätschancen ergeben sich durch den geschickten Umgang mit frühen Formen ausdifferenzierter Kommunikationsmedien wie vor allem Freundschaft, Macht und Geld.¹⁰ Zugleich wachsen die Chancen, Fremder zu sein oder zu werden, indem man seine Herkunft hinter sich lässt. Die Rahmung sowohl der Zugehörigkeit als auch der Abfälligkeit ergibt sich aus der Unterstellung einer kosmologischen Ordnung, in der alles entweder seinen Platz (*telos*) hat («Perfektion») oder nicht hat («Korruption»). Inhärente Komplexitätsschranken ergeben sich aus der Unfähigkeit der Schichten, den Umgang mit Medien homogen zu hierarchisieren.

Die moderne Buchdruckgesellschaft gibt die Medien frei.¹¹ Gesellschaft wird individualisiert. Zur Kontrolle der daraus resultierenden Kontingenzchancen entwerfen Humanismus, Aufklärung und Französische Revolution das moderne Programm der prinzipiellen Inklusion aller Individuen in jedes einzelne Funktionssystem (*Partizipation 3.0*). Jeder Mensch muss sich an Politik, Wirtschaft, Recht, Erziehung, Religion und Kunst beteiligen können: Demokratie, Wettbewerb, Gerechtigkeit, Schulzwang für alle, Reformation der Priesterreligionen, Kunst als Kultur (mit Resten quasi-aristokratischer Zugangssperren). An die Stelle von Schichten treten Eliten, die jedoch rotieren,¹² also durch virtuoson Mediengebrauch aufsteigen und durch andere verdrängt werden können.

Auch in modernen Gesellschaften ist Exklusion möglich, nämlich durch Familie und Organisation: In jeder einzelnen Familie und Organisation darf ausgeschlossen werden, dass sich jede und jeder an ihnen beteiligen kann; stattdessen dürfen alle eine Familie oder eine Organisation oder auch beides gründen. Familie und Organisation sind segmentär differenziert und damit beliebig multiplizierbar. Sekundäre Funktionssysteme wie die Sozialhilfe und die Entwicklungshilfe, die heute nicht mehr so heißen dürfen, leisten dort, wenn Teilhabe gefährdet ist, stellvertretende Inklusion.¹³

IV.

Die nächste Gesellschaft differenziert sich in Kontrollprojekte im Medium des Netzwerks. Die funktionale Differenzierung, die zwischen Politik und Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, Religion und Erziehung so genau zu unterscheiden versuchte, wird zurückgenommen. Jedes Kontrollprojekt definiert sich durch ein idiosynkratisches Profil, bestehend aus spezifischen Kombinationen einer

10 Für den griechischen Fall einer antiken Gesellschaft siehe nur Finley, Moses I. (1979): *Die Welt des Odysseus*, München.

11 Vgl. Parsons, Talcott (1980): *Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien*, Opladen, S. 229ff.

12 So Vilfredo Pareto; vgl. Hartmann, Michael (2004): *Elitesoziologie: Eine Einführung*, Frankfurt a.M., S. 25ff.

13 Vgl. Baecker, Dirk (1994): *Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft*, in: *Zeitschrift für soziologische Theorie* 23, S. 93–110.

politischen, wirtschaftlichen, religiösen, ästhetischen, pädagogischen, technologischen und damit insgesamt heterogenen Programmatik. Teilhabe von Menschen wird jetzt davon abhängig, dass es diesen Kontrollprojekten gelingt, Menschen zu rekrutieren, und dass es umgekehrt Menschen gelingt, sich diesen Projekten anzuschließen (*Partizipation 4.0*). Die Kontingenz liegt jetzt im Spannungsfeld von Identität und Kontrolle,¹⁴ das heißt in der Bereitschaft und Fähigkeit von Menschen und Projekten, Identitätsangebote zu machen, deren Attraktivität sich im Vergleich mit Alternativen kontrollieren lässt.

Gruppe und Netz 2.0, gewissermaßen. Die modernen Fragen stellen sich hier neu: nach Ausbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Familienbildung, Unternehmensgründung und politischer Interessenvertretung. Sie stellen sich jedoch ohne die Garantien der Inklusionsprogramme des Wohlfahrtsstaats, ohne die Einheitsvorstellung eines Kapitalismus, dessen Ausbeutungspraktiken sich für gewerkschaftliche Korrekturen ausbeuten lassen. Sie stellen sich auch ohne eine Demokratie, an deren Wahlverfahren sich territorial geordnete Bevölkerungen beteiligen, ohne eine Kunst, die zivilisiert, indem sie das Erleben des Ungewöhnlichen einübt, und ohne ein Recht, das für alle mehr garantieren könnte als die Einhaltung der Menschenrechte.

Wir bewirtschaften unsere Gesellschaft nicht mehr unter Gesichtspunkten der Vernunft (Rationalität, Effizienz, Kritik), sondern der Affekte und ihrer Solidaritätseffekte.¹⁵ In Affekten werden Ressourcen der Vergesellschaftung mobilisiert, wenn Differenzierungsmuster wie Stämme, soziale Schichtung oder Funktionssysteme und ihre jeweiligen Institutionen (Rituale, Kosmologien, Rationalitäten) fragwürdig werden. Mit jedem Medienwandel erneuert sich das Interesse an Affekten. Aristoteles hat für die Antike und damit den Übergang von der oralen zur literalen Kultur seine *Rhetorik* als eine Form des Umgangs (Evokation, Zähmung, Moderation) mit Affekten konzipiert. Spinoza hat für den Übergang von der antiken zur modernen Gesellschaft seine *Ethik* als eine Geometrie der Wechselseitigkeit konfligierender Gefühle entworfen. Die Moralphilosophie der Schotten und Franzosen ist ihm darin gefolgt. Adam Smith beschreibt eine moderne Ökonomie der Gesellschaft als eine *Theorie ihrer moralischen Gefühle*.¹⁶

Kann man davon sprechen, dass die emotionalen Orte der Antike die Familie und die Agora sind (*oikos* und *polis*)? Und ist in der Moderne der emotionale Ort einer Fundierung des Rationalitätsglaubens schlechthin die Bibliothek, in der sich Kritik und Ordnung, Tradition und Innovation gleichermaßen üben lassen? Ist der moderne Mensch emotional nicht gerade dann bei sich, wenn er liest und schreibt? Im Medium einer Kritik von Vernunft, Verstand und Urteilkraft? Dann würde sich die Frage für die nächste Gesellschaft, die Gesellschaft der elektronischen und digitalen Medien anders stellen. Es wäre möglich, Online-Plattformen als Orte der emotionalen Vergesellschaftung zu betrachten und hier die Konstitution

14 Vgl. White, Harrison C. (2008): *Identity and Control: How Social Formations Emerge*, 2. Auflage, Princeton, NJ.

15 Vgl. Parsons (1980) a.a.O., S. 245f.

16 Vgl. Aristoteles (1999): *Rhetorik*, Stuttgart; de Spinoza, Baruch (2007): *Die Ethik*, Stuttgart; Smith, Adam (1976): *The Theory of Moral Sentiments*, Oxford.

von Solidaritätseffekten zu studieren, die nicht zuletzt auch Chancen auf Teilhabe enthalten.¹⁷ Wenn aber Online-Plattformen Orte der Inklusion werden, stellt sich für postmoderne Inklusionsprogramme die Frage, wie sie offline zur Realität werden lassen können, was online bereits Realität ist.

Unsere Ausgangsfrage nach der Möglichkeit der Steigerung von Partizipationschancen ist damit nicht unbedingt beantwortet. Aber die Frage lässt sich genauer stellen, das heißt wir können genauere Beobachtungen dazu anstellen, wie sich Inklusions- und Exklusionseffekte zu Kontingenz- und Komplexitätschancen der Gesellschaft verhalten. Es liegt mir fern, den tatsächlichen Problemdruck, der empirisch auf der Hand liegt, durch Überlegungen dieses Typs zu reduzieren. Aber mir wäre sehr daran gelegen, Beobachterinnen und Beobachter die mangelnde Partizipation registrieren, auffordern zu können, ihre Beobachtungen zu spezifizieren. Die politische Lösung des Problems, Partizipation von jeder und jedem jederzeit zu fordern, lebte von der Identifizierbarkeit des Problems. Es mag sein, dass sich die Netzwerkgesellschaft nicht mehr so einfach auf Sortiermechanismen von Inklusions- und Exklusionschancen herunterbuchstabieren lässt. Und es kann überdies sein, dass nicht mehr vorab zu entscheiden ist, ob die Inklusion in oder die Exklusion aus spezifischen Netzwerken der «gesellschaftlich» wünschenswertere Zustand ist.

¹⁷ Vgl. Miller, D./Costa, E./Haynes, N./MacDonald, T./Nicolescu, R./Sinanan, J./Speyer, J./Venkatraman, S./Wang, X. (2016): How the World Changed Social Media, London.

Strategie Inklusion: Gleichheit in der pluralistischen Gesellschaft

Aus der Perspektive von Exklusion und Inklusion erfolgt die Beschreibung unserer Gesellschaft nicht mehr nach dem bloßen Kriterium der materiellen Unterschiede, sondern nach dem Maßstab des gesellschaftlichen Ausschlusses von zentralen Orten, Netzen und Systemen. Der eigentliche Gerechtigkeitskandal besteht danach in einem weitreichenden Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen von entscheidenden öffentlichen Gütern: Bildung, Arbeit, Gesundheit, öffentliche Räume etc. Materielle Armut wurde so von *dem* zu *einem* Element der Exklusionsbeschreibung. Als positive Gegenbegriffe zur Exklusionsdiagnose etablierten sich Begriffe wie «Teilhabe», «Zugang» oder «Durchlässigkeit» fest im politischen Begriffsarsenal. All diese Begriffe haben ihre Stoßrichtung darin, die sozialen Blockaden für bestimmte Gruppen zu überwinden.

Von der Exklusion zur Inklusion: Die neue soziale Frage als Frage von «drinnen» und «draußen»

Hinter diesem neuen Ansatz der sozialen Problembeschreibung steckten sehr unterschiedliche politische Motive, und entsprechend wurde er auch von unterschiedlichen Protagonisten aufgenommen: Einige Akteure hatten im Hinterkopf, sie könnten über diesen Weg – vor dem Hintergrund einer allgemeinen Welle der «Modernisierung» von Staatlichkeit und des Abbaus der rapide angestiegenen Staatsschulden – die Frage der materiellen Verteilung abschwächen oder gar beiseitelegen; andere nutzten die Exklusionsbeschreibung, um der «Unterschicht» kulturalistisch das Bild einer intakten bürgerlichen Mitte entgegenzusetzen, die der angeblich «wohlstandsverwahrlosten» Unterschicht ein paternalistisches Aktivierungsprogramm entgegensetzen müsse.

Beide Motive verstärkten die Vorbehalte auf Seiten der Traditionslinken gegenüber der Exklusionsperspektive, die ihrerseits die gerechtigkeitspolitische Notwendigkeit eines Perspektivwechsels unterschätzte. Denn in der Tat ist die Diagnose der sozialen Exklusion für eine Gerechtigkeitspolitik unabdingbar, die das soziale Auseinanderfallen unserer Gesellschaft ernsthaft aufhalten und nicht nur beklagen will. Deshalb wurde die Anknüpfung an den Exklusionsbegriff auch von denjenigen

vorangetrieben, die ein schärferes Bild davon zeichnen wollten, wie Menschen aufs Abstellgleis geschoben werden und wie eine Strategie der öffentlichen Institutionen und des öffentlichen Raums aussehen könnte, die für Einschluss sorgt, anstatt den Ausschluss zu befördern.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit neu: Sie nimmt in ihrer Bedeutung nicht ab, bezieht sich aber auf einen anderen Zweck, indem sie prioritär zur Stärkung derjenigen Institutionen, Orte und Netze herangezogen wird, in denen sich der Zugang zu den öffentlichen Gütern entscheidet. Entsprechend besteht die neu betonte Bedeutung von Verteilungsgerechtigkeit nicht neben Teilhabegerechtigkeit, sondern aufgrund ihrer Funktion für Teilhabegerechtigkeit. Damit einhergehend wurde der Begriff des «institutionellen Transfers» geprägt – also die Umverteilung von privat in die öffentlichen Institutionen – und dem Begriff der «Individualtransfers» zur Seite gestellt – also die klassischen Transfers aus dem einen Geldbeutel in den anderen. Beide Transferarten haben ihre Berechtigung, aber als strategischen Hebel einer neuen Gerechtigkeitspolitik sehe ich eine Priorisierung der Ausgaben zur Stärkung und Erneuerung öffentlicher Institutionen.

Wer nicht in der bloßen Exklusionskritik stecken bleiben will, muss versuchen, dieser Kritik positive Bilder entgegen zu stellen, und dabei ist der Inklusionsbegriff von entscheidender Bedeutung: «Inklusive Stadt», «Inklusive Schule», «Inklusiver Arbeitsmarkt» sind dazu nur drei Schlagworte. Bei den Parteien fällt zumindest auf bundespolitischer Ebene allerdings nach wie vor auf, dass trotz Inklusionsrhetorik, trotz Beschwörung von öffentlichen Institutionen und öffentlichem Raum nach wie vor der Großteil der Umverteilung in Individualtransfers gedacht und beschrieben wird. Das Bild der Erneuerung öffentlicher Institutionen und öffentlicher Orte bleibt blass. Die Matrix von «drinnen» und «draußen» spielt in den konkreten Ansätzen bislang keine allzu große Rolle.

Inklusion, das wurde nicht nur in der vor fast zehn Jahren durch Pisa ausgelösten Debatte um bessere Schulen klar, verlangt nicht nur den Zugang aller zu einem öffentlichen Gut, sondern auch gemeinsame Orte. Gegen die soziale Segregation der Kinder in unterschiedliche Schulsysteme wurde das Gegenbild einer Schule entworfen, die Gemeinsamkeit und individuelle Förderung neu verbindet und so die Fehler der Gesamtschulen aus den 1970er Jahren nicht wiederholt.

Auch in der Arbeitspolitik entstand die Forderung, dass es – etwa für Dauerarbeitslose oder Menschen mit Behinderungen – grundsätzlich keine «Sonderbereiche» geben dürfe, sondern dass grundsätzlich alle durch entsprechende Unterstützungsleistungen Zugang zu einem gemeinsamen, ersten Arbeitsmarkt haben müssten. Im Zuge der Gentrifizierungsdebatte rückte in der Stadtpolitik die Wiederaaneignung des gemeinsamen öffentlichen Raums in den Vordergrund. In der Regel öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen stellen sich ebenfalls zunehmend die Frage, wie sie ihre Angebote auch für Menschen aus sozial schwächeren Schichten öffnen können. Im Zuge der Debatte um die Bürgerversicherung wurde das Gesundheitssystem zunehmend als ein gemeinsamer Ort beschrieben, in den alle einzahlen und von dem alle profitieren sollen. Und auch im Zuge der Demokratiedebatte

fragte man nach einer gemeinsamen Öffentlichkeit als Voraussetzung für eine inklusive Demokratie, in der sich nicht nur einige wenige beteiligen, die über Zeit und Ressourcen verfügen, sondern möglichst viele.

Bei all diesen Anstrengungen hin zu einem gemeinsamen öffentlichen Raum lassen sich drei Dinge festhalten:

- *Erstens* tut sich die gehobene, einkommensstarke und gut gebildete Mittelschicht oftmals schwer, die geforderte Durchlässigkeit mitzutragen. Man ist zwar gerne zur abstrakten Solidarität über Steuerzahlungen bereit, das heißt aber noch lange nicht, dass man den anderen Schichten und Milieus auch real begegnen will. Deshalb kommt es mit Blick auf öffentliche Räume und Netze besonders darauf an, gute Strukturen zu schaffen und so Vertrauen in die angestrebten Veränderungen herzustellen.
- *Zweitens* tun sich mitunter auch sozial abgehängte Milieus schwer, ihre Räume mit den eifrigen und kompetitiven Vertretern sozial besser gestellter Schichten zu teilen und so auch noch die Sicherheiten des eigenen, vertrauten Milieus zu verlieren. Die mit dem Inklusionsgedanken einhergehende soziale Mobilisierung erzeugt auch hier Ängste – und es kommt auch hier darauf an, durch nachvollziehbare und gangbare Schritte Vertrauen zu schaffen.
- *Drittens* bleibt die Frage, inwieweit eine Strategie der Inklusion, also der Zugänglichmachung zentraler öffentlicher Güter für alle, tatsächlich auf gemeinsame, auf inklusive Räume angewiesen ist. Die Gegenposition lautet, dass es gerade zur Förderung benachteiligter Gruppen besondere Bereiche der Stärkung geben müsse.

Von der Vielfalt zur Inklusion: Der Diversity-Ansatz und die Frage nach Gruppen und Gründen

Im Jahr 2016 lässt sich eine Debatte um faire Teilhabechancen nicht führen, ohne im Sinne des Diversity-Ansatzes auch die individuellen Unterschiede von Menschen in den Blick zu nehmen. Nach Anita Rowe und Lee Gardenswartz¹ lässt sich Diversity dabei in individuelle, soziale, organisationsbezogene, nationale und kulturelle Ebenen differenzieren. Als zentrale Dimensionen werden benannt: Persönlichkeit, Geschlecht, Ethnizität, Alter, sexuelle Orientierung, Befähigung/Behinderung, Bildung, Glaube, Familienstand, Elternschaft, Arbeitsfeld, Funktion, Abteilung, Dienstanstellung, Arbeitsort, politische Struktur, Wirtschaftssystem, Verteilung des Wohlstands, Individualität, soziale Hierarchie, Werte, politische Überzeugung, Lebensstil, Geschmack, Moden etc.

Allerdings bezieht sich der Diversity-Ansatz in bestimmten Lesarten entweder identitätspolitisch auf den kulturellen Unterschied oder auf das «Kapital der

1 Gardenswartz, Lee/Rowe, Anita (1998): Managing Diversity – A Complete Desk Reference and Planning Guide, New York.

unterschiedlichen Potenziale». In dieser Lesart widerspricht er dem Inklusions-Ansatz in einem entscheidenden Punkt diametral: Im einen Fall geht es um eine Begründung aus dem Besonderen, sei es identitätspolitisch oder aus der Verwertungsperspektive der Potenziale, im anderen um die Beseitigung von sozialen Hürden aus einer Perspektive der Gleichheit.

Kernstück des Inklusionsansatzes ist der Gedanke der Barrierefreiheit: der Auftrag, aufmerksam und systematisch nach strukturellen sozialen Grenzziehungen und Erschwernissen beim Zugang zu öffentlichen Gütern zu fragen – und diese abzubauen. Das gilt neben Geschlecht und ethnischer Herkunft etwa für Alter, Handicaps, sexuelle Orientierung. Das gilt aber insbesondere für ein Kriterium, das in seiner ergreifenden Klarheit in einer politischen Rhetorik der Vielfalt schnell übersehen wird: die soziale Lage, die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus und Schichten, zu einer bestimmten Klasse.

Es bestehen also Unschärfen und potentielle Widersprüche des Inklusionsbegriffs, die weiter kontrovers zu klären sind, um ihn als kohärenten und konturierten Begriff in der politischen Auseinandersetzung um Teilhabe und Exklusion zu nutzen. Die Felder, auf denen diese Auseinandersetzung stattfinden muss, lassen sich, wie im Folgenden ausgeführt, dennoch klar benennen.

a) Teilhabe für alle: Die Erneuerung und Stärkung öffentlicher Institutionen

Der Anspruch der Inklusion als Zugänglichmachung der entscheidenden öffentlichen Güter für alle ist nur über eine Strategie der Stärkung und der Erneuerung der öffentlichen Institutionen möglich – einschließlich der damit verbundenen verteilungspolitischen Konsequenzen. Eine Strategie der Inklusion muss sich damit befassen, wie diese Güter (zugänglich) gemacht werden, wo sie entstehen und wie sie öffentlich werden.

Bei öffentlichen Institutionen handelt es sich in vielen Fällen um öffentliche Orte, also um konkrete Räume, in denen Menschen zusammenkommen, um ein öffentliches Gut zu erlangen: Kitas, Schulen oder Hochschulen, Jobcenter oder Arbeitsagenturen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Stadtteilzentren oder Beratungsstellen, öffentliche Verkehrsmittel oder öffentliche Plätze, Jugend- oder Kultureinrichtungen.

Daneben zählt auch der Aufbau und Erhalt öffentlicher Netze zu einer Politik der öffentlichen Institutionen, seien es leistungsfähige Energienetze, Mobilitätsnetze oder Kommunikationsnetze. Schließlich haben auch soziale (Versicherungs-) Systeme wie die Vorschläge zu Arbeitsversicherung, Basissicherung oder Bürgerversicherung eine institutionelle Seite, auf der das Arrangement von Rechten und Pflichten geregelt ist. Mehr soziale Teilhabe wird es nur geben, wenn wir die Institutionen zu guten Institutionen machen, also zu Orten qualitativ hochwertiger Güter.

Qualität, Zugang, Partizipation und Organisation – an diesen vier Punkten müssen wir ansetzen, um überzeugende Bilder inklusiver Institutionen zu zeichnen. Mehr soziale Teilhabe kann es nur geben, wenn wir die Institutionen zu zugänglichen Institutionen machen, also zu Orten, die für alle durchlässig sind.

Mehr Teilhabe ist nur erreichbar, wenn wir die Institutionen zu partizipativen Institutionen machen, also zu demokratisch-inklusiven Orten, an denen Mitsprache und Mitbestimmung möglich ist. Und gute Institutionen wird es nur geben, wenn die Binnenstruktur der Institutionen diese auch möglich macht.

b) Viele eine Orte: Die Wiederentdeckung des öffentlichen Raums

Die Teilhabe aller ist nicht denkbar ohne eine zu präzisierende Strategie der gemeinsamen, schichtübergreifenden öffentlichen Räume. Auch wenn sich die gehobene Mittelschicht damit schwertut.

Hier ist ein differenziertes Bild zu zeichnen: Inklusion braucht ohne Zweifel Orte der besonderen Bestärkung und Befähigung. Aber: Ein Zusammenleben in Gerechtigkeit und wechselseitiger Anerkennung kann aus verschiedenen Gründen nicht alleine auf die abstrakte Solidarität der Transferzahlungen bauen. Erst wenn die sozialen Unterschiede im öffentlichen Raum auch sichtbar werden, besteht die Aussicht auf einen empathischen sozialen Ausgleich. Erst wenn die Menschen mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen öffentlich sichtbar werden, treten die Potenziale und Fähigkeiten aller zu Tage und verlieren Stereotype und Stigmatisierungen ihre perfide Kraft. Und, noch grundlegender: Erst dort, wo wir als Menschen jenseits der Milieugrenzen aufeinandertreffen, bekommen wir ein Gespür dafür, was uns verbindet, was den tieferen Grund sozialer Anerkennung darstellt: das bloße Menschsein, die bloße Subjekthaftigkeit.

Dabei geht es weniger um die Inklusion in den einen großen öffentlichen Raum. Es geht vielmehr um viele «eine Orte»: Bildungseinrichtungen und Arbeitsorte, Netze und Sicherungssysteme, Straßen und Wohnhäuser, Stadtviertel und Parks, Jugendzentren und Kultureinrichtungen. Öffentlichkeit meint – sinnvoll verstanden – das Zusammenspiel dieser Vielzahl von einen/einenden Orten.

c) Rechte und berechnigte Erwartungen

Der Ansatz der Inklusion kommt nicht umhin zu verdeutlichen, dass es menschenrechtlich verbürgte Rechte gibt, die bedingungslos zum Anspruch der Inklusion zählen, und dass es darüber hinaus einen Raum der Inklusion gibt, in dem Rechte und Pflichten zu klären sind – gerade weil man «drinnen» ist bzw. «drinnen» sein kann. Auf der Grundlage unbedingter Zugangsrechte besteht der Prozess der Inklusion aus Kommunikation, Auseinandersetzung, dem Finden von Gemeinsamkeiten, dem Feststellen von Unterschieden und der Übernahme wechselseitiger Verantwortung auf der Grundlage gemeinsamer Bürgerschaft. Diese Aufgabe besteht in der pluralen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Lebensformen und Lebensstilen insgesamt. Im Gegensatz zur Assimilation verlangt Inklusion nicht die Aufgabe der kulturellen Selbstbestimmung zugunsten einer vermeintlichen Leitkultur, sie beruht aber – gerade in ihrer Verbürgung für kulturelle Selbstbestimmung – auf der Basis einer gemeinsamen demokratischen Öffentlichkeit und wechselseitiger Anerkennung.

d) Jenseits der Vielfalt: Die sozialen Blockaden abbauen

Für Fragen nach fairer Teilhabe lässt sich der Diversity-Ansatz zumindest insoweit fruchtbar machen, als er dazu beitragen kann, Gruppen begriffsstrategisch zu benennen und zu beschreiben, die vor besonderen strukturellen Barrieren stehen – hier ließe sich gezielt nach Ansätzen suchen. Entsprechend müssen Diversity-Ansätze dann problematisiert werden, wenn sie gerade nicht auf Gleichheit und gleiche Zugänge zielen, sondern auf identitätspolitisch begründete Ansprüche oder die bloße Nutzbarmachung verschiedener Potenziale. Das ist eine der Verdeutlichungen, zu denen der Inklusionsansatz in der Lage ist: Das Recht auf Inklusion im Sinne gleicher Teilhabemöglichkeiten begründet sich *nicht* aus der Unterschiedlichkeit, sondern aus der Annahme der Irrelevanz dieser Unterschiede für den gleichen Zugang. Das Ziel der Inklusion ist die Beseitigung von Barrieren, die mit diesen Unterschieden verbunden sind.

Auch die Einführung von Quoten, die sich in bestimmten Bereichen als sinnvoll und effektiv erwiesen haben, rechtfertigt sich aus dem Gedanken der Überwindung in die Gesellschaftsstrukturen tief eingelassener Benachteiligungen und nicht aus der Besonderheit der jeweiligen Person. Das wäre ein großes Missverständnis.

Die Undurchlässigkeit unserer Gesellschaft ist frappierend, auch wenn man nicht von unten durch eine Glasdecke schaut (wie etwa in Skandinavien), sondern eher auf eine Holzdecke blickt und gar nicht weiß, wie es da oben zugeht. Inklusion zielt auf die Wiederaufnahme der Kritik an einer sozial undurchlässigen Gesellschaft, auf die Kritik an dem Erstarken der Schichten- und Klassengrenzen.

Spätestens an den gravierenden Unterschieden der sozialen Lage lässt sich erkennen, dass der Diversity-Ansatz an seine Grenzen stößt. Eine untere soziale Lage ist nicht etwas, das wir uns als Teil von Vielfalt schönreden, sondern das wir überwinden sollten. Wenn wir uns also für eine Strategie der öffentlichen Institutionen und der öffentlichen Räume einsetzen, die diese Barrieren abbaut, dann sind diese Räume sozialer Vielfalt eine Voraussetzung für die Überwindung sozialer Trennung und Ungleichheit – und kein Selbstzweck.

Orte gesellschaftlicher Teilhabe: Der Wert öffentlicher Güter

In der Diskussion um soziale Teilhabe spielen öffentliche Güter eine besondere Rolle. Denn für ihre Nutzung spielen, zumindest theoretisch, weder Kaufkraft noch Arbeitskraft eine Rolle. Sie gehören, gewissermaßen voraussetzungsfrei, allen, die diese Gesellschaft ausmachen, ohne dass einzelne Besitzansprüche anmelden dürfen. Wie die gegenwärtige Praxis in der Definition, Bereitstellung und Nutzung dieser öffentlichen Güter aussieht und welche Folgen sie für gesellschaftliche Teilhabe hat, wird im Folgenden näher beleuchtet. Den Text entnehmen wir in gekürzter und aktualisierter Fassung dem Bericht der Kommission Öffentlicher Güter der Heinrich-Böll-Stiftung.¹

Definition

Unter öffentlichen Gütern verstehen wir Güter, Dienste und Institutionen, auf die die Bürgerinnen und Bürger für ihre freie und gleiche Entfaltung in einer demokratischen Gesellschaft existenziell angewiesen sind. Sie umfassen die Wasser- und Energieversorgung, Telekommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen, medizinische und pflegerische Dienste, soziale Sicherheit sowie die Kinderbetreuung, die Schul- und Weiterbildung, aber auch die Verwaltung und Rechtsprechung. Öffentliche Güter und die sie erbringenden öffentlichen Institutionen sind für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger selbstverständlicher Teil ihrer Lebenswelt im demokratischen Wohlfahrtsstaat. Öffentliche Güter bilden in gewissem Sinne die «zweite Natur» moderner, arbeitsteiliger und technologisch differenzierter Gesellschaften. Gewohnheit macht das unsichtbar, worauf der Ablauf unseres Alltagslebens beruht: die Qualität des Trinkwassers, die funktionierende Müllentsorgung, die befahrbaren Straßen und ihre nächtliche Beleuchtung, die Inanspruchnahme von Kindergarten, allgemeinbildender Schule und Krankenhaus. So selbstverständlich alle diese Leistungen sind, so umstritten sind sie zugleich. Die Herstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen steht mehr und mehr im Spannungsfeld wachsender finanzpolitischer Restriktionen, anhaltender bürgerschaftlicher Ansprüche und wachsender normativer Anforderungen an die demokratische Gestaltung

1 Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2015): Der Wert öffentlicher Güter. Bericht der «Kommission Öffentliche Güter», Band 15 der Schriftenreihe Wirtschaft und Soziales, Berlin.

der Gesellschaft. Sie werden zum Gegenstand von Teilhabeforderungen und Verteilungskonflikten, bei denen Individual- und Gruppeninteressen in Widerstreit zum Allgemeinwohl geraten. Die Diskussion um öffentliche Güter wird immer stärker mit Fragen sozialer, regionaler und materieller Ungleichheit in Verbindung gebracht. Die Verfügbarkeit bzw. die Ressourcen oder eben der Mangel an und die Unzugänglichkeit der öffentlichen Güter bringen wachsende gesellschaftliche Disparitäten zum Ausdruck.

Öffentliche Güter begründen sozialen Zusammenhalt, eröffnen individuelle und kollektive Freiheitsräume und schaffen gesellschaftlichen Wohlstand. Der Staat garantiert die gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Gütern. Er sichert die Finanzierung öffentlicher Güter durch Steuern, Gebühren und Beiträge und gewährleistet deren Qualität. Dies gilt unabhängig davon, ob er sie selbst erbringt oder ob Private sie produzieren. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive zeichnen sich öffentliche Güter durch zwei Merkmale aus: Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann das Gut nutzen. Die Nutzung kann auch von vielen zeitgleich erfolgen – ohne dass der individuelle Nutzen für den einzelnen Akteur sinkt.

Diesem volkswirtschaftlichen Begriff von öffentlichen Gütern setzen wir ein sozialpolitisches Verständnis entgegen, das die Aufmerksamkeit auf deren Bedeutung für Fragen des sozialen Zusammenhalts und der normativen Orientierung lenkt, die in der volkswirtschaftlichen Debatte vernachlässigt wird. Öffentliche Güter sind nach diesem Verständnis stets auch Gegenstand gesellschaftlicher Kontroversen und Aushandlungsprozesse. Eine rein funktionale Betrachtung, die öffentliche Güter lediglich an ihren «Leistungen» bemisst, greift dabei zu kurz. Wesentlich für die Beurteilung dessen, was sie erbringen, sind die Akteure, die sie tragen. Mit ihrer Tätigkeit stabilisieren sie das Gemeinwesen, jedoch ist diese voraussetzungs-voll. Die Befähigung dieser Akteure, öffentliche Güter zu erzeugen und zu pflegen, hängt vor allem auch von ihrem sozialen Status ab. Eine Wertschätzung öffentlicher Güter muss sich folglich auch in der Förderung von Partizipation und in der sozialen Anerkennung und materiellen Ausstattung ihrer Träger niederschlagen.

Die Verschärfung der sozialen Ungleichheit

Inwieweit die zunehmende Polarisierung zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen zu einer Zerreißprobe für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Bundesrepublik führen wird, ist noch nicht eindeutig abzusehen.² Doch schon heute führt die De-Infrastrukturalisierung peripherer Räume zu empfindlichen Einbußen bei den Teilhabechancen an öffentlichen Gütern

² Allerdings deutet der Paradigmenwandel in Bezug auf die Ausgestaltung des verfassungsrechtlichen Gleichwertigkeitspostulats des Artikels 72 Absatz 2 Grundgesetz (GG) («gleichwertig ist nicht gleich») und die damit einhergehende Rückführung der Förderung benachteiligter Regionen oder die Diskussion um den Länderfinanzausgleich darauf hin, dass zukünftig mehr territoriale Ungleichheiten in Kauf genommen werden.

und Dienstleistungen etwa in den Bereichen ÖPNV, wohnortnahe Grundversorgung und Freizeitangebote. Zugleich belasten höhere Steuern und Abgaben vor allem die finanziell schwachen Haushalte. Öffentlicher Güter und Dienstleistungen werden zurückgefahren, die daraus resultierenden Lasten allerdings zunehmend individualisiert: Der Besuch eines Facharztes oder einer Fachärztin kann nun schon einmal sechs Monate Wartezeit bedeuten. Die Kinder müssen zu weit entfernten Schulen fahren, und der Sohn muss zwei Stunden lang anreisen, um mit der 80jährigen Mutter den Wochenendeinkauf zu erledigen. Wer nicht über entsprechende Mittel, Kompetenzen oder Kontakte verfügt, muss nun vielfach auf Leistungen verzichten. In der Summe wird das Leben für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Städten und Regionen, die von den sozialen und sozialräumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sind, teurer – bei sinkendem Dienstleistungsangebot. Das wiederum schränkt die Lebensqualität und Attraktivität dieser Städte und Regionen weiter ein. Mehr und mehr wird deutlich, dass mit den zunehmenden räumlichen Disparitäten auch sozialstrukturelle Verschiebungen einhergehen.

Die Abwanderung gut ausgebildeter junger Frauen führt nicht nur zu einem «Brain Drain», sondern auch zu einer Veränderung des Geschlechterverhältnisses zu Ungunsten junger Männer. Ihnen fehlen die potentiellen Partnerinnen, den Gemeinden damit die zukünftigen Mütter. Auf die schwindende Attraktivität eines Standortes, auf Arbeitsplatzabbau, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und im Dienstleistungsgewerbe, und den Rückbau sozialer und kultureller Leistungen reagiert zuerst die Mittelschicht. Fehlende Schulen und fehlende medizinische Versorgung, mangelhafte wohnortnahe Grundversorgung und Freizeitmöglichkeiten für die Kinder lassen die beruflich qualifizierten und wohlhabenderen Familien an Wegzug denken. Damit zerfällt der zivilgesellschaftliche Zusammenhalt in diesen Städten und Gemeinden. So verschärfen infrastrukturelle Lichtungen sozialstrukturelle Verschiebungen.³

Waren in den goldenen Jahren des Wohlfahrtsstaates die öffentlichen Hilfs- und Unterstützungsangebote im Bedarfsfall zuverlässig beziehbar, so schwindet diese Sicherheit mehr und mehr. Längst werden nicht mehr alle Behandlungs- und Betreuungskosten von Kranken- und Pflegekassen übernommen. Arbeitslosenunterstützung wird nur noch in engen Grenzen gewährt und an die Bereitschaft zur (Wieder-)Aufnahme bezahlter Lohnarbeit gekoppelt. Die Kürzung der Sozialleistungen führt zu einer deutlichen Steigerung der privaten «Haftung» im Krankheits- oder Pflegefall oder bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit, der Zwang zur Selbstvorsorge und Selbstversorgung in Phasen individueller Krisen hat sich erhöht. War der Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates im 19. und 20. Jahrhundert geprägt von Prozessen der Entfamiliarisierung, von der Übertragung von Fürsorge- und Daseinsvorsorgeleistungen auf den Staat, so ist seit Längerem eine verstärkte familiäre Verantwortungszurechnung sozialer Risiken zu verzeichnen. Die Fähigkeit der Familien, dies zu leisten, ist jedoch sozial ungleich verteilt.

3 Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2012): Demografie und Demokratie, Hamburg.

Die – ungleiche – Teilhabe an öffentlichen Gütern

Aus der Perspektive der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers kann die Partizipation an öffentlichen Gütern auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen – als mitbestimmende und freiwillig engagierte Person und als Nutzerin oder Nutzer. Mit der Zugänglichkeit öffentlicher Güter ist ein ausgleichender und ermöglichender Anspruch verbunden. Die Verfügbarkeit existentiell wichtiger Güter wie Luft, Wasser, Strom, die Sicherstellung eines existenz- und teilhabesichernden Lebensstandards, der chancengleiche Zugang zu Bildung, Gesundheit, Kultur und Wohnen sowie die Bereitstellung von Infrastruktur für Mobilität und Kommunikation – es steht außer Frage, dass ein demokratisch organisierter Wohlfahrtsstaat diese Dinge gewährleisten muss, um soziale Kohäsion zu erhalten und zu fördern. Über die Bereitstellung und Gewährleistung der Zugänglichkeit öffentlicher Güter transportiert ein Staat die persönliche, soziale und politische Anerkennung seiner Bürgerinnen und Bürger; ihre Inanspruchnahme kann als Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft verstanden werden.⁴ Vor dem Hintergrund eines in die Krise geratenen hohen Standards an Versorgung mit öffentlichen Gütern erleben wir zurzeit, dass Anerkennungen dieser Art zurückgefahren werden und Appelle an die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen und an die zivilgesellschaftlichen Potenziale der Gesellschaft im Vordergrund stehen.

Daseinsvorsorge und die Verantwortlichkeit für öffentliche Güter werden damit tendenziell entstaatlicht, individualisiert und dem demokratischen Aushandlungsprozess ein Stück weit entzogen. Wir haben es mit einer «Verschiebung gesellschaftlicher Anforderungen ins Private und damit auf informelle Netzwerke»⁵ zu tun, die gemeinschaftliche Organisationsformen und familiäre Unterstützungsstrukturen aufwertet. Der Appell an die individuelle Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stößt aber häufig an Grenzen. Soziale Risiken können oft nicht alleine kompensiert werden. In diesen Fällen bildet der Haushalt bzw. die Familie die eigentliche Auffangstruktur. Deren Unterstützungsfähigkeit und -bereitschaft sollen an die Stelle sozialstaatlicher Leistungen treten. Je weniger der Wohlfahrtsstaat als Garant für die Abfederung von Lebensrisiken zur Verfügung steht, umso stärker werden Unterstützungsbedarfe in die Privatheit sozialer Netze verschoben. Letztere werden auf diese Weise zur funktionalen Voraussetzung des Sozialstaates gemacht. Dies reproduziert soziale Ungleichheiten, weil soziale Netzwerke stark milieuspezifisch geprägt sind und insbesondere benachteiligte Schichten die erwartete Ausgleichsfunktion nicht erbringen können. Diese Art der Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips wird in der politischen Debatte bislang wenig reflektiert. Wenn Notlagen verstärkt eigenverantwortlich oder mit Hilfe des privaten Umfeldes bewältigt werden müssen, sind diejenigen benachteiligt, die auf kein ressourcenstarkes Netzwerk zurückgreifen können.

4 Schultheiss, Franz (2012): Im Dienste öffentlicher Güter. Eine feldtheoretische Annäherung, in: *Mittelweg* 36, 5/2012, S. 9–21.

5 Rosenbaum, Heidi/Timm, Elisabeth (2008): Private Netzwerke im Wohlfahrtsstaat. Familie, Verwandtschaft und soziale Sicherheit im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Konstanz.

Das gleiche gilt für den staatlichen Rückzug aus sozialen und kulturellen Dienstleistungen, Bildungs- und Beratungsangeboten. Nicht jeder ist in der Lage, zurückgeschraubte Beratungsangebote gleich gut durch alternative Ansprechpartner im Bekanntenkreis zu ersetzen. Wegfallende staatliche Unterstützung kann zwar durch vermehrtes freiwilliges Engagement kompensiert werden. Aber auch hierbei verstärken sich Herkunftseffekte, weil nicht jeder gleichermaßen in der Lage ist, Engagement zu erbringen oder nachzufragen. Häufig erschweren Schamgefühle und Stigmatisierungserfahrungen, Informationsgefälle und fehlendes Selbstbewusstsein die Kommunikation. Das fördert die Tendenz zur Exklusion bei ohnehin benachteiligten Bevölkerungsschichten. Diese verstärkt sich noch, wenn ihnen aufgrund der Kosten der Zugang zu Museen und andere kulturelle Angebote verwehrt bleiben. Daseinsvorsorge und Gemeingüterproduktion, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet werden, finden somit auf einem sozial ungleichen Terrain statt. Es macht einen Unterschied, ob die Bereitstellung öffentlicher Güter von jedermann einklagbar ist oder ob sie von dem schlecht kalkulierbaren guten Willen einzelner Bürgerinnen und Bürger abhängt, die sich sozial engagieren. Die Tafeln sind dafür ein gutes Beispiel. Sie sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Armutsbekämpfung geworden, der auf dem Engagement von Privatpersonen fußt. Eine verlässliche Unterstützung, wie sie eigentlich zum sozialstaatlichen Konsens gehört, sind sie nicht. Das Beispiel der Tafeln veranschaulicht die Notwendigkeit einer Verständigung darüber, welche Bereiche der Fürsorge und welche öffentlichen Güter nach wie vor in staatlicher Hauptverantwortung bereitgestellt werden müssen, an welchen Stellen ein Verantwortungsmix denkbar und lohnenswert ist, wie er gewährleistet werden kann und wie die Herstellung und Nutzung öffentlicher Güter dem Prinzip der Gemeinwohlorientierung und unbeschränkten Teilhabe verpflichtet bleibt.

Zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen, Verbänden, in der Politik oder in Bürgerinitiativen ist schichtspezifisch verteilt. Es ist nicht nur eine Frage der persönlichen Neigung oder der individuell verfügbaren Zeit: Aus etlichen empirischen Studien wissen wir, dass freiwilliges Engagement nach soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen variiert.⁶ Es sind Menschen mit hoher Bildung, mittleren Alters, mit hohem beruflichem Prestige und gesichertem Einkommen, die sich am meisten einbringen. Auch bei Rentnerinnen und Rentnern sind diejenigen aktiv, die in ihrem Erwerbsleben eine prestigeträchtige und gehobene berufliche Position inne hatten.⁷ Frauen engagieren sich insgesamt seltener als Männer. Dennoch stellen teilzeitbeschäftigte Frauen einen großen Anteil bei freiwilligen sozialen und erzieherischen Tätigkeiten. Regulär und unbefristet

-
- 6 Vgl. zum Beispiel: Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A resource model of political participation, in: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294; Alscher, M./Dathe, D./Priller, E./Speth, R. (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, BMFSFJ/WZB; Wilson, John (2000): Volunteering, in: *Annual Review of Sociology* 26, S. 215–240.
- 7 Lengfeld, Holger/Ordemann, Jessica (2014): Occupation, Prestige and Voluntary Work in Retirement. Empirical Evidence from Germany, in: *SOEPpapers* 686.

Teilzeitbeschäftigte sind insgesamt stark im zivilgesellschaftlichen Bereich vertreten. Obwohl die Unterschiede nicht gravierend sind, so lässt sich doch sagen, dass sich im Vergleich dazu Personen, die sich in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis wie Befristung, Leiharbeit, Mini- oder Midijob befinden, weniger engagieren. Das Schlusslicht zivilgesellschaftlicher Aktivität bilden Arbeitslose, deren Quote nach den Hartz-Reformen noch einmal deutlich zurückgegangen ist. Insgesamt sind die Engagementquoten der Armutsbevölkerung nur halb so hoch wie die von Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen. Je höher das Bildungsniveau, desto ausgeprägter ist die Tätigkeit.⁸ Zudem ist das engere soziale Umfeld entscheidend und ob jemand Bekannte und Freunde hat, die sich ebenfalls engagieren.

Die Arbeit an öffentlichen Gütern

An der Bewirtschaftung und Bereitstellung öffentlicher Güter ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt. Neben der ausschließlich staatlichen Zuständigkeit finden sich Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Genossenschaften sowie Bürgerinnen und Bürger. Öffentliche Güter werden sowohl in rein staatlichen, unter staatlicher Beteiligung, in kooperativen, aber auch in rein privaten, unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Konstellationen bereitgestellt. An ihnen wirken Verwaltungspersonal, Lehr- und Pflegekräfte, Sicherheits- und Versorgungskräfte sowie unzählige ehrenamtlich Engagierte in Vereinen, Kirchen und Interessensverbänden mit.

Wer die Hauptverantwortung für die Bereitstellung öffentlicher Güter hat, an wen Verantwortung abgegeben und wer vermehrt in die Pflicht genommen wird – all dies verändert sich und wird zum Gegenstand gesellschaftspolitischer Konflikte. Es sind weniger die Ziele (Bereitstellung und Zugänglichkeit öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge) als die Vorstellungen über die Art und Weise ihrer Erbringung und die dabei zu beteiligenden Akteure, die den Unterschied zwischen den Modellen ausmachen.

Fazit

Wir haben es derzeit mit wohlfahrtsstaatlichen Transformationsprozessen zu tun, die als Übergang vom «sorgenden Wohlfahrtsstaat»⁹ zum «Gewährleistungsstaat»¹⁰ oder vom absichernden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat¹¹ umschrieben werden.

⁸ Böhnke, Petra (2010): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2, S.18–25.

⁹ de Swaan, Abraham (1993): *Der sorgende Staat: Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*, Frankfurt a.M.

¹⁰ Schuppert, Gunnar Folke (2005): *Der Gewährleistungsstaat – ein Leitbild auf dem Prüfstand*, Baden-Baden.

¹¹ vgl. Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld; sowie Vogel, Berthold (2007): *Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, Hamburg.

Immer häufiger erbringt der Staat die erforderlichen Leistungen nicht mehr selbst, sondern beschränkt sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen. Die Umsetzungs- und Gestaltungskompetenz im Bereich der Daseinsvorsorge wird vermehrt an private Initiativen abgegeben, oft begleitet von einer Aktivierungssemantik, die die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger verstärkt einfordert. Es finden Marktbildungsprozesse im Bereich der Energieversorgung, der Telekommunikation und des öffentlichen Nahverkehrs statt. Auch die Wasserversorgung, die Post sowie Teile des Gesundheits- und Bildungswesens sind von Ausgliederungen und der Einrichtung privatrechtlicher Organisationen betroffen. Staatliches Eigentum geht an private Investoren über – mit der Folge, dass Gemeinwohlorientierung mit Gewinnerzielungsinteressen in Verbindung und bestenfalls in Übereinstimmung gebracht werden muss.

Fragt man, wer von der Liberalisierung und den gestiegenen Wahlmöglichkeiten bei Dienstleistungsanbietern und Produkten profitiert, zeigen sich deutliche Unterschiede, die der sozioökonomischen Lage der jeweiligen Konsumenten entsprechen. Höhere Statusgruppen bringen die nötigen Kompetenzen und materiellen Ressourcen mit, um sich für den besten Anbieter entscheiden zu können. Für bestimmte soziale Lagen bedeutet dieser Prozess aber Benachteiligung und Orientierungslosigkeit.¹² Auch Bildungsungleichheiten und die Ökonomisierung des Bildungssystems stehen sozialem Zusammenhalt entgegen. Ein universeller Zugang zu einer nutzenunabhängigen humanistischen Bildung ginge am ehesten mit der Vermittlung von Werten und Normen einher, die solidaritätsfördernd und gemeinwohlorientiert sind.

Mit anderen Worten: Um öffentliche Güter zu erhalten, braucht es Investitionen in Bildung und soziale Sicherheit, die nicht nur Chancengerechtigkeit, sondern auch Chancenverwirklichung zum Ausdruck bringen. In polarisierten Gesellschaften, die sich durch große soziale Ungleichheit kennzeichnen, leidet auch die Lebensqualität der Privilegierten. Dass allein staatliche Verantwortung für öffentliche Güter ein Garant für chancengleichen Zugang ist, kann vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden. Es bedarf einer breiten Verständigung darüber, welcher Akteur und welche Akteurskonstellation für welche Bereiche öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge geeignet sind und wie und an welchem Ort langfristig Werthaltungen vermittelt und erhalten werden können, die auf einen auf den Gemeinsinn orientierten Konsens abstellen. Derzeit hängen Partizipation und Mitbestimmung stark von schichtspezifischen Ressourcen ab. Dennoch sind Veränderungen im Gange. Die Rekommunalisierung von Ressourcen wird eingefordert und durchgesetzt, mehr und mehr werden Ansprüche auf Bürgerbeteiligungen artikuliert und Mitbestimmungsrechte eingefordert. Wortführer sind hier die partizipationsstarken und artikulationsfähigen Mittelschichten. Es könnten damit aber Strukturen

12 Vgl. Flecker, Jörg/Herrmann, Christoph (2012): Die «große Transformation» öffentlicher Dienstleistungen. Materielle und symbolische Folgen für Arbeit und Beschäftigung, in: *Mittelweg* 35, 5/2012, S. 22–36; sowie Flecker, Jörg/Schultheis, Franz/Vogel, Berthold (2014): Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten, Berlin.

geschaffen werden, die Chancen breiter angelegter Aushandlungsprozesse eröffnen. Um sicherzustellen, dass diese dann auch schichtübergreifend genutzt werden, braucht es Kräfte, die mobilisieren können, und Rahmenbedingungen, die eine Beteiligung möglich machen. Ein universeller Zugang zu öffentlichen Gütern kann soziale Ungleichheit nachhaltig verringern.

Das Postbotenprinzip: Arbeit in der entsicherten Vollerwerbsgesellschaft

Erinnern wir uns: Während der 1980er Jahre behaupteten Sozialwissenschaftler, der Gesellschaft gehe die Erwerbsarbeit aus. Sie sprachen von einer Krise oder gar vom Ende der Arbeit. In einer vielbeachteten Studie argumentierte Claus Offe, die förmliche Erwerbsarbeit verliere zunehmend die subjektive Qualität, «organisierendes Zentrum der Lebenstätigkeit, der sozialen Fremd- und Selbsteinschätzung und der moralischen Orientierungen zu sein». Es drohe eine Konfliktachse, bei der «nicht mehr Arbeit gegen Kapital, sondern Arbeit plus Kapital gegen den Rest der erwerbswirtschaftlich ‹Überflüssigen›» stünden – ein Problem, dessen Lösung sich nur als zeitliche Umverteilung der Arbeit auf alle vorstellen lasse.¹ Gut drei Jahrzehnte später scheint diese Prognose zumindest für Deutschland falsifiziert. Die Statistik weist einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen aus und die Erwerbslosigkeit ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Der vermeintliche Abschied von der Arbeitsgesellschaft – ein folgenschwerer Irrtum? Meine Antwort ist ein entschiedenes «Ja, aber». Was damit gemeint ist, zeigt ein Blick auf die Schattenseite des deutschen Jobwunders.

Eine Erwerbsgesellschaft ohne Vollbeschäftigung

Tatsächlich hat Erwerbstätigkeit in Deutschland ein Rekordniveau erreicht. Mit 43,056 Mrd. lag die Zahl der Erwerbstätigen 2015 um nahezu 4,3 Mio. über der des Jahres 1991. Zugleich hat das durchschnittliche Volumen an bezahlten Arbeitsstunden aber noch nicht einmal das Niveau der frühen 1990er Jahre erreicht. Zwar nimmt dieses Volumen seit 2005 wieder zu, doch mit gut 59 Mrd. Arbeitsstunden liegt es 2015 noch unter dem Wert von 1991 (60,261 Mrd.). Arbeitete ein Arbeitnehmer 1991 durchschnittlich 1.473 Stunden pro Jahr, so war er 2012 nur noch 1.316 Stunden beschäftigt. Im Klartext bedeutet dies, dass ein reduziertes Erwerbsarbeitsvolumen auf eine wachsende Zahl von Erwerbspersonen verteilt wird.²

- 1 Offe, Claus (1984): «Arbeitsgesellschaft». Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a.M./New York, S. 7 und 9.
- 2 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2016, S. 345 ff. (Kapitel 13, Arbeitsmarkt).

Dies geschieht jedoch keineswegs mittels egalitärer Umverteilung von Erwerbsarbeit und Arbeitszeitverkürzung, wie es seinerzeit nicht nur Claus Offe angemahnt hatte. Insbesondere für Frauen in Dienstleistungsberufen vollzieht sich die Integration in den Arbeitsmarkt zumeist über flexible, häufig instabile, schlecht bezahlte, wenig anerkannte und deshalb prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die quantitative Arbeitsmarktstatistik gibt das Ausmaß prekärer Beschäftigung nur unzureichend wieder. Immerhin belegt sie, dass der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung zwar wieder steigt, mit 75 Prozent liegt er aber 2015 noch immer deutlich unter dem Ausgangswert von 1991 (83 Prozent). Während Teilzeitarbeit (+2,23 Mio.), geringfügige Beschäftigung (+770.000) und Soloselbstständigkeit (+550.000) von der Jahrtausendwende bis 2012 zugenommen haben, ist nicht nur die Zahl der registrierten Arbeitslosen (-990.000), sondern auch die der Vollzeitbeschäftigten (-1,44 Mio.) deutlich zurückgegangen. Trotz gesetzlichem Mindestlohn zählen kontinuierlich zwischen 22 und 24 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse zum Niedriglohnsektor – mit einem gewichtigen Anteil an Vollzeitbeschäftigung.³

Auch die Arbeitszeiten sind stark polarisiert. Während qualifizierte Beschäftigte gemessen an den eigenen Präferenzen wie auch an tariflichen Normen oft zu lange arbeiten⁴, wünschen insbesondere Personen in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung längere Wochenarbeitszeiten. Zwar federt ein modernisiertes Ernährermodell (Vollzeit plus Teilzeit) Unsicherheit im Familienverbund teilweise ab; immer mehr Frauen wollen oder müssen, nun auch im Osten, in Teilzeit arbeiten. In einer Gesellschaft, deren Sicherungssysteme auf Vollzeitbeschäftigung zugeschnitten sind, macht das die Betroffenen trotz Umverteilungswirkung des Wohlfahrtsstaates jedoch in besonderer Weise verwundbar.⁵

Das deutsche Jobwunder beinhaltet somit keine Rückkehr zur *Vollbeschäftigungsgesellschaft* der 1960er Jahre. Stattdessen setzt sich am Arbeitsmarkt die Tendenz durch, Erwerbslosigkeit mittels Ausdehnung prekärer, unwürdiger Arbeit verschwinden zu lassen. Vollerwerbstätigkeit bedeute, so der französische Soziologe Robert Castel, ein «Ende der Lohnarbeitsgesellschaft», allerdings «keines der Lohnarbeit». Denn Arbeitstätigkeiten, die überwiegend lohnabhängig blieben, verlören jene grundlegende Rechte, «die mit dem Beschäftigungsverhältnis verbunden waren und ihm einen Status verliehen».⁶ Wie ist das zu verstehen? Was bedeutet diese Entwicklung für die soziale Integrationskraft und die subjektive Relevanz

3 Bosch, Gerd (2014): Neuordnung des deutschen Arbeitsmarktes, in: Dörre, Klaus/Jürgens, Kerstin/Matuschek, Ingo (Hrsg.): Arbeit in Europa, Frankfurt a. M./New York, S. 91–106.

4 Rund jede achte vollzeiterwerbstätige Person ab 15 Jahren gab 2014 an, gewöhnlich mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. 15 Prozent der Männer, aber nur 7 Prozent der Frauen haben überlange Arbeitszeiten. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil an; ein Hauptgrund ist, dass überlange Arbeitszeiten vor allem bei Beschäftigten in Führungspositionen verbreitet sind. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Datenreport 2016, S. 187.

5 Dingeldey, Irene (2015): Bilanz und Perspektiven des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn, S. 268–280, hier: S. 276 f.

6 Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 136.

von Erwerbsarbeit? Wie wirkt sich die Entkoppelung von abhängiger Arbeit und Sozialbürgerstatus auf gesellschaftliche Konflikte aus? Und was bedeutet das für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft?

Was ist Arbeit?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es sinnvoll, zunächst zu klären, was unter Arbeit zu verstehen ist. Für die großen Sozialwissenschaftler im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand außer Frage, dass Gesellschaften aus Arbeit gemacht sind. Karl Marx betrachtete Arbeit allgemein als zweckgerichtete Tätigkeit, über die sich Menschen in Auseinandersetzung mit der Natur als soziale Wesen selbst erzeugen. Arbeit ist konkret-nützliche Tätigkeit, Bildnerin von Gebrauchswerten und daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, «ewige Notwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln».⁷ Dabei verändert sich Formbestimmung dieser zweckgerichteten Tätigkeit in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Eigentumsordnung und dem Niveau der Arbeitsteilung. Lohnarbeit, ein soziales Verhältnis, in welchem Arbeiter ihre Arbeitskraft an die Besitzer von Produktionsmitteln verkaufen und dafür ein Entgelt erhalten, breitet sich erst mit dem Übergang zu kapitalistischen Gesellschaften aus.

Im Unterschied zu Marx betrachtete Emile Durkheim die gesellschaftliche Arbeitsteilung als «Quelle der Solidarität», weil sie voraussetze, «dass der Arbeiter, statt sich ausschließlich mit seiner Aufgabe zu beschäftigen, seine Mitarbeiter nicht aus den Augen» verliere. Er sei keine Maschine, sondern fühle, «dass er zu etwas diene». Daher gelte: «Wie speziell und wie einförmig seine Tätigkeit auch sein mag, sie ist deshalb immer noch die Tätigkeit eines intelligenten Wesens, denn sie hat einen Sinn, und er (der Arbeiter, KD) weiß um diesen».⁸ Die gesellschaftliche Arbeitsteilung erzeugt laut Durkheim Regeln, «die den friedlichen und regelmäßigen Zusammenschluss der geteilten Funktionen sichern» und auf diese Weise für sozialen Zusammenhalt sorgen.⁹

Ungeachtet aller Divergenzen macht sich sowohl bei Marx als auch bei Durkheim eine problematische Verengung bemerkbar. Beide neigen dazu, produktive Arbeit in modernen kapitalistischen Gesellschaften primär mit bezahlter Erwerbsarbeit gleichzusetzen. Hinter den lohnabhängigen «Männern», die Marx als Totengräber der Bourgeoisie ausmacht¹⁰, verbergen sich jedoch in der Regel Frauen, die

7 Marx, Karl (1973/org. 1867): Das Kapital. Erster Band, in: *MEW* 23, Berlin, S. 57.

8 Durkheim, Emile (1992; erstmals 1902): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a.M., S. 442.

9 Ebd., S. 477. Zu Störungen der organischen Solidarität kommt es laut Durkheim nur wenn a) die Arbeitsteilung nicht spontan erfolgt, sondern – etwa bei Klassen- und Kastenzugehörigkeit – durch «äußere» soziale Ungleichheit erzwungen wird; b) sofern Arbeitsteilung den Raum individuellen Handelns einschränkt und Überspezialisierung zu «Anarchie» führt. Vgl. ebd., S. 443 ff.; 459 ff.

10 Marx, Karl/Engels, Friedrich (1977; erstmals 1848): Manifest der Kommunistischen Partei, in: *MEW* 4, Berlin, S. 459–493; hier S. 468, 473.

nicht nur für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig sind, sondern bei Bedarf auch die «industrielle Reservearmee» der Arbeitslosen, Unterbeschäftigten und prekarierten Gruppen auffüllen. Und die durch Arbeitsteilung gestiftete organische Solidarität ist, so sie denn existierte, strukturell auf das «soziale Band» angewiesen, das Familie, Verwandte, Freunde und an deren Stelle soziale Sicherungssysteme stiften. Arbeit, das klingt im allgemeinen Arbeitsbegriff (Arbeit als Lebenstätigkeit) von Marx immerhin an, ist jedoch niemals identisch mit Erwerbs- und schon gar nicht mit Lohnarbeit. Im Anschluss an André Gorz, Hannah Arendt oder auch Oskar Negt und Alexander Kluge lassen sich fünf spezifische Arbeitsvermögen unterscheiden. Neben der ökonomisch zweckrationalen *Erwerbsarbeit* bilden unbezahlte *Haus-, Eigen- und Sorgearbeiten*, zweckfreie *autonome Tätigkeiten* zur Selbstentfaltung sowie *freiwillige Arbeit an der Demokratie und dem Gemeinwesen* je eigene Arbeitsvermögen.¹¹ Hinzu kommt als weitere Tätigkeit die *Steuerungsarbeit*, deren wichtigste Funktion darin besteht, die Beanspruchung der unterschiedlichen Vermögen in eine – möglichst lebenswerte – Balance zu bringen.

Das Postboten-Prinzip: Mehrarbeit als Gratisressource

Es sind zunächst Individuen, die über die verschiedenen Arbeitsvermögen verfügen; in diesem Fall ist der menschliche Körper der natürliche «Behälter» dieser Tätigkeiten. Sie können aber auch im Sinne überindividueller Fonds begriffen werden, als Ensemble gesellschaftlicher Tätigkeiten. Die verschiedenen Arbeitsvermögen existieren jedoch nicht gleichberechtigt nebeneinander. In einer modernen kapitalistischen Gesellschaft, in der, wie aktuell in Deutschland, 86 Prozent der Erwerbspersonen ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der Berufstätigkeit bestreiten, ist abhängige (Lohn-)Arbeit für die große Mehrzahl der Menschen direkt oder indirekt die zentrale Tätigkeitsform. Das reduzierte Volumen an bezahlten Arbeitsstunden hat daran nicht das Geringste geändert. Im Gegenteil, die Nutzung der Arbeitskraft in flexibel-marktzentrierten Produktionsweisen strukturiert mehr und mehr die Gesamtheit der Arbeitsvermögen. Quer durch alle Etagen der prekären Vollerwerbsgesellschaft ist das Empfinden verbreitet, für erbrachte Leistungen nicht angemessen ent- und belohnt zu werden. Diese «berufliche Gratifikationskrise»¹², die sich auch in gesundheitlichen Belastungen und psychosozialen Störungen niederschlägt, beruht auf einer Kollektiverfahrung, welche die Leistungserbringung in Beruf und Erwerbsarbeit als ungleichen Tausch identifiziert. Anforderungen flexibler Produktion und Reproduktion laufen häufig darauf hinaus, dass Beschäftigte immer mehr Aktivität darauf verwenden müssen, Lebensbereiche und Tätigkeiten zu koordinieren. Die in flexiblen Produktionsweisen und ihren Zeitregimes erzeugten Zwänge vereinnahmen und privatisieren unbezahlte Steuerungsarbeit, die individuell auch deshalb vermehrt geleistet werden muss, weil institutionell abgesicherte, gesellschaftliche Steuerungsleistungen wegbrechen. Steuerungsverluste treten ein, wenn Personen

¹¹ Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin, S. 192–256.

¹² Siegrist, Johannes (2015): Arbeitswelt und stressbedingte Erkrankungen, München.

materielle und zeitliche Ressourcen entzogen werden, die für eine ausgewogene Balance der unterschiedlichen Arbeitsvermögen¹³ zwingend erforderlich sind.

Was dies bedeutet, lässt sich an einem Beispiel illustrieren. Unter Druck gesetzt durch Mitbewerber, die mit Hilfe prekär Beschäftigter konkurrieren ordnet das Unternehmen Deutsche Post seinen Briefträgerinnen und Briefträgern Bezirke zu, die diese in der regulären Arbeitszeit nicht abarbeiten können. Deshalb stehen sie vor der Wahl, entweder unbezahlte Mehrarbeit zu verrichten oder ihr Berufsethos hinten an zu stellen und Briefe liegen zu lassen. Ein erheblicher Teil der Betroffenen entscheidet sich dafür, die Arbeit gut zu machen und leistet unbezahlte Mehrarbeit. Die Aneignung der Mehrarbeit findet gewissermaßen außerhalb des eigentlichen Arbeitsvertrages statt. Sie resultiert scheinbar aus einem Sachzwang, dem hart umkämpften Markt für entsprechende Dienstleistungen. Die Umsonstarbeit erfolgt scheinbar «freiwillig» und ihre Folgen werden von den Beschäftigten privat bewältigt, auch durch das Opfern eigentlich arbeitsfreier Zeit.

Dieses Postbotenprinzip, dessen kleinster gemeinsamer Nenner «zu wenig Personal für zu viel Arbeit» lautet, findet sich in zahlreichen Variationen in den unterschiedlichsten Branchen und Segmenten der Erwerbsgesellschaft. Oskar Negt und Alexander Kluge haben die Okkupation von unbezahlten Tätigkeiten schon vor gut zwei Jahrzehnten als «Balance-Imperialismus» bezeichnet, der über den «Abzug von Steuerungsenergien» wirkt¹⁴. Mit Blick auf die Gegenwart kann eher von einem expansiven Zugriff auf *sämtliche* Arbeitsvermögen gesprochen werden, der unbezahlte Mehrarbeit als Gratisressource, als «neues Land» nutzt, das es optimal zu verwerten gilt.

Die Durchsetzung flexibel-marktzentrierter Produktionsweisen

Diese neue, wesentlich (finanz-)marktgetriebene Landnahme hat den alten west-deutschen Sozialkapitalismus und seine Lohnarbeitsgesellschaft einem Prozess schöpferischer Zerstörung unterzogen. Nach 1945 schien es für einige Jahrzehnte, als würde die durkheimsche über die marxsche Perspektive triumphieren. Lohnarbeit hatte sich auch für große Teile der Lohnabhängigen in eine gigantische gesellschaftliche Integrationsmaschine verwandelt. Soziale Ungleichheiten verschwanden nicht, sie wurden jedoch einem «Fahrstuhleffekt» gleich eine Etage nach oben gefahren.¹⁵ Charakteristisch für diese kurze Phase eines nationalen «Kapitalismus ohne Reservearmee»¹⁶ war die Marginalisierung von sozialer Unsicherheit, Armut und Prekarität. Zwar waren sie vor allem bei Frauen, Migranten und formal gering Qualifizierten noch immer bittere Realität. Doch sie entfalteten sich wesentlich außerhalb der geschützten Lohnarbeit. Robert Castel hat diesen Sozialkapitalismus

13 Negt, Oscar/Kluge, Alexander (1993): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt a.M., S. 107.

14 Ebd., S. 106.

15 Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse, in: Kreckel, Reinhard (Hg. 1983): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S. 35–53.

16 Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt a. M./New York, S. 186.

als «Gesellschaft der Ähnlichen» bezeichnet. In ihr blieben Disparitäten enthalten, sie war strikt hierarchisch organisiert, aber der starre Gegensatz zwischen Eigentümern und Nichteigentümern wurde abgemildert, weil auch die Masse der Lohnabhängigen über «Sozialeigentum» verfügte. Ein kollektives Eigentum zur Existenzsicherung, basierend auf rechtlich garantierten Rentenansprüchen, Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, auf Mitbestimmung und politischer Partizipation.¹⁷ Gemeinsam mit den großen Unternehmensbürokratien und Verwaltungen war sozial geschützte Lohnarbeit der entscheidende Stützpfeiler eines Regimes der organisierten Zeit, das es Lohnabhängigen ermöglichte, «Stufen einer normgerechten beruflichen Laufbahn zu definieren» und eine «langfristige Arbeit im Dienste eines Unternehmens» mit der Erwartung stetiger Einkommenszuwächse zu verbinden.¹⁸

Gerade in Westdeutschland war diese Form der Sozialintegration mittels Lohnarbeit jedoch mit besonders rigiden Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung verbunden. Die gesellschaftliche Ausweitung von Lohnarbeit setzte auf ihrer Kehrseite zunächst patriarchale Familienstrukturen und Ein-Ernährer-Haushalte voraus, die den Frauen neben den Reproduktionstätigkeiten vor allem die weniger attraktiven, schlecht bezahlten und geringer anerkannten Berufstätigkeiten zuwies. Insofern waren die Vollbeschäftigungs-Lohnarbeitsgesellschaft beileibe keine Idylle. Inzwischen ist sie allerdings – zumindest als gesellschaftliche Ordnung, die auf sozialem Zusammenhalt beruht – weitgehend Geschichte. Unter dem Druck von ökonomischer Internationalisierung und marktbasierter Arbeits- und Sozialpolitiken, aber auch infolge des technologischen Wandels und der Erosion tradierter Muster geschlechtlicher Arbeitsteilung haben sich neue, fragmentierte Arbeitsgesellschaften herausgebildet. Trotz in Deutschland noch immer formaler intakter Institutionen wie Tarifautonomie, Mitbestimmung, Kündigungsschutz etc. haben sich gravierende Veränderungen des gesellschaftlichen (Re-)Produktionsmodells vollzogen. Lohnarbeit wurde seit den 1980er Jahren Schritt um Schritt aus ihrer schützenden Hülle herausgelöst. Entstanden sind flexible Produktions- und Lebensweisen, die auf einer starken Polarisierung von Teilarbeitsmärkten beruhen.

Die neue Landnahme war auch deshalb erfolgreich, weil sie als Befreiungsprojekt, als Angriff auf ständische Privilegien und Dominanzverhältnisse inszeniert wurde. Die Verkoppelung von Normalarbeitsverhältnis und Ein-Ernährer-Familienmodell, wie sie in Westdeutschland lange vorherrschte, ist hierfür ein markantes Beispiel. Soweit sie unter dem Einfluss feministischer Bewegungen dazu beitrug, Frauen aus diskriminierenden Strukturen zu lösen und ihnen so bessere Bildungs- und Beschäftigungschancen zu erschließen, wirkte der Landnahmeprozess auch real als kulturelle Befreiung. Trotz dieses unbestreitbaren emanzipatorischen Gehalts beinhaltete die Freisetzung aus ständisch-patriarchalen Abhängigkeiten aber auch ein gegenläufiges Moment. Das weibliche Erwerbspersonenpotenzial ließ sich trefflich nutzen, um den Reservearmee-mechanismus zu reaktivieren. Ihre besondere

¹⁷ Castel, Robert (2003): *L'insécurité sociale. Qu'est-ce qu'être protégé?* Paris.

¹⁸ Sennett, Richard (2007): *Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin, S. 24.

Verwundbarkeit, die aus dem Anspruch resultiert, Beruf- und Familie gleich zu gewichten, machte Frauen zu bevorzugten Kandidatinnen für eine asymmetrische Integration in die flexible Produktionsweise. Die feministische Kritik an der Herrschaftsdimension sozial geschützter Normalarbeit wurde gewissermaßen vom hegemonialen «Geist des Kapitalismus» aufgesogen und aus einem Befreiungsprojekt allmählich in eine Legitimation unsicherer Beschäftigung überführt.¹⁹

Insofern ist die neu entstandene flexibel-marktzentrierte Produktionsweise Ausdruck einer doppelten Machtverschiebung. Sie beruht sowohl auf der Macht-Erosion von Lohnabhängigen als auch auf einer Auflösung von ständisch-patriarchaler Macht. In der Konsequenz läuft sie jedoch in der einen oder anderen Weise auf das Postbotenprinzip hinaus. Im Zentrum steht ein expansiver Zugriff auf Arbeit als Lebenstätigkeit, der nun gerade und vor allem auf weibliche Lohnabhängige zurückschlägt. Betrachten wir exemplarisch einige Dynamiken, die moderne Erwerbsgesellschaften tiefgreifend verändert haben und weiter verändern werden.

Informatisierung und Digitalisierung

Zu diesen Veränderungen gehört die informationstechnologische Durchdringung nicht nur des gesamten Produktionsapparates, sondern auch der Lebensweisen und des Konsums. Diese Veränderungen haben lange vor dem Projekt einer vierten industriellen Revolution eingesetzt, wie sie gegenwärtig in Deutschland propagiert wird. Nahezu jeder Produktionsarbeiter muss heute mit einem PC umgehen können. Bei den Kassen der Kassiererinnen im Supermarkt und bei der Waage in der Fleischerei handelt es sich um leistungsfähige, vernetzte Computer, die, statt nur den Preis eines Produkts anzuzeigen, zur Verwaltung von Lagerbeständen für Bestellungen genutzt werden. Entscheidend ist jedoch, dass die Informatisierung der Arbeit zu einer dramatischen Beschleunigung ökonomischer Prozesse und zu erhöhtem Innovationsdruck beigetragen hat. Die Informationstechnologie kann genutzt werden, um die Unternehmensorganisation zu dezentralisieren und zugleich grenzüberschreitend zu vernetzen. Werkvertragsvergaben in großen Automobilkonzernen finden heutzutage über wöchentliches Global Sourcing statt, und die Summen, die in diesem Rahmen durchaus für anspruchsvolle Arbeiten aufgewendet werden, übersteigen häufig die offiziellen Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Zugleich haben Handy, Email und soziale Netze die Grenzen zwischen Tätigkeitsbereichen, zwischen Privatem und Öffentlichem eingeebnet. Der nun in Gang gekommene Digitalisierungsschub, den Anke Domscheit-Berg in ihrem Text ausführlich beschreibt, wird diese Tendenzen weiter forcieren. Noch ist es viel zu früh, um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Internet der Dinge und cyberphysischer Systemen exakt beurteilen zu können. In der einschlägigen Literatur wird man insbesondere hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkung die unterschiedlichsten Szenarien finden. Am wahrscheinlichsten ist gegenwärtig, dass der neuerliche

¹⁹ Fraser, Nancy: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2009, S. 43–57.

Digitalisierungsschub die soziale Polarisierung weiter verstärken wird.²⁰ Doch auch hier gilt, was Manuel Castells bereits für den ersten Informatisierungsschub festgestellt hat: «Die neue Informationstechnologie definiert [...] Arbeitsprozesse, Arbeitskräfte und daher auch Beschäftigungs- und Berufsstruktur neu [...] Die entstehende Bifurkation der Arbeitsmuster und die Polarisierung der Arbeitskraft sind nicht das notwendige Resultat des technologischen Fortschritts oder unausweichliche Tendenz wie etwa die Entstehung der postindustriellen Gesellschaft oder der «Dienstleistungsökonomie». Diese Prozesse sind gesellschaftlich determiniert und auf Managementebene geplant im Prozess der kapitalistischen Neustrukturierung».²¹

Vieles spricht indes dafür, dass der neuerliche Digitalisierungsschub das Postbotenprinzip radikalisiert. Schon jetzt existieren viele digitalisierte Tätigkeiten als bezahlte und unbezahlte nebeneinander. Was vergütet wird, entscheiden Akteure mit Marktmacht, in der Regel also definitionsmächtige Unternehmen. Deshalb ist es mehr als unwahrscheinlich, dass etwa die digitale Sharing-Ökonomie sich ohne entsprechende politische Unterstützung als solidarische Alternative zur kapitalistisch verfassten Erwerbsgesellschaft etabliert. Stattdessen stellt der Informationsraum eine Sphäre dar, in der Gratis- und Umsonstarbeit mittels privater Aneignung von Wissen und Eigentumbildung auf Kosten von Gemeingütern (Commons) zu einer wahren Goldgrube für kapitalistisches Gewinnstreben werden kann.

Flexible Beschäftigung als ständige Bewährungsprobe

Schon jetzt haben die Internationalisierung von Wertschöpfungsketten, Standortwettbewerb und eine am kurzfristigen Gewinn orientierte Shareholder-Value-Steuerung dazu beigetragen, dass selbst die unbefristete Beschäftigung in großen Unternehmen der Exportwirtschaft zu einer ständigen Bewährungsprobe geworden ist. Zwar steht überwiegend nicht die Anstellung selbst auf dem Spiel, aber es geht doch darum, den einmal erreichten Status zu verteidigen. Beschäftigte konkurrieren um gute Projekte, interessante Tätigkeiten, Chancen zum kleinen Aufstieg, Leistungsprämien oder schlicht um den Erhalt des Status Quo bei den Arbeitstätigkeiten und der Entlohnung. Auch die Festanstellung ist daher nur eine unter Vorbehalt, die in ständigen Bewährungsproben immer wieder neu verdient werden muss. Der Status des Sozialbürgers lässt sich nur durch «Siege im Wettkampf» erhalten. Gerade in Krisenzeiten müssen sich auch Festangestellte stets aufs Neue für ihr unbefristetes Arbeitsverhältnis qualifizieren: Sei es, dass sie Kurzarbeit und Lohnabschläge in Kauf nehmen, sei es, dass sie sich in andere Werke ihres Konzerns ausleihen lassen, um dort Produktionsspitzen abzufedern.

Doch auch unabhängig von konjunkturellen Einbrüchen ist der Bewährungszwang allgegenwärtig. 77 Prozent der von uns befragten Arbeiter und Angestellten eines Automobilwerks stimmen der Aussage zu, dass die Arbeitnehmer in der

²⁰ Brynjolfson, Erik/McAfee, Andrew (2014): *The Second Machine Age. Work, Progress and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies*. New York, S. 166 ff.

²¹ Castells, Manuel (2001): *Das Informationszeitalter I. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen, S. 282.

internationalen Standortkonkurrenz immer mehr unter Druck geraten. Nur zwei Prozent lehnen dieses Statement ab.²² Diese Grunderfahrung ist es, die Stammbeschäftigte zunehmend dazu motiviert, Flexibilitätsanforderungen individuell zu managen, Familie und soziale Netze als Flexibilitätspuffer zu nutzen. Infolge von Team- und Projektarbeit, flexiblen Arbeitszeiten und der Ablösung starrer Zeiterfassungssysteme durch Vertrauensarbeitszeitmodelle haben sich die Leistungsparameter qualifizierter Festangestellter gewandelt. Der Übergang von der direkten Leistungs- zur Ergebniskontrolle erweist sich häufig als Arbeitszeitverlängerungsprogramm und auch die formal arbeitsfreie Zeit wird durch Arbeitsaufgaben okkupiert. Im Bemühen, diese Kluft zu schließen, wird frei verfügbare Zeit zu einem knappen Gut. Die individuellen Freiheiten, die das neue Wettbewerbsregime mit sich bringt, werden deshalb rasch vom Segen zum Fluch. Auf der Jagd nach Optionen werden Kinderwünsche zurückgestellt, selbst inhaltlich reizvolle Arbeitstätigkeiten verwandeln sich in Dauerbelastungen und münden in Arbeitssucht und Entspannungsunfähigkeit. Weiterbildung erscheint als permanenter Zwang, dem individuell genügt werden muss, und letztlich gerät auch der Konsum zur anstrengenden Betätigung. Denn schon das Studium einer handbuchartigen Bedienungsanleitung für ein neues Handy kann in Kundenarbeit ausarten. Muße, Ruhe, frei verfügbare Zeit gehören deshalb zu den größten Wünschen der Festangestellten. Doch im Bemühen, auch den nächsten Wettkampf, die nächste Bewährungsprobe im Projekt erfolgreich zu bestehen, sind selbst Stammbeschäftigte jederzeit bereit, noch das letzte Quantum an Energie zu mobilisieren. Auch in dieser Etage der Arbeitsgesellschaft stoßen wir auf zahlreiche Schattierungen des Postbotenprinzips. Kundenarbeit, der Verfall von Überstunden in flexiblen Arbeitszeitsystemen oder auch die Verrichtung von überlebensnotwendiger relationaler (Vernetzungs-)Arbeit²³ sind Beispiele.

Disziplinierung durch Prekarisierung und Ausgrenzung

Trotz Leistungsintensivierung sowie verbreiteter Kritik an Unternehmen und Management betrachten Festangestellte ihre unbefristete Beschäftigung häufig als Privileg, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Dies hängt mit der disziplinierenden Wirkung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse zusammen. Für diese Wirkung ist gar nicht entscheidend, ob nun 20, 25 oder 30 Prozent der Erwerbstätigen prekäre Jobs ausüben. Selbst in großen Unternehmen mit hohen gewerkschaftlichen Organisationsgraden lässt sich feststellen, dass eine verhältnismäßig

22 Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriegebieten, Hamburg.

23 Dies ist ein Grundproblem vieler Soloselbstständiger, Kreativarbeiter und Spezialisten. Relationale Arbeit meint die Pflege von Netzwerken und Kundenkontakten, Werbeaktivitäten und ähnliches. Solche Arbeiten werden seitens der Auftraggeber häufig als Gratisressource vor- ausgesetzt und in Dienst genommen. Es handelt sich um eine Form der Landnahme durch und der Aneignung von Tätigkeitspotenzialen in Bewährungsproben, die gleichsam auf das Innerste, auf die individuelle Zeitökonomie und die Psyche der Beschäftigten zielt.

kleine Zahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, befristet Beschäftigten und Personen mit Werkverträgen durchaus in der Lage ist, den Stammbeschäftigten vorzuführen, dass ihre Tätigkeit billiger und zu ungleich schlechteren Konditionen verrichtet werden kann. In Betrieben des Exportsektors ist die «Zone der Prekarität» in die Erfahrungswelt auch der Stammbeschäftigten eingeschrieben. Die Belegschaften gleichen häufig einer Mehrklassengesellschaft, in der Festangestellte, Leiharbeiter und Werksvertragskräfte mit unterschiedlichen Konditionen die gleiche Arbeit verrichten. Dabei gilt: je tiefer man in die Zuliefernetze der Endhersteller vordringt, desto niedriger die Löhne, umso höher die Arbeitszeiten und desto schlechter die Arbeitsbedingungen.

In den prekären Bereichen des Arbeitsmarktes wird das Postbotenprinzip teilweise mit besonderer Härte praktiziert. Es gilt das 50:50-Prinzip. Man hat eine halbe Stelle inne, arbeitet tendenziell jedoch für eine ganze. In der «Zone der Prekarität» fehlt es nicht nur an leistungsgerechten Löhnen, sondern auch an Partizipationsrechten, wirksamen Interessenvertretungen, gleichberechtigter Integration in Belegschaften, Anerkennung und Möglichkeiten zu einer längerfristigen Lebensplanung. Wo Tarife und Mitbestimmung kaum oder gar nicht mehr greifen, wird aus Sicht der Betroffenen nicht selten Arbeitgeberdruck gegen Beschäftigtenangst getauscht.²⁴ Doch warum funktioniert die Mobilisierung für «unwürdige» Arbeit? Eine Antwort ergibt sich aus der wettbewerbsorientierten Funktionsweise des aktivierenden Arbeitsmarktregimes.²⁵ In ihm wird der Leistungsbezug von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) zur permanenten Bewährungsprobe, bei der sich entscheidet, ob der Sprung in die Gesellschaft der respektierten Bürgerinnen und Bürger gelingt. Der Leistungsbezug wird als Wettkampf inszeniert, bei dem die jeweils Erfolgreichen die Norm vorgeben, an der sich auch diejenigen zu orientieren haben, die den Sprung in bessere Verhältnisse vorerst nicht geschafft haben. Letztere bewegen sich im Hamsterrad zirkularer Mobilität. Es kommt fortwährend zu Positionsveränderungen, aber die soziale Mobilität bleibt eine zirkulare, weil sie nicht aus dem Sektor prekärer Lebenslagen hinausführt. Nur wenige der von uns Befragten haben nach sieben Jahren den Sprung in Verhältnisse geschafft, die sie von «Hartz-IV» dauerhaft befreien. Die anderen durchlaufen mitunter zwei, vier, sechs und mehr berufliche Stationen. Sie springen von der Erwerbslosigkeit in den Ein-Euro-Job, von dort in die Aushilfstätigkeit, dann in eine Qualifizierungsmaßnahme und so fort, um am Ende doch wieder im Leistungsbezug zu enden oder gar nicht erst aus ihm herauszukommen.

Je länger Personen im Leistungsbezug verbleiben, desto stärker wird der Druck, einen Habitus zu internalisieren, der in Bourdieus Werk so nicht vorkommt. Die Betroffenen verinnerlichen einen *Überlebenshabitus*, der sie vom Rest der Gesellschaft unterscheidet. Dabei geht es nur selten um das physische Überleben. Doch

24 Artus, I./Böhm, S./Lücking, S./Trinczek, R. (2009): *Jenseits der Mitbestimmung. Interessenhandeln in Betrieben ohne Betriebsrat*, Frankfurt a.M./New York.

25 Dörre, K./Booth, M./Marquardsen, K./Haubner, T./Scherschel, K./Schierhorn, K. (2013): *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt a.M./New York; vgl. hierzu auch die Analyse von Aysel Yollu-Tok im zweiten Kapitel dieses Grünbuchs.

mit zunehmender Dauer des Leistungsbezugs sind die Befragten gezwungen, sich mit materieller Knappheit, geringer gesellschaftlicher Anerkennung und einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle ihres Alltagslebens zu arrangieren. Wenn sie sich arrangieren, separiert sie das vom Rest der Gesellschaft. Separieren sie sich, eignen sich ihre Lebensentwürfe als Objekt für kollektive Abwertungen. Gerade weil sich die auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Menschen an widrige Bedingungen anpassen, werden sie zur Zielscheibe negativer Klassifikationen durch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft.

Kommodifizierung und Abwertung von Sorgearbeit

Gerade auch Festangestellte fürchten nichts mehr, als auf «Hartz IV» – in ihren Augen ein Status der Würdelosigkeit und der totalen Fremdbestimmung – zurückzufallen. Deshalb setzen sie alles daran, um einen solchen Abstieg zu vermeiden. Eine Hauptwirkung des aktivierenden Arbeitsmarktregimes zeigt sich denn auch in der wachsenden Konzessionsbereitschaft Beschäftigter. Anders gesagt: In der Vollerwerbsgesellschaft wirkt die Prekarisierung als ein Kontrollsystem, das auch die Angehörigen von Stammbeschaftungen diszipliniert.²⁶

Diese Wirkung findet sich auch im expandierenden Bereich bezahlter Sorgearbeiten. Um Erwerbsarbeit in den exportstarken Branchen überhaupt in Wert setzen zu können, werden in immer größerem Umfang sorgende, bildende, erziehende und pflegende Tätigkeiten benötigt, die in Deutschland traditionell eine Domäne wenig anerkannter und tendenziell schlecht bezahlter Frauenarbeit sind. Allein in der stark expandierenden Sozialwirtschaft, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung innerhalb eines Jahrzehnts von 4,5 Prozent auf 6,2 Prozent gestiegen ist, arbeiten rund 1,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. In den Bereichen Altenpflege, Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe sind damit ebenso viele Menschen tätig wie im Maschinen- und Fahrzeugbau, dem industriellen Herzstück der deutschen Wirtschaft. Daran zeigt sich: In Relation zu den hochproduktiven Exportbranchen nimmt das Gewicht des vermeintlich weniger produktiven, aber beschäftigungsintensiven Sektors mit bezahlten Humandienstleistungen und Sorgearbeiten (gemeint sind alle Tätigkeiten, die der «Herstellung von Arbeitskraft» dienen) zu. Aus der Exportperspektive erscheint dies zumindest einzelwirtschaftlich als Kostenproblematik, weil die professionellen Reproduktionstätigkeiten zu einem erheblichen Teil über staatliche Transfers finanziert werden.

Staatliche Politik hat den Austausch zwischen Exportsektor und Sorgearbeiten als einen «Stoffwechsel» zwischen aufgewerteten inneren und abgewerteten äußeren Märkten gestaltet. Eine wettbewerbsorientierte Steuerpolitik, die den Zufluss von liquidem Kapital sichern soll, Vermögende und Unternehmen entlastet und so Einnahmeprobleme des Staates verursacht hat, lässt großzügige Transfers zugunsten

26 Dörre, Klaus (2009): Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York, S. 35–64.

von Humandienstleistungen und bezahlten Sorgearbeiten nicht zu. Stattdessen werden staatliche Aufgaben über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und mittels Kreditaufnahmen finanziert. Während die privaten Vermögen wachsen und ihre Konzentration zunimmt, werden öffentliche Vermögenswerte «abgeschmolzen». Eine höhere Nachfrage nach Humandienstleistungen und Sorgearbeiten ist auf dieser Grundlage staatlich kaum zu finanzieren. Die Bereitstellung von Sorgeleistungen als öffentlichem Gut gerät zusätzlich unter Druck, weil es an staatlich finanzierter, zahlungsfähiger Nachfrage mangelt.

Darauf reagieren die maßgeblichen Akteure mit einem Mix aus Kommodifizierung, Verwettbewerblichung, Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und Rückverlagerung von Sorgeleistungen in die Privathaushalte. Das wiederum schafft günstige Bedingungen für besondere Spielarten des Postbotenprinzips. Entgegen ihrer an der Person und dem Körper orientierten Logik werden erziehende, helfende und pflegende Tätigkeiten standardisiert, zerlegt, in Zeitvorgaben gezwängt, betriebswirtschaftlichen Kostenkalkülen unterworfen und auf diese Weise häufig als Gratisressource vereinnahmt, ohne dass sie deshalb dem Gewinninteresse kapitalistischer Unternehmen unmittelbar subsumiert sein müssen.²⁷

Fazit: eine neue Konfliktformation

Fassen wir zusammen: Der Vollerwerbsgesellschaft geht keineswegs die Arbeit aus. Eher trifft zu, dass die gewinnorientierte Inwertsetzung von Erwerbsarbeit immer häufiger und umfassender nichtbezahlte Arbeitstätigkeiten als Gratisressource nutzt. Doch das ist nur eine von zahlreichen Verwerfungen, die dafür sprechen, dass die Erwerbsarbeit ihre gesellschaftliche Integrationskraft für große gesellschaftliche Gruppen eingebüßt hat. Der Wohlfahrtsstaat scheint in seiner gegenwärtigen Verfassung zu schwach, um noch im durkheimschen Sinne als einigendes «soziales Band» zu wirken. Ob und wie sich das daraus resultierende Konfliktpotenzial entladen wird, ist derzeit völlig offen. Immerhin spricht einiges dafür, dass das Postbotenprinzip in weiten Teilen der Gesellschaft nicht mehr fraglos akzeptiert wird. Dazu seien vier abschließende Überlegungen zur Diskussion gestellt.²⁸

■ *Erstens* hat der gesplante Arbeitsmarkt einer neuen Konfliktformation zum Durchbruch verholfen. Ein Indikator ist die kontinuierliche Zunahme von Arbeitskämpfen, die im Streikjahr 2015 eskalierte. Rund zwei Millionen Streiktag (2014: 392.000) mit etwa 1,1 Mio. Beteiligten (2014: 345.000

²⁷ Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Haubner, Tine (2014): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit, in: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hrsg.) (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes. Soziale Welt, Sonderband 20, Baden-Baden, S. 107–124.

²⁸ Zum gesamten Komplex vgl.: Dörre, K./Goes, T./Schmalz, S./Thiel, M. (2016): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West, Frankfurt a. M./New York.

Streikende)²⁹ standen in deutlichem Kontrast zur Rückläufigkeit von Arbeitskämpfen, wie sie in den meisten OECD-Staaten zu beobachten ist. Die im europäischen Vergleich allerdings noch immer unterdurchschnittliche Konfliktträchtigkeit der Arbeitsbeziehungen zeugt indessen von unterschiedlichen Welten überbetrieblicher Regulierung. Handlungsfähig sind die Gewerkschaften vornehmlich in jener Welt tariflicher Regulation, in der branchenbezogene Vereinbarungen noch immer die Norm darstellen. Jenseits davon, in der Welt der deregulierten Arbeit, müssen sich die Gewerkschaften ihre Handlungsfähigkeit mühsam, das heißt Betrieb für Betrieb, erstreiten, gegebenenfalls auch erstreiken. Das Grenzregime zwischen den beiden Welten ist strukturell konfliktträchtig. Bewegungen zwischen diesen differenten Welten überbetrieblicher Regulation erzeugen zahlreiche kleinere Auseinandersetzungen um Firmen- und Haustarife, die einer eigenen Logik folgen. Nur in besonders spektakulären Fällen gelangen diese Konflikte überhaupt in die Schlagzeilen und werden deshalb eher selten von der Streikstatistik erfasst. Nach den vorliegenden Zahlen haben sich Tarifkonflikte, die mit Streiks verbunden sind, binnen weniger Jahre von nur 82 (2007) auf 214 (2014) beinahe verdreifacht³⁰. Die Auseinandersetzungen finden zu über 50 Prozent mit relativ geringen Zahlen an Streikbeteiligten im Dienstleistungssektor statt, in geringerem Umfang aber auch im industriellen Kernbereich. Mit anderen Worten: Arbeitskämpfe werden tendenziell weiblicher, sie erfassen zunehmend auch den prekären und Dienstleistungsbereich und sie zeichnen sich teilweise durch einen Funktionswandel aus. Sie haben teilweise vor allem einen politisch-demonstrativen Charakter, ihr Erfolg hängt von gesellschaftlicher Mobilisierung und kommunikativer Macht ab. Und sie dienen nicht zuletzt auch der Rekrutierung neuer Gewerkschaftsmitglieder. Aus diesen Gründen werden Arbeitskämpfe unberechenbar. Sie können, wie im Fall Amazon, lange währen, und ihr Ausgang ist mitunter völlig ungewiss.

■ In den Streiks artikulieren sich *zweitens* Subjektivitäten, die in der einen oder anderen Weise mit dem Postbotenprinzip kollidieren. Wichtigstes mobilisierungsfähiges Thema ist häufig der Lohn. Lohnforderungen bündeln unterschiedliche Lebenslagen und Erfahrungsräume. In ihnen artikulieren sich eine lang anhaltende Einkommenstagnation bei Stammebelegschaften ebenso wie besondere Diskriminierungen von Frauen, prekär Beschäftigten, gering Qualifizierten, Ostdeutschen und Migranten. In einer zerklüfteten Arbeitswelt erweist sich der Lohn als verbindendes Thema, weil er eine Quantifizierung von qualitativ Verschiedenem leistet. Den Beschäftigten geht es um «living wages». Löhne zum Leben sollen nicht nur deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen und Zugang zu gesellschaftlichen Basisgütern sichern, sondern ein gutes Leben ermöglichen. Weil große Lohn-, Einkommens- und Vermögensungerechtigkeit

29 WSI-Pressedienst (3.3.2016): WSI-Arbeitskampfbilanz 2015. Ein außergewöhnliches Streikjahr – Zwei Millionen Streiktage, ganz unterschiedliche Arbeitskämpfe fielen zusammen, Link: www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2016_03_03.pdf (zuletzt abgerufen am: 25.3.16)

30 Ebd.

die Lebensqualität einschränkt³¹, beinhalten «living wages» stets eine qualitative Dimension. Mit der Forderung nach gerechter Entlohnung sind Themen wie Arbeitszeit, Leistungsintensivierung, Flexibilisierungsdruck, Planungsunsicherheit im Privatleben sowie nicht zuletzt die Kritik an autoritativen betrieblichen Kontrollregimes verknüpft.

■ Dabei darf *drittens* nicht übersehen werden, dass es sich bei Arbeitskonflikten und Streiks um Bewegungen polanyischen Typs³² handelt, die sich dem Mahlstrom des Marktes widersetzen, aber politisch ohne Richtung sind. Global betrachtet repräsentieren Kernbelegschaften in halbwegs geschützter Beschäftigung nur ca. 20 Prozent aller Arbeitskräfte, weitere 20 Prozent stellt der prekäre Sektor, während 60 Prozent (1,8 Mrd.) von informeller Arbeit leben, sich ohne Arbeitsvertrag verdingen müssen. 700 Mio. dieser informell Beschäftigten leben von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Und doch sind viele der informell Beschäftigten in transnationale Wertschöpfungsketten integriert. Dies vor Augen tendieren vor allem Stammbeschäftigte, die etwas zu verlieren haben, spontan zu einer exklusiven Solidarität, die sich nicht nur gegen «die da oben», sondern auch gegen «anders», «fremd» und «unten» richten kann. Engagierte Jugendvertreterin und zugleich AfD-Mitglied zu sein oder sich aktiv an Streiks zu beteiligen und zugleich Busse zur Pegida-Demonstration zu organisieren, das ist nicht unbedingt ein Widerspruch.

■ Den Kontrast dazu liefern *viertens* Beispiele für inklusive Solidarität. Ein solches Beispiel bietet – trotz einer Teilniederlage der Streikenden – der Arbeitskampf in den Sozial- und Erziehungsdiensten (SuE), der 2015 als Auseinandersetzung um die Aufwertung einer ganzen Berufsgruppe und um den gesellschaftlichen Stellenwert von Reproduktionsarbeit geführt wurde. Seitens der zuständigen Gewerkschaften von langer Hand vorbereitet, nahm dieser Arbeitskampf in manchen Regionen den Charakter einer sozialen Bewegung an. Subjektive Machtressource war das neu erwachte Facharbeiterbewusstsein qualifizierter Erzieherinnen. Mit den Streikdelegierten verfügten die Beschäftigten über eine eigene Repräsentation, die dafür sorgte, dass der Schlichtungsvorschlag zunächst in einer Befragung mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ohne unmittelbar ökonomischen Druck auf die Arbeitgeber ausüben zu können, wirkte die Verweigerung einer Dienstleistung nur, weil sich Eltern und öffentliche Meinung

31 Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2009): *The Spirit Level: Why more equal societies almost always do better*, London, S. 277 ff.

32 Bewegungen polanyischen Typs richten sich gegen die Universalisierung von Marktvergesellschaftung und Konkurrenz. Bewegungen gegen den Markt können, wie die frühen sozialistischen Arbeiterbewegungen, system-transzendierende Ziele verfolgen; sie können aber auch bloßen Schutz vor marktvermittelter Konkurrenz einfordern. Möglich ist, dass sie reaktiv-nationalistische oder, wie im Falle faschistischer Mobilisierungen, geradezu terroristische Züge annehmen. Denn nivellierende Marktmacht kann eine endemische Tendenz unter Lohnabhängigen bestärken, klassenunspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie beanspruchen können, vor dem Mahlstrom des Marktes geschützt zu werden. Vgl. Polanyi, Karl (1995 [1944]): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a. M.

teilweise mit den Streikenden verbündeten. Obwohl als Erzwingungsstreik angelegt, besaß der Arbeitskampf demonstrative Funktion und wurde bewusst zur Rekrutierung neuer Mitglieder genutzt. Der Konflikt fand gewissermaßen innerhalb von Staat und Zivilgesellschaft statt. Das Anliegen nach Aufwertung und angemessener gesellschaftlicher Anerkennung reproduktiver Tätigkeiten klagt letztendlich einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft, ihres Sorge-arbeits-Sektors und seiner Finanzierung ein.

Ohne Unterstützung durch die Politik besitzen solche Anliegen, besitzt inklusive Solidarität allerdings kaum eine Realisierungschance. Deshalb sollten wir vermeiden, unsere Zukunftshoffnung primär oder gar ausschließlich an moderne Technologie und Digitalisierung zu knüpfen. Wie humane Arbeitsgesellschaften künftig aussehen sollen, müssen und können wir selbst entscheiden. Die Kritik und allmähliche Überwindung des Postbotenprinzips wäre hierfür ein erster wichtiger Schritt.

Kollege Roboter – die Veränderung der Arbeitswelt durch die Dritte Industrielle Revolution

Die jüngere Menschheitsgeschichte wurde von zwei industriellen Revolutionen geprägt. Stets traf eine neue Technologie zur Energiegewinnung auf eine neue Kommunikationstechnologie. War es bei der ersten dieser Revolutionen die Dampfmaschine, die mit dem bereits früher erfundenen Buchdruck enorme gesellschaftliche Veränderungen auslöste, so war es bei der zweiten industriellen Revolution das Zusammentreffen fossiler Energiequellen (Gas, Kohle, Öl) mit dem Entstehen der elektrischen Kommunikation (Telefon, TV, Radio, Fax). Zurzeit erleben wir, wie diese zweite industrielle Revolution ihrem Ende immer schneller entgegen geht und gleichzeitig eine dritte industrielle Revolution ihre langsame Anlaufphase hinter sich lässt und ihren rasanten Siegeszug beginnt. Diesmal verbinden sich die erneuerbaren Energiequellen mit der neuen Kommunikationstechnologie, die wir als Internet kennen. Eine ganze Reihe an Schlüsseltechnologien prägt dieses neue Zeitalter. Roboter und künstliche Intelligenz, Cloud-Dienste, das Internet der Dinge, 3D-Druck sowie gigantische Fortschritte in genetischen und biotechnologischen Verfahren verändern Produktionsprozesse und ganze Industrien. Bis 2020 werden etwa 50 Milliarden Dinge auf der Welt mit dem Internet verbunden und untereinander vernetzt sein. Schon seit 2010 sind mehr Dinge mit dem Internet vernetzt, als Menschen auf der Erde leben.¹

Wie bei den früheren industriellen Revolutionen können sich die meisten von uns die großen Veränderungen, vor denen wir stehen, kaum vorstellen, dabei sind viele bereits erkennbar. Erkennbar ist auch, dass die Geschwindigkeit, mit der sich diese dritte industrielle Revolution durchsetzen wird, noch höher ist, als wir das aus unserer Geschichte kennen. Außerdem deutet vieles darauf hin, dass vor allem eines diesmal anders ist: es werden nicht mehr so viele Arbeitsplätze in neuen Berufen und Branchen entstehen, wie in den alten wegfallen. Ganz im Gegenteil scheint diese neue industrielle Revolution mit einem gravierenden Verlust an Arbeitsplätzen einherzugehen.

¹ Evans, Dave (2011): The Internet of Things: How the Next Evolution of the Internet Is Changing Everything, Cisco Internet Solutions Group, Link: www.cisco.com/c/dam/en_us/about/ac79/docs/innov/IoT_IBSG_0411FINAL.pdf, Link abgerufen am 22.3.2016.

Automatisierung in nie gekanntem Ausmaß

Automatisierung in der Massenproduktion ist nicht neu, aber das Ausmaß, mit dem künftig Roboter und künstliche Intelligenz lebendige Arbeit nicht nur in der Produktion, sondern auch im Dienstleistungsbereich ersetzen, wird dramatisch zunehmen. Das hat zum einen mit der Entwicklung der Leistungsfähigkeit intelligenter Systeme zu tun, zum anderen mit dem starken Preisverfall. Für 2017 wird mit einer Payback-Zeit für Automatisierung von nur noch ein bis zwei Jahren gerechnet, was die Automatisierungshürden kontinuierlich senkt.²

Dazu kommen neue Produktionstechnologien, wie der 3D-Druck, die das Herstellen komplexer Teile in einem Prozess ermöglichen, wodurch viele Montageschritte wegfallen. Das wiederum bedeutet, es wird weniger Arbeitskraft benötigt, die entweder durch Maschinen oder Menschen erbracht wird. Ein Auto das im 3D-Druck-Verfahren hergestellt wird, besteht nur aus etwa 50 Teilen, herkömmliche Autos bestehen aus über 5.000 Teilen. Der Wegfall vieler Einzelteile bedeutet aber nicht nur weniger Montageaufwand, sondern häufig auch den Wegfall von Zulieferindustrie und damit auch von Logistik.

Die Tatsache, dass jederzeit jedes Teil «on demand» gedruckt werden kann, ohne dass ganze Anlagen aufwändig umgerüstet werden müssen, wird zur Folge haben, dass Lagerkapazitäten – vor allem für Ersatzteile – minimal werden. Es genügt künftig, alle Druckdateien gespeichert zu haben, um bei Bedarf sofort das benötigte Teil anzufertigen. Produktion wird wieder dezentraler und dichter an den Endabnehmern stattfinden. Denn in dem Maße, in dem Arbeitskräfte durch neue Technologien ersetzt werden, reduziert sich der Standortvorteil billiger Arbeitsmärkte in fernen Ländern. Es wird attraktiver werden, lokal zu produzieren, wodurch lange Wege rund um den Globus wegfallen. Das ist gut für die Umwelt und spart viel Zeit, führt aber auch zum Wegfall vieler Arbeitsplätze in der Logistik.

3D-Druck-Technologien werden breit verfügbar sein: Ähnlich wie in Copyshops wird man in ein paar Jahren selbst beliebige Dinge ausdrucken können und schon heute braucht man keinen eigenen 3D-Drucker, sondern kann einfach eine Datei auf die Plattform eines entsprechenden Dienstleisters hochladen und erhält in wenigen Tagen das individuell erstellte Produkt. Was Menschen jedoch auf diese Weise selbst herstellen, muss in keiner Fabrik mehr produziert werden. Was ein Betrieb ist und was Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, das ist künftig auch deshalb viel schwerer zu definieren, was Folgen für die Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte hat.

Auch da, wo noch professionell produziert wird, sind neue Herstellungsprozesse möglich, die eine enorme Einsparung an Arbeitsaufwand bedeuten. Die Karosserie des «D Blade Supercar» etwa besteht aus einfachen Carbonröhren, die mit 3D gedruckten komplexen Verbindungselementen zusammengesteckt werden.

2 Citi GPS/Oxford Martin School (Hrsg.) (2016): Technology at Work v 2.0 – The Future is Not What It Used to Be, S. 9, Link: www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/reports/Citi_GPS_Technology_Work_2.pdf

Die Montage lässt sich ohne besondere Vorbildung in einer halben Stunde erledigen – anhand einer Anleitung die an IKEA oder LEGO erinnert.³ Durch diese neuen Fertigungstechniken werden Großunternehmen potenziell durch viele neue, dezentral produzierende Mini-Fabriken ersetzt. Die verlustig gehenden Jobs werden jedoch nicht annähernd in gleicher Zahl dezentral neu entstehen. Ähnliche Auswirkungen wird der Einsatz intelligenter, (teil-)autonomer Roboter haben, die selbst lernfähig sind. In der Summe werden Millionen von Arbeitsplätzen verschwinden.

Weniger neue Jobs in Sicht

Nach einer Studie von Anfang 2016 werden in der OECD Durchschnitt 57 Prozent der Jobs durch die genannten Effekte wegfallen, in den USA etwa 47 Prozent, in Ländern, die heute noch als billige Arbeitsmärkte für die Erste Welt dienen, sogar noch viel mehr: 77 Prozent der Jobs in China sind vom Wegfall bedroht.⁴ In einer Studie der Oxford Martin School von 2013 wurden 700 Berufe hinsichtlich ihres Ablösungspotenzials durch neue Technologien untersucht. Auch seinerzeit wurden schon 47 Prozent aller Jobs als ersetzbar oder von Wegfall bedroht bewertet.⁵

Anders als bei früheren Technologierevolutionen entstehen diesmal sehr viel weniger neue Jobs. Waren 1900 in den USA noch 41 Prozent aller Jobs in der Landwirtschaft zu finden und im Jahr 2000 nur noch zwei Prozent, so ist dennoch die Gesamtzahl der Arbeitsplätze bis 2014 nicht gesunken. Die in der Landwirtschaft verlorenen Jobs entstanden erst in der Industrie und dann im Dienstleistungssektor neu.⁶ Seit den 1980er Jahren, dem Jahrzehnt in dem die Computer ihren Siegeszug antraten, ist der Anteil von Jobs, die in neuen Bereichen entstanden, kontinuierlich zurückgegangen. Waren es in den USA in den 80ern noch über acht Prozent, schrumpfte dieser Anteil in den 90ern auf 4,4 Prozent und betrug in den 2000er Jahren schließlich nur noch 0,5 Prozent.⁷

Einige Branchen sind dabei stärker vom Arbeitsplatzverlust betroffen als andere. Hart wird es insbesondere die Logistik und den Betrieb von Lagern treffen, aber auch Büro- und administrative Berufe. Denn gerade das Sammeln und Verarbeiten von Informationen kann immer besser von Softwareprogrammen übernommen werden. Stellen wir uns beispielsweise ein Amazon-Lager der Zukunft vor: Drohnen holen Waren aus höhergelegenen Regalen, selbstfahrende Autos bringen sie zu Packstationen, wo sie Roboterarme in die gewünschten Pakete verfrachten. Die Auslieferung übernehmen dann ebenfalls selbstfahrende Fahrzeuge. Viele Arbeitsplätze wird es an einem solchen Ort nicht mehr geben. In der Übergangszeit – also jetzt – gibt es

³ Krassenstein, Eddie (2015): «World's First 3D Printed Supercar is Unveiled – 0–60 in 2.2 Seconds, 700 HP Motor – Built from Unique Node System», 3Dprint.com, Link: <http://3d-print.com/74810/3d-printed-supercar-blade>, abgerufen am 28.03.2016

⁴ Citi GPS/Oxford Martin School, (2016) a.a.O.

⁵ Frey, Carl Benedict/Osborne, Michael A. (2013): The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation? Oxford Martin School, Working Paper No. 7.

⁶ Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 37.

⁷ Ebd., S. 38

schon Amazon-Lager, in denen selbstfahrende Miniroboterautos bestückte Regale zu den menschlichen Packerinnen und Packern fahren. So können sie statt 100 Produkten nun die dreifache Menge einscannen und sparen über 20 Kilometer zurückzulegende Fußwege im Lager.⁸ Ihre Produktivität ist damit enorm erhöht.

In Büros fallen viele Jobs weg, die große Mengen an Faktenwissen und/oder Fleißarbeit beim Sammeln und Auswerten von Informationen erfordern. Call-Center-Agenten zum Beispiel aber auch Anwältinnen und deren Gehilfen, deren Job vor allem darin besteht, Präzedenzfälle zu identifizieren oder Kilometer an Aktenordnern nach bestimmten Begriffen oder Inhalten zu durchsuchen. Bei allem, wo viel Input – insbesondere veränderlicher, häufig aktualisierter Input – verarbeitet werden muss, ist künstliche Intelligenz jetzt oder bald im Vorteil gegenüber lebendiger Arbeit. Das betrifft das Erstellen von Statusreporten bei Großprojekten ebenso wie die Einschätzungen globaler Preisentwicklungen von Rohstoffen.

Barrieren für die Automatisierung

Nicht alle Berufe sind gleichermaßen vom Ersatz durch Roboter und Software bedroht. Klassifiziert man sie nach bestimmten Anforderungen, so lassen sich drei berufliche Faktoren beschreiben, die das Risiko verringern, durch nicht-humane Arbeitsleistende ersetzt zu werden:

Emotionale Intelligenz

Emotionale Intelligenz ist nicht leicht zu beschreiben. Verallgemeinernd kann man sagen, dass sie einen hohen Erfahrungsschatz an sozialem und kulturellem Kontext erfordert und die Fähigkeit, Individuen und ihre Bedürfnisse zu verstehen und auf sie eingehen zu können. Wer eine hohe emotionale Intelligenz hat, wird empathisch sein und sein Gegenüber seltener missverstehen. Er oder sie kann sich gut in Andere hineinversetzen und so besser erfassen, was der oder die andere denkt oder fühlt. Das ist eben nicht nur reines und damit vermittelbares Wissen, sondern eine Kombination aus Wissen, Erfahrungen und einem Talent darin, das Gegenüber «zu lesen». Dazu gehört, während eines Gespräches aus den komplexen und vielfältigen Eindrücken von Mimik, Gestik, Tonlage, gesprochenen Inhalten, Historie, Kontext, Umfeld etc. zu einer korrekten Einschätzung zu kommen, was Wünsche und Bedürfnisse eines Anderen betrifft – auch wenn diese Person unbekannt ist und nicht alles klar ausspricht. Das alles ist selbst Menschen nicht leicht beizubringen, wenn sie nicht eine spezifische Eignung dafür haben.

Berufe, die einen hohen Grad derartiger sozialer Kompetenz erfordern, finden sich etwa in den Bereichen Bildung, Mentoring und Beratung, Verhandeln und Management. Psychosoziale Probleme, die Träume oder Ängste von Menschen zu

⁸ Hill, Catey (4.12.2015): 10 jobs robots do already better than you. Marketwatch.com, Link: www.marketwatch.com/story/9-jobs-robots-already-do-better-than-you-2014-01-27, abgerufen am 22.03.2016.

verstehen, sie bei Sorge zu beruhigen, ihnen die Panik vor einer Spritze oder Zahnbehandlung zu nehmen, jemand Depressivem wieder Lebensmut zurückzugeben, Tränen der Verzweiflung zu trocknen, die Bedürfnisse von Demenzkranken auch zu verstehen, wenn sie nicht mehr artikuliert werden können, Beschäftigte zu motivieren, in ihnen Interesse und Leidenschaften zu wecken – all das ist für Roboter schwer zu übernehmen.

Dennoch, schon heute können intelligente System Depressionen und Posttraumatische Belastungsstörungen sehr zuverlässig diagnostizieren⁹ oder als Apothekenroboter Rezepte fehlerfrei einlösen. Schon bald werden sie aus Millionen Daten herausfiltern, ob es unerwünschte Wechselwirkungen mit anderen verschriebenen Medikamenten gibt. An der Universität von Kalifornien in San Francisco ist ein solcher Roboterpharmazeut bereits erfolgreich im Einsatz.¹⁰

In Deutschland wird gerade ein Roboter in Kindertagesstätten getestet, der Flüchtlingskindern beim Deutsch lernen helfen soll.¹¹ In den USA sind bereits Telepräsenzroboter als Vertretungslehrer im Einsatz – allerdings sitzt da am anderen Ende eine Lehrkraft aus Fleisch und Blut. Sie steuert aus der Ferne den Roboter in einer Klasse, schaut per Bildschirm den Schülerinnen und Schülern über die Schulter und redet mit ihnen. Der Chat-Roboter Eugene Goostman hat es immerhin geschafft, ein Drittel der Testpersonen durch eine fünfminütige Text-basierte Kommunikation davon zu überzeugen, dass er ein Mensch ist.¹² Viele Chat-Roboter sind heute schon in sozialen Netzen unterwegs, oft unerkannt, und kommunizieren mit echten Menschen, sie sind darauf programmiert, bestimmte Stimmungen zu fördern oder zu behindern, bestimmte Informationen gezielt zu streuen – auch falsche.

Kreative Intelligenz

Berufe, die einen hohen Anteil an Kreativität verlangen – viele sind das leider nicht – sind recht sicher vor dem Ersatz durch Technik. Allerdings verschiebt sich auch hier die Grenze des Möglichen. Software kann heute schon Bilder malen¹³, Musik komponieren, als Sänger oder Tänzer riesige Säle füllen, die Charts anführen und bei Weltstars wie Lady Gaga als Opening Act fungieren – wie der sogenannte Vocaloid Hakune Mitsu. Sie steht als Hologramm auf der Bühne, tanzt zu ihrer von

- 9 Vanek Smith, Stacey (2015): How A Machine Learned To Spot Depression, NPR.com, Link: www.npr.org/sections/money/2015/05/20/407978049/how-a-machine-learned-to-spot-depression, abgerufen am 28.03.2016.
- 10 Hill (04.12.2015), a.a.O. Neues Deutschland (23.12.2015): Roboter Nao könnte Flüchtlingskindern helfen, Link: www.neues-deutschland.de/artikel/995812.roboter-nao-koennte-fluechtlingskindern-helfen.html, abgerufen am 28.3.2016
- 11 Dobo, Nichole (2015): What It's Like to Have a Robot for a Teacher, Slate.com, Link: www.slate.com/articles/technology/future_tense/2015/03/telepresence_robots_in_schools_faraway_teachers_instruct_students.html, abgerufen am 28.3.2016.
- 12 Citi GPS/Oxford Martin School (Hrsg.) (2016), a.a.O., S. 13.
- 13 Binsch, Jessica (2016): Dieser Computer malt fast so schön wie ein Mensch, *Süddeutsche Zeitung*, 10.2.2016, Link: www.sueddeutsche.de/digital/kuenstliche-intelligenz-dieser-computer-malt-fast-so-schoen-wie-ein-mensch-1.2856388, abgerufen am 22.3.2016.

Software erzeugten Stimme, macht Milliarden Umsatz mit Merchandise-Produkten und geht selbst außerhalb Asiens auf Tournee. Künstliche Intelligenz ist heute in der Lage, journalistische Texte zu schreiben, vor allem dann, wenn sie zahlen- und faktenlastig sind: Also alles von der Wetter- über die Sportberichterstattung bis hin zu Marktreports über Branchen, Unternehmen oder Produkten. Die gute Nachricht: Wenn es doch kreativer sein soll, wenn es um Phantasie, Meinung oder komplexere Interpretationen geht, finden Journalistinnen und Journalisten auch künftig Arbeitsplätze.

Komplexe Bewegungen in unstrukturierter Umgebung

Noch ist die Kompetenz, sich in unstrukturierter Umgebung zu orientieren und komplexe, feinmotorische Bewegungen auszuführen, eine Barriere gegen Automatisierung, die beispielsweise im Reinigungsbereich viele Arbeitsplätze sichert. Zwar gibt es schon länger Pool-, Rasenmäher- und Staubsauger-Roboter, aber gerade letztere haben große Probleme, wenn es um die Differenzierung im Alltag geht. Was den meisten Menschen leicht fällt, stellt Haushaltsroboter noch vor große Probleme: Ist dieser kleine Gegenstand auf der Erde Müll oder ein heruntergefallenes, wichtiges Teil? Was unterscheidet die Erde im Blumentopf von Erdkrümeln auf dem Küchenboden? Was ist zu tun, wenn eine Pflanze die Blätter hängen lässt? Wie ergreift man ein dünnwandiges Weinglas, um es zu reinigen, ohne es dabei fallenzulassen oder zu zerdrücken? Es besteht kein Zweifel daran, dass gerade in diesen Bereichen viele innovative Entwicklungen zu erwarten sind. Die jährlichen Wachstumsraten für Haushaltsroboter liegen bei etwa 20 Prozent, was deutlich macht, dass sich mit zunehmender Mobilität und Dexterität von Robotern auch ihre Einsatzfelder ausweiten.¹⁴

Dennoch sind nach aktuellem Stand der Technik Berufe noch eine ganze Weile lang weitgehend sicher, die in schlecht vorab und allgemein beschreibbaren Umgebungen komplexe, feinmotorische Bewegungen verlangen sowie ein Urteilsvermögen auf Basis eines umfangreichen Erfahrungsschatzes.

Frauen, Männer Roboter – wer erledigt zukünftig welche Arbeit?

Selten war selbst die mittelfristige Zukunft so schwer vorhersagbar, wie jetzt, zu einem Zeitpunkt, wo die digitale Revolution am steilen Anstieg ihrer typischen Gauss'schen Glockenkurve angekommen ist und viele Entwicklungen einen exponentiellen Charakter tragen. Das erklärt auch, warum selbst in den letzten zwei bis drei Jahren die Prognosen hinsichtlich der zu erwartenden Jobverluste für bestimmte Berufe und Branchen starken Veränderungen unterlagen.

Lange wurde angenommen, dass Bürotätigkeiten, von einfachen Datenerfassungen abgesehen, relativ gefeit gegen Automatisierung wären. Dagegen gehen heutige Prognosen davon aus, dass doppelt so viele Büro- und Administrations-Jobs –

¹⁴ Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 15.

viele davon überwiegend von Frauen dominierte Berufe – wegfallen werden, wie in den eher Männer dominierten Branchen Produktion, Bau und Bergbau zusammen-
genommen.¹⁵

Big-Data-Algorithmen können heute viele Aufgaben übernehmen, die irgendwie mit der Verarbeitung von Informationen zu tun haben – klassische Inhalte von Büro- und Verwaltungs-Jobs.¹⁶ Einige Banken wie die Coastal Federal Credit Union haben jetzt schon Filialen, in denen gar keine Menschen mehr tätig sind, sondern intelligenter Versionen von Geldautomaten.¹⁷ Gerade am Schalter waren bisher viele Frauen beschäftigt. Noch 1988 war «Sekretärin/Sekretär» in 29 von 50 US Bundesstaaten der häufigste Beruf. 2014 war er es nur noch in fünf Bundesstaaten, dafür tauchte in vier Bundesstaaten «Software Developer» als häufigste Beschäftigung auf.¹⁸

Noch 2013 wurde vorhergesagt, dass Krankenschwestern eine nur 0,009 prozentige Wahrscheinlichkeit haben, durch Roboter ersetzt zu werden.¹⁹ Tatsächlich zählt diese Berufsgruppe zu denjenigen, denen man einen sehr hohen Anforderung an die emotionale Intelligenz zuschreibt – eine der drei Hauptbarrieren gegen eine Automatisierung von Berufen. Andererseits gibt es schon seit Jahren Berichte aus Japan über den Einsatz von Pflegerobotern in diversen Bereichen. Einige Roboter entlasten Pflegeleistende von schwerer körperlicher Arbeit,²⁰ wie «Robobear», mit dem Gesicht eines Teddybären, der Menschen beispielsweise vom Bett in eine Badewanne tragen kann.²¹ Andere dienen der Alltagsassistentz, um länger ein selbstständiges Leben zu ermöglichen, z.B. durch Mobilitätsassistentz-Roboter, Monitoring-Roboter oder Butler-Roboter, die auf Zuruf den Enkel oder Arzt anrufen, Emails vorlesen, Türen öffnen oder Lichtschalter bedienen.

Eine ganze Reihe Roboter findet therapeutischen Einsatz, so zum Beispiel in der Physiotherapie, mit einem RoboCoach,²² der Sportübungen anleitet oder mit Kuschel- und Kommunikationsrobotern, etwa den vor allem bei Demenzpatienten eingesetzten «Robbenbaby» Paro²³. Allein in Japan schätzt das Wirtschaftsministerium,

15 World Economic Forum (2016): The Future of Jobs. Employment, Skills and Workforce Strategy for the Fourth Industrial Revolution. Executive Summary, S. 3, Link: www3.weforum.org/docs/WEF_FOJ_Executive_Summary_Jobs.pdf, abgerufen am 29.3.2016.

16 Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 15.

17 Hill (2015), a.a.O.

18 Bui, Quoc Trung (2015): Map: The Most Common* Job In Every State, NPR.org, Link: www.npr.org/sections/money/2015/02/05/382664837/map-the-most-common-job-in-every-state, abgerufen am 28.3.2016.

19 Frey/Osborne (2013), a.a.O.

20 Asiaone.com (16.11.2015): Japan govt to urge nursing care robot development, <http://news.asiaone.com/news/science-and-tech/japan-govt-urge-nursing-care-robot-development>, abgerufen am 28.3.2016.

21 Yamamoto, Michi (27.02.2015): Elderly Care Bear, Video, YouTube.com, Link: www.youtube.com/watch?v=SyK92pNWivA, abgerufen am 28.3.2016.

22 Crowe, Steve (5.10.2015): RoboCoach Robot Trainer Personalizing Elderly Workouts. Roboticstrends.com, Link: www.roboticstrends.com/article/robocoach_robot_trainer_personalizing_elderly_workouts/health_sports, abgerufen am 28.3.2016.

23 Homepage des Herstellers: www.parorobots.com, abgerufen am 28.3.2016.

dass der dortige Markt für Pflegeroboter bis 2035 auf jährlich 400 Milliarden Yen, umgerechnet drei Milliarden Euro steigt.²⁴ Derzeit investiert die dortige Regierung den Gegenwert von fast 20 Millionen Euro Subventionen in die Entwicklung von «CareBots», damit es bald Roboter unter 1000 Euro Anschaffungskosten gibt, die sogar von der Pflegeversicherung übernommen werden können.²⁵ Weltweit werden im Bereich personenbezogener Roboter, zu denen die «CareBots» gehören, schon Im Jahr 2020 Umsätze in Höhe von über 17 Milliarden US Dollar erwartet.²⁶

Auch viele andere Dienstleistungsberufe, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, sind vom Ersatz durch Roboter und/oder Software bedroht. So könnten nach einer Studie der Oxford Martin School von 2016 die Arbeitstage vieler Call-Center-Beschäftigter gezählt sein. In Japan sind laut der gleichen Studie auch an Hotelrezeptionen oder in Restaurants schon Roboter im Einsatz, sie können Speisen zubereiten oder Cocktails mixen, am Tisch servieren und Hotelgäste auch zu ihren Zimmern bringen und in vielen Sprachen mit ihnen kommunizieren.²⁷ Auch auf AIDA-Kreuzfahrtschiffen wird künftig Roboter Pepper, in zehn Sprachen und auf Gesten und Worte reagierend, den Schiffsgästen zur Seite stehen. Ein kommerziell längst erfolgreicher Cocktail-Mix-Roboter²⁸ war auf der Cebit 2016 zu sehen, sein Angebot ist beeindruckend.

Ebenso viele klassische Männerberufe sind in der Zukunft «vom Aussterben bedroht» oder werden zumindest von starken Stellenschrimpungen betroffen sein – allen voran Kraftfahrer. Noch 2004 war «LKW-Fahrer» in 36 von 50 US-Bundesstaaten der am häufigsten ausgeübte Beruf. Acht Jahre später war er es nur noch in 28 – und in ein paar Jahren wird er es in keinem einzigen Bundesstaat mehr sein. Auch in Deutschland waren laut Bundesamt für Güterverkehr 2013 mehr als 818.000 Menschen – darunter nur fünf Prozent Frauen – als «Fahrzeugführer im Straßenverkehr» beschäftigt.²⁹ Mit dem zu erwartenden Siegeszug selbstfahrender Fahrzeuge wird dieser Beruf weitgehend verschwinden. Dieser Jobverlust würde in Deutschland potenziell 777.000 Männer und 41.000 Frauen betreffen.

Weitere Männer-Domänen sind die Baubranche und der Bergbau. Beide zeichnet ein erhöhtes Unfallrisiko aus, die Baubranche ist zudem personalintensiv,

24 Roboticstrends.com (20.11.2015): Japan to Create More User-Friendly Elderly Care Robots, Link: www.roboticstrends.com/article/japan_to_create_more_user_friendly_elderly_care_robots/medical, abgerufen am 28.3.2016.

25 Maverick, Tim (11.07.2015): Japan's Tech Solution for Its Aging Population, wallstreetdaily.com, Link: www.wallstreetdaily.com/2015/07/11/japan-healthcare-robots, abgerufen am 28.3.2016 (Umrechnung in EUR durch die Redaktion dieser Publikation).

26 Muoio, Danielle (20.11.2015): Japan is running out of people to take care of the elderly, so it's making robots instead, Techinsider.io, Link: www.techinsider.io/japan-developing-care-robots-for-elderly-care-2015-11, abgerufen am 28.3.2016.

27 Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 12.

28 Website des Herstellers, <http://monsieur.co>, abgerufen am 22.3.2016.

29 Bundesamt für Güterverkehr (2014): Marktbeobachtung Güterverkehr. Auswertung der Arbeitsbedingungen in Güterverkehr und Logistik, 2014-I, Köln, S. 8; Link: www.verkehrsrundschau.de/sixcms/media.php/4513/BAG-Bericht_5D_2014_Fahrzeugf%C3%BChrer_2014.pdf, abgerufen am 28.3.2016.

was ein Kostentreiber ist. Künftig werden Roboter sich dorthin begeben, wo Menschen Gefahr droht, sie werden in Stollen unter Tage autonom Rohstoffe abbauen. In der Baubranche werden intelligente Roboter zum Einsatz kommen, die mit 3D-Druck-Technologie beliebige Architekturen entstehen lassen können – ohne dass ein Mensch sich in schwindelerregende Höhen begeben muss. Schon jetzt wurden in China zahlreiche Häuser gedruckt, der Arbeitskräftebedarf lag bis zu 80 Prozent unter dem bei konventioneller Bauweise.³⁰ Rechnet man das hoch auf die Beschäftigten in der Bauindustrie, wären das verheerende Auswirkungen. Allein im Bauhauptgewerbe waren 2015 in Deutschland über 760.000 Menschen beschäftigt, davon mehr als 90 Prozent Männer.³¹ Diese Veränderungen werden sicher nicht in den nächsten fünf Jahren massiv eintreten, aber sie werden die Baubranche radikal verändern und längerfristig unzählige Jobs überall auf der Welt vernichten – vor allem Jobs von Männern.

Auch in der industriellen Produktion werden, wie am Beispiel der Autoindustrie schon eingangs beschrieben, sehr viele Arbeitsplätze verschwinden. Selbst in der Männerbranche Militär rechnet etwa der US-General Robert Cone mit dem Ersatz von ca. einem Viertel aktiver Soldaten durch Roboter.³² Schon heute sind Drohnen als unbemannte Flugobjekte mit Tötungs- oder Aufklärungsaufgabe zu Tausenden im militärischen Einsatz. Kampfroboter gehören zu den furchterregendsten Entwicklungen unserer Zeit.

Die meisten der genannten Branchen beschäftigen in der Masse vor allem Facharbeiter oder geringer Qualifizierte. Viele sind darüber hinaus schlecht bezahlt, vor allem in der Bau- und Servicebranche. Prognosen gehen davon aus, dass Berufe mit geringerem Qualifikationsbedarf und schlechter Bezahlung in den nächsten Jahren besonders stark von Ersatz durch neue Technologie betroffen sein werden.

Die Formel «hoch bezahlt und hohes Qualifikationsniveau schützen vor Ersatz durch Roboter und künstliche Intelligenz» geht aber trotzdem nicht immer auf, vor allem nicht, wenn man etwas weiter in die Zukunft schaut. Schon 2013 konnte der von IBM «Watson» getaufte Computer mittels künstlicher Intelligenz 60 Millionen Textseiten in einer Sekunde verarbeiten und die Inhalte lernen, miteinander verbinden und anwenden. Watson kann heute Krebszellen analysieren, Diagnosen stellen und Behandlungspläne empfehlen – und dabei den jeweils allerneuesten

30 Kira (18.1.2015): Exclusive: WinSun China builds world's first 3D printed villa and tallest 3D printed apartment building, 3ders.org, Link: www.3ders.org/articles/20150118-winsun-builds-world-first-3d-printed-villa-and-tallest-3d-printed-building-in-china.html, abgerufen am 28.3.2016.

31 statista.com (2016): Anteil der Frauen unter den Beschäftigten im Baugewerbe in Deutschland im Jahr 2014, Link: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/252396/umfrage/frauenquote-im-baugewerbe-in-deutschland>, sowie: dies.: Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Deutschland in den Jahren 2003 bis 2015 (in 1.000) – Link: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/5734/umfrage/beschaeftigte-im-bauhauptgewerbe-in-deutschland-seit-2003>, beide abgerufen am 28.3.2016.

32 Hill (2015), a.a.O.

Erkenntnisstand sowie jede individuelle Besonderheit der Patientinnen und Patienten berücksichtigen.³³

Auf der CEBIT 2016 präsentierte IBM Watson Anwendungen für verschiedene Spezialaufgaben: zum Beispiel den kontinuierlichen Abgleich aller Compliance-Regelungen in einem beliebig großen Unternehmen mit dem geltenden nationalen und internationalen Recht. Inklusiver aktueller Rechtsprechungen und jüngster Gesetzesänderungen – aber ganz ohne Jura- oder BWL Studium. Die letztlichen Entscheidungen wird auch in solchen Unternehmen noch das Management treffen, aber mit deutlich weniger menschlicher Zuarbeit.

Dieses Beispiel macht eine besonders typische Form des Ersatzes lebendiger Arbeit durch Roboter oder künstliche Intelligenz deutlich: Es fallen nicht unbedingt ganze Jobs weg, sondern schlicht wesentlich Teile ihrer Aufgabenbeschreibung. Wenn aber von zehn Arbeitsplätzen je 50 Prozent der Aufgaben wegfallen, bleiben eben doch nur fünf Arbeitsplätze übrig – jedenfalls ohne Arbeitszeitverkürzung. Die Veränderung der verbleibenden Aufgaben wird dabei erheblich sein. Eine Studie des World Economic Forums von 2016 beschreibt schon für die heutige Zeit, dass in vielen Industrien und Ländern die am meisten gefragten Beschäftigungen und Kompetenzen vor zehn Jahren noch gar nicht existierten. Der gleiche Report zitiert eine Schätzung, wonach etwa 65 Prozent heutiger Grundschülerinnen und Grundschüler eines Tages in Berufen arbeiten werden, die es heute noch nicht gibt. Schon 2020 soll mehr als ein Drittel der geforderten Kernkompetenzen für die meisten Berufe aus Fähigkeiten bestehen, die heute dafür noch nicht als besonders relevant gelten. In manchen Branchen liegt die Veränderung der Aufgabe und damit der Qualifikationsanforderungen noch höher: in der Finanzindustrie werden es sogar 43 Prozent sein, in der Transportbranche etwa 39 Prozent. Besonders gefragt sein wird dabei die Kombination technischer Fähigkeiten mit sozialen Fähigkeiten, unter anderem die Kompetenzen, andere zu überzeugen und ihnen etwas beizubringen.³⁴

Es wird jedoch auch Berufe geben, für die es künftig eine steigende Nachfrage gibt – und diese Berufe werden zumindest heute von Männern und Frauen in sehr unterschiedlichem Maß ausgeübt. Starke Zuwächse werden für Qualifikationen in den Bereichen IT, Ingenieurwissenschaften und Management erwartet, die bisher stark männerdominiert sind. Gerade in der IT werden viele neue Jobs entstehen, in den schon jetzt wachsenden Bereichen. Dazu gehören unter anderem Cloud Services, IT-Sicherheit, Datenanalyse, Softwareentwicklung, Sensor- und Robotertechnik, 3D-Druckanwendungen sowie interdisziplinäre Felder wie Biotechnologie, Energietechnik und Materialwissenschaft. Allein im Feld «Internet of Things»

33 Cohn, Jonathan (2013): The robot will see you now, in: *The Atlantic* Issue 3; Link: www.theatlantic.com/magazine/archive/2013/03/the-robot-will-see-you-now/309216, abgerufen am 16.3.2016.

34 World Economic Forum (2016), a.a.O., S. 3.

werden vier Millionen neue Arbeitsplätze bis 2020 erwartet, darunter viele mit dem Fokus auf Sensortechnik.³⁵

Bei anderen weiterhin gefragten Berufen ist die Segregation der Geschlechter nicht so ausgeprägt, wie etwa bei Architektur, Design, Mathematik und Vertrieb. In weiteren Berufen mit sehr guter Zukunftsperspektive ist sogar aktuell ein Frauenüberhang feststellbar, etwa im Bereich der Pflege oder in Lehrberufen. In den USA sind Pflegeberufe der am stärksten wachsende Bereich, bis zu vier Millionen neue Arbeitsplätze werden dort in den nächsten Jahren erwartet.³⁶ Es gibt jedoch schon jetzt Stellenausschreibungen, die Kollaboration von Pflegerobotern und menschlichem Personal umfassen, was die Veränderung von Berufsbildern und den notwendigen Kompetenzen deutlich macht.

Bedingt durch diese enorme Veränderung in Bezug auf berufliche Kompetenzen, werden vor allem im Bereich Ausbildung und Qualifizierung viele Arbeitsplätze in Unternehmen und durch staatliche Programme entstehen müssen. Ob am Ende Frauen oder Männer durch diesen Arbeitsplatzzuwachs begünstigt werden, hängt auch stark davon ab, inwieweit aktuelle Geschlechtersegregationen durchbrochen werden. Es ist kein Naturgesetz, dass mehrheitlich Männer Technik studieren und Frauen Pflegefachkräfte werden. Hier alle Talente beider Geschlechter in allen Branchen zu nutzen, wird einen weiteren Kulturwandel erfordern, der auch viel stärker als bisher in der Bildung ansetzen muss. Schulen brauchen Innovationslabore mit 3D-Druckern, Designprogrammen, Hardware-Bastel- und Maker-Ecken, um Kinder schon frühzeitig und geschlechtsunabhängig an die künftig wichtigen Schlüsseltechnologien heranzuführen und sie für ihre vielfältigen Möglichkeiten zu begeistern. Sozialpraktika, eine generelle und substanzielle Aufwertung von Pflege-, Erziehungs- und Lehrberufen und ein gesamtgesellschaftlicher Wille, benachteiligende geschlechtsbezogene Stereotype nicht zuzulassen, werden dazu führen, dass mehr Männer ihren beruflichen Neigungen in diesen Richtungen folgen.

Unabhängig vom Typ wegfallender oder neu entstehender Berufe besteht jedoch generell eine latente Gefahr für die Benachteiligung von Frauen in den anstehenden Transformationen. Erfahrungen in der Vergangenheit zeigen, dass bei großen Veränderungen, etwa in einer Wirtschaftskrise oder bei Fusionen von Unternehmen, Frauen häufiger den Kürzeren ziehen – möglicherweise bedingt durch schwächere Netzwerke. So wurden auch nach dem Mauerfall auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Frauen aus vielen männerdominierten Branchen verdrängt (Beispiel: Kranführerinnen). Nach Reorganisationen ist der Frauenanteil im Management oft niedriger als davor.

Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn nicht ganze Berufsgruppen wegfallen, sondern Teile ihrer Aufgaben, wie weiter oben beschrieben. Wenn also von zehn Personen mit gleichen Aufgaben die Hälfte überflüssig wird, weil Technik einen Teil der Arbeit übernimmt, kann es sein, dass hier geschlechtsbezogene

³⁵ Cisco NetAcad Advantage (2015): How many jobs will the Internet of Things create by 2020, Link: www.netacadadvantage.com/experience-skills/experience-skills-blog/-/blogs/how-many-jobs-will-iot-create-by-2020, abgerufen am 16.3.2016.

³⁶ Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 37.

Benachteiligungen subtil dazu führen, dass am Ende mehr Frauen ihre Arbeit verlieren als Männer. Ob es dazu kommt, hängt von vielen Faktoren ab, zum Beispiel davon, ob Betriebsräte und Gleichstellungsbeauftragte die Prozesse hinsichtlich ihrer Neutralität begleiten. Einen Einfluss hat aber auch, ob Beschäftigte Zusatzqualifikationen aufweisen können, die ihnen einen Vorteil verschaffen – wie z.B. hohe Technikaffinität –, wenn mit Robotern als Kollegen zusammengearbeitet werden muss, oder hohe Sozialkompetenz, wenn alle anderen Aufgaben an Technik delegiert wurden. Viele der weiter existierenden oder neu entstehenden Jobs werden also eine hohe Qualifikation erfordern. So prognostiziert das European Centre for the Development of Vocational Training, dass allein in der EU etwa die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze nur für gut ausgebildete Arbeitskräfte in Frage kommen werden.³⁷ Die Folgen, die diese Entwicklungen für soziale Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt haben werden, müssen heute diskutiert werden, wenn wir die dritte Industrielle Revolution sozialpolitisch gestalten wollen, anstatt sie lediglich dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen.

37 Citi GPS/Oxford Martin School (2016), a.a.O., S. 37.

TEIL II

Brüchigkeit! Soziale Positionen und staatliche Garantien

Die im ersten Teil herausgearbeiteten signifikanten gesellschaftlichen Veränderungen haben zu sozialen Verunsicherungen und Verschiebungen geführt, die seit zwei Jahrzehnten zunehmend öffentlich diskutiert werden. Von «Ausgeschlossenen» und «Abgehängten» ist ebenso die Rede wie von «Prekariat», «Verwundbarkeit», «Exklusionskarrieren» und «Abstiegssorgen» bis weit hinein in die Mittelschicht. Was und wer mit dem jeweiligen Begriff genau gemeint war, blieb dabei oft ebenso unklar wie die Frage, ob gerade gefühlte oder reale Verluste diskutiert wurden. In diesem zweiten Teil des Grünbuchs wollen wir für mehr Klarheit sorgen und die besonderen Dynamiken gegenwärtiger Exklusionsprozesse in Bezug auf soziale Teilhabe analysieren.

Den Anfang macht dabei *Martin Kronauer*, der für die Verstärkung sozialer Unsicherheit vor allem vier Entwicklungen verantwortlich macht: die Verfestigung von Dauerarbeitslosigkeit, die Ausdehnung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, die Polarisierung von Einkommen und die Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme. Alles zusammengenommen trägt dazu bei, dass sich die Zone der «sozialen Verwundbarkeit» ausgedehnt hat. Allerdings, so Kronauer, sind es weiterhin und erneut Teile der Arbeiterschaft und nicht die Mittelschicht, die sich in dieser Zone wiederfinden.

Wie genau die Neuausrichtung der Arbeitslosenhilfe durch die Hartz-Reformen zur Ausdehnung dieser Zone der Verwundbarkeit beiträgt, analysiert *Aysel Yollu-Tok*. Sie zeigt auf, wie «Aktivierungsmaßnahmen», die prinzipiell jeden Arbeitsplatz als zumutbar ansehen, dazu beitragen, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne geradezu staatlich zu sanktionieren. Die so entstehende Armut trotz Arbeit bedeutet, so Yollu-Tok, nicht nur «prekäre Inklusion» für unmittelbar Betroffene, sondern bewirkt auch gesamtgesellschaftlich erhöhte Angst vor Statusverlusten durch Arbeitslosigkeit.

Wer von diesem für soziale Teilhabe entscheidenden Risiko der Erwerbslosigkeit tatsächlich in besonderem Maße betroffen ist, wird anschließend von *Juliane Achatz* empirisch überprüft. Sie wertet aktuelle Arbeitsmarkt- und Sozialdaten im Hinblick auf vier Gruppen aus, deren Erwerbsrisiken besonders hoch sind: Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche ohne Schulabschluss, Alleinerziehende und

ihre Kinder sowie ältere Langzeitarbeitslose. Ihre Ergebnisse belegen nicht nur, dass Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen oder Qualifikationen, die nicht den momentanen Erfordernissen des Arbeitsmarkts entsprechen, massiv in ihrer sozialen Teilhabe gefährdet sind. Sie zeigen auch, wie relativ wirkungslos die bisherigen sozialpolitischen Interventionen in dieser Hinsicht geblieben sind.

Jens S. Dangschat schließlich analysiert, wie sich die bisher beschriebenen Prozesse von Teilhabe und Ausgrenzung auch auf dem Wohnungsmarkt von Großstädten widerspiegeln. Die unter den Stichworten «Gentrifizierung» und «sozialer Brennpunkt» diskutierten Prozesse räumlicher Segregation sind für ihn weniger Ursache als vielmehr sichtbares Ergebnis eines zunehmenden sozialen Auseinanderdriftens. Mit wohnungspolitischen und stadtplanerischen Maßnahmen allein werden sie sich nicht verändern lassen, so Dangschat, dafür bedarf es weitergehender sozialpolitischer Entscheidungen.

Reale oder gefühlte Bedrohung? Soziale Verwundbarkeit und Gefährdungslagen

Ausgangspunkt und Rückblick

Soziale Unsicherheit und Verunsicherung sind mittlerweile auch in Deutschland zentrale Themen der politischen, medialen und sozialwissenschaftlichen Debatte geworden. Dabei richtet sich das Augenmerk heute besonders auf Ängste in der so genannten gesellschaftlichen «Mitte». Denn hier werden nicht nur Wahlen entschieden, sondern, so heißt es, hier entscheide sich auch die Zukunft der Demokratie.

In der soziologischen Diskussion ist von einer «Rückkehr der Unsicherheit»¹ nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Gesellschaften die Rede. «Rückkehr» verweist auf eine Phase in der jüngeren Geschichte dieser Gesellschaften, in der soziale Unsicherheit zwar nicht völlig beseitigt wurde, aber doch zu einem eingrenz- und damit überschaubaren Risiko geworden war. Diese Phase, so die Diagnose, sei nun vorbei. Umso mehr erscheint ein kurzer Blick zurück notwendig, um die gegenwärtigen Debatten zu verstehen.

Historisch gesehen war es seit dem Aufstieg moderner, kapitalistischer Gesellschaften die Arbeiterschaft, nicht die wie auch immer definierte gesellschaftliche «Mitte» und schon gar nicht das aufstrebende kapitalbesitzende Bürgertum, die den größten Risiken des Einkommensverlusts und damit der sozialen Verwundbarkeit

1 Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg, S. 54.

durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter ausgesetzt war.² Erst spät, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erlangten Arbeiterinnen und Arbeiter verlässliche soziale Rechte in der Gestalt von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen, die zur Absicherung gegen diese typischen, aus der Lohnabhängigkeit erwachsenen Risiken gedacht waren.³ Sie wurden ihnen nicht geschenkt, sondern mussten in sozialen Kämpfen während des 19. und 20. Jahrhunderts errungen werden, oft in Kompromissen mit bürgerlichen und adligen Gegenkräften, wenn keine der Seiten ihre weitergehenden Ziele durchsetzen konnten. Aber erst die kollektiven Erfahrungen wechselseitiger Abhängigkeit in Weltwirtschaftskrise und zwei Weltkriegen, der Sturz von Monarchien und Diktaturen verhalfen in Europa einem Verständnis von Demokratie zum Durchbruch, das die Arbeiterschaft, bei weiter bestehenden kapitalistischen Verhältnissen in Wirtschaft und Gesellschaft, einbezog.⁴

Dabei kam dem gesetzlichen Sozialversicherungssystem gegen die Risiken des kapitalistischen Marktes eine zentrale Bedeutung zu. Noch bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein galt eine materielle Unabhängigkeit auf der Basis privaten Eigentums als die Bedingung für die Zuerkennung des Bürgerstatus. Dies schloss die besitzlosen Klassen von vornherein aus. Nun versah das Sozialversicherungssystem die abhängig Beschäftigten mit einem «Sozialeigentum»⁵, das ihnen ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit verschaffte, die sonst nur denen zugänglich war, die über Privatvermögen verfügten. Zusammen mit den ebenfalls nach dem zweiten Weltkrieg ausgeweiteten öffentlichen, sozialen Dienstleistungen, insbesondere dem Bildungs und Gesundheitswesen, konstituierten sie einen historisch neuen, den sozialen Bürgerstatus («social citizenship»).

- 2 «Ein soziales Risiko ließe sich demnach als ein Ereignis definieren, das die Fähigkeit der Individuen beschränkt, eigenständig für ihre soziale Unabhängigkeit zu sorgen. Wer gegen diese Unabwägbarkeiten nicht versichert ist, lebt in Unsicherheit. Es ist eine jahrhundertalte Erfahrung, die ein großer Teil des Volkes, wie man es früher nannte, machen musste: Was wird der morgige Tag wohl bringen?» (Castel 2005, ebd., S. 33). Dabei sind die Suche nach Sicherheit und die Deutung der sozialen Verwundbarkeit als Unsicherheit selbst eine Erfahrung, die genuin der «Moderne» entstammt: «Gegenüber den Göttern oder dem Schicksal kann es keine Sicherheit geben, sondern nur dort, wo menschliches Tun etwas vermag» (Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität. In: Lessenich, Stephan (2003) (Hrsg.): Wohlfahrtstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a.M., New York, S. 93.
- 3 Anfänge der Sozialversicherungen gingen auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück, aber sie blieben fragmentiert und in ihren Leistungen sehr begrenzt.
- 4 Abram de Swaan spricht in diesem Zusammenhang von der Herausbildung eines «sozialen Bewusstseins», das die Bereitschaft zur Unterstützung kollektiver Vorsorgemaßnahmen einschloss. de Swaan, Abram (1993): Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit, Frankfurt a. M./New York, S. 277.
- 5 Castel, Robert (2011): Was ist soziale Sicherheit? Die sozio-anthropologische Dimension sozialer Sicherung. In: Ders., Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 208. Dieses «Sozialeigentum» beruht im Wesentlichen auf einer Solidargemeinschaft der abhängig Beschäftigten und wird weitgehend aus ihren Löhnen und Gehältern finanziert (auch der «Arbeitgeberanteil» stellt, ökonomisch betrachtet, noch einen Lohnbestandteil dar). Nur bei Defiziten springt der Staat mit Steuergeldern ein.

Gleichwohl schuf das in Deutschland etablierte System der Absicherungen gegen soziale Risiken keine materielle Gleichheit für die abhängig Beschäftigten. Statusunterschiede wurden lange Zeit institutionell festgeschrieben. Bis heute sind Beamtinnen und Beamte vor Kündigung geschützt und müssen keine eigenen Beiträge für ihre Alterssicherung entrichten. Die Angleichung im arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Status von Arbeitern und Angestellten fand nur allmählich statt und wurde erst im letzten Jahrzehnt abgeschlossen. Doch nach wie vor reproduzieren die Systeme der gesetzlichen Sozialversicherung soziale Ungleichheiten, die aus Ungleichheiten in der Erwerbsposition resultieren – durch die enge Verknüpfung von einkommensbezogenen Beiträgen und Leistungen, aber auch durch die Möglichkeiten, oberhalb bestimmter Einkommensgrenzen die gesetzliche Versicherung zu verlassen. Und schließlich begünstigen das Steuersystem und das Prinzip der Mitversicherung abhängiger Familienangehöriger noch immer ein Haushalts- und Familienmodell, das eine Ungleichheit in der Arbeitsteilung der Geschlechter und somit besondere, geschlechtsspezifische soziale Risiken fortschreibt.

Mit Blick auf soziale Unsicherheit zeichnete sich die Phase der wirtschaftlichen Nachkriegsprosperität und des Ausbaus von Sozialstaatlichkeit von den 1950er bis zu den 1970er Jahren dadurch aus, dass sie eine der zentralen Ursachen sozialer Verwundbarkeit, die Arbeitslosigkeit, zeitweilig zum Verschwinden brachte. Einkommensungleichheit und mit ihr die Armut gingen ebenfalls zurück. Soziale Aufstiege aus der einheimischen Arbeiterschaft wurden durch die Anwerbung von Arbeitsmigranten erleichtert, die in der Hierarchie der Lohnarbeitenden nun die unteren Ränge einnahmen.

In besonderer Weise aber kam diese Phase den «neuen Mittelklassen» zugute, also den abhängig Beschäftigten, die sich aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen und ihrer Tätigkeiten von den Arbeiterinnen und Arbeitern unterscheiden. Sofern sie versicherungspflichtig waren, zahlten sie mehr in die Sozialversicherungssysteme ein, bezogen dafür aber auch vergleichsweise höhere und im Fall der Alterssicherung auch länger ausgezahlte Leistungen. Sie konnten die Aufwertung von Bildungsabschlüssen für berufliche Erfolge nutzen, ihnen eröffnete der Ausbau des öffentlichen Dienstes, des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens zusätzliche Beschäftigungsfelder mit anspruchsvollen Tätigkeiten und sicheren Arbeitsplätzen.

Woran zeigt sich nun, vor diesem Hintergrund betrachtet, die «Rückkehr der Unsicherheit»? Wie verhalten sich ihre objektiven Anzeichen zur subjektiven Verunsicherung? Was bedeutet «soziale Verwundbarkeit» heute und wie weit reicht sie in die Gesellschaft hinein? Ist es gerechtfertigt, die «verunsicherte Mitte» ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu rücken? Dazu die folgenden Ausführungen.

Die «Rückkehr der Unsicherheit»

Vier Entwicklungen markieren die «Rückkehr der Unsicherheit» und sozialen Verwundbarkeit seit den 1970er Jahren am deutlichsten:

■ *Erstens: Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit.* Sie setzte bereits in den 1970er Jahren ein, aber erst im Laufe der 1980er Jahre trat auch die Langzeitarbeitslosigkeit wieder in Erscheinung. Schon am Ende des damaligen Jahrzehnts ließ sich nachweisen, dass ein (von der Statistik systematisch unterschätzter) erheblicher Teil der Langzeitarbeitslosen nach einer Arbeitslosigkeit von zwei und mehr Jahren am Arbeitsmarkt so gut wie keine Chancen mehr hatte. Eine neue soziale Spaltung zeichnete sich ab, eine «soziale Schicht der Dauerarbeitslosen»⁶ bildete sich heraus. Sie hat bis heute, selbst in Zeiten des Beschäftigungswachstums, die Sozialstruktur der Bundesrepublik tiefgreifend und nachhaltig verändert. Darin zeigt sich, dass das Faktum längerer Arbeitslosigkeit selbst zu einem eigenständigen, die Arbeitslosigkeit weiter perpetuierenden Ausgrenzungsfaktor geworden ist. Andere europäische Länder machten die gleiche Erfahrung. Vor allem an ihr entzündete sich die europäische Debatte um «soziale Exklusion»⁷, die an Aktualität nichts eingebüßt hat. In der Phase der relativen Vollbeschäftigung der 1960er und 1970er Jahre hatte Arbeitslosigkeit den Schein der Naturwüchsigkeit und Naturnotwendigkeit verloren, sie war gewissermaßen entlegitimiert worden. Ihre Rückkehr und erst recht die Ausgrenzung am Arbeitsmarkt stellte seitdem das Selbstbild einer Gesellschaft infrage, die für sich beansprucht, Kapitalismus und Demokratie auf der Grundlage sozialer Rechte zu versöhnen.

Von Langzeitarbeitslosigkeit sind in besonderem Maße Menschen mit geringen oder entwerteten beruflichen Qualifikationen betroffen, also vor allem Angehörige der Arbeiterschaft. Dabei verschärft sich in Deutschland das Ausgrenzungsrisiko mit zunehmendem Alter.⁸ Die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeitsphasen in der Berufsbiografie reichen jedoch weit über diesen Kreis hinaus. Sie nahmen schon während der 1990er Jahre bei den jeweils jüngeren Jahrgängen zu, die in den Arbeitsmarkt eintraten.⁹ Damit verbreitete sich die Unsicherheit gerade beim Einstieg ins Berufsleben. Diese Unsicherheit wirkt auch heute noch, und zwar bis in die «neuen Mittelklassen» hinein. Dabei spielt die Entsicherung von Beschäftigungsverhältnissen eine maßgebliche Rolle.

■ *Zweitens: Die zunehmende Entsicherung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen.* Das politische Zauberwort, mit dem die Arbeitslosigkeit gebannt werden soll, ist seit den 1980er Jahren die «Flexibilisierung» der Arbeitsmärkte.

⁶ Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a. M./New York.

⁷ Kronauer, Martin (2010): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl., Frankfurt a. M./New York.

⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Juliane Achatz in diesem Kapitel.

⁹ Klammer, Ute (2005): Flexicurity aus der Perspektive des Lebensverlaufs. In: Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (Hrsg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin, S. 255.

Darunter ist in erster Linie die Förderung von Beschäftigungsverhältnissen zu verstehen, die von dem bis dahin zumindest für die männlichen (abhängig) Erwerbstätigen als Standard angesehenen und in der Tat den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen als Norm unterlegten «Normalarbeitsverhältnis» abweichen. Als «Normalarbeitsverhältnis» galt und gilt bis heute trotz schwindender «Normalität» eine Vollzeitbeschäftigung, die unbefristet unter der Weisungsbefugnis eines einzelnen Arbeitgebers ausgeübt wird, tariflich entlohnt und sozialrechtlich versichert ist. Schrittweise wurden die Möglichkeiten der Befristung, der Anwendung von Leiharbeit, der geringfügigen Beschäftigung, der Abweichung von tarifvertraglichen Regelungen erweitert. Der Wechsel aus solchen Arbeitsverhältnissen in ein «Normalarbeitsverhältnis» erweist sich in Deutschland in der Regel als schwierig.¹⁰ Insbesondere die sogenannten «Hartz»-Reformen am Beginn des neuen Jahrtausends verstärkten den Schub in diese Richtung.

Die Folgen sind weitreichend. Die erweiterten Spielräume für Arbeitgeber, Tarifbindungen zu unterlaufen, haben einen Niedriglohnsektor geschaffen, der sich derart ausgebreitet hat, dass er mittlerweile mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wieder zurückgedrängt werden soll. Die politische Förderung von im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmungsrechte, soziale Absicherungen und Entlohnung «prekären» Beschäftigungsverhältnissen trieb die Segmentierung des Arbeitsmarkts gezielt voran und verschärfte damit die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen innerhalb von Betrieben und Unternehmen.¹¹

Nicht zuletzt hat die Ausweitung befristeter Beschäftigung dazu geführt, dass berufliche Laufbahnen selbst in solchen Arbeitsverhältnissen unsicherer geworden sind, die vormals geradezu als Inbegriff der Verlässlichkeit galten. Dazu gehört der öffentliche Dienst. Dort haben Spardiktate und die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsformen ebenfalls weitere Arbeitsverdichtung zur Folge.

Es wäre allerdings verfehlt, das Bild einer allumfassenden Entsicherung der Erwerbsarbeitsverhältnisse zu zeichnen. Atypische, vom «Normalarbeitsverhältnis» abweichende Arbeitsverhältnisse sind noch immer in der Minderheit. Den größten Anteil nimmt dabei die Teilzeitarbeit ein, die, sofern sie tarifvertraglich geregelt, unbefristet und gewollt ist, nicht prekär sein muss – wenngleich sie Nachteile bei der Alterssicherung nach sich zieht. Vielmehr zeigt sich ein Bild von arbeits- und sozialrechtlich zunehmend fragmentierten Arbeitsmärkten und Beschäftigungsbedingungen. Sie führen zu neuen Konkurrenzverhältnissen und

¹⁰ Für einen Überblick siehe Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2011): Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs, Bonn.

¹¹ Solche Konkurrenz zwischen unterschiedlich geschützten Belegschaftsteilen ist ein probates Mittel, Druck auf beide Seiten auszuüben. Das gleiche gilt für die Simulation marktähnlichen Wettbewerbs innerhalb von Unternehmen. Welche weitreichenden Auswirkungen das hat, wurde von Klaus Dörre im ersten Teil dieser Publikation ausführlich dargestellt.

Spaltungslinien. Auch hier sind die Risiken sozial ungleich verteilt, nicht nur zwischen Stamm und Randbelegschaften (selbst bei gleicher Tätigkeit), sondern auch nach Wirtschaftszweigen, Branchen und Regionen. Qualifikation schützt nach wie vor, aber selbst im Niedriglohnbereich arbeiten vornehmlich Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

■ *Drittens: Die Rückkehr wachsender Ungleichheit der Einkommen und das neue Phänomen der Einkommenspolarisierung.* Bereits in den 1980er Jahren endete die Phase der «Einkommenskompensation» und drifteten die hohen und die niedrigen Einkommen auseinander. Armut nahm wieder zu. Aber erst seit Mitte der 1990er Jahre zeigte sich eine für die Bundesrepublik neue Tendenz: eine Polarisierung der Einkommen. Sie lieferte den Anstoß für die Debatte um die von sozialem Abstieg bedrohte «Mitte». Denn Polarisierung galt nun in einem strengen Sinn. Die beiden Pole in der Einkommensverteilung, die Haushalte in der oberen Einkommenskategorie und die in der unteren, nahmen zu; die Zahl der Haushalte mit mittlerem Einkommen dagegen, obwohl immer noch am größten, wurde kleiner. Dabei überwogen die Abstiege die Aufstiege. Die Tendenz zur zunehmenden Polarisierung setzte sich bis zur Mitte der 2000er Jahre fort, endete dann, ohne dass sich jedoch die Einkommensschere wieder schließen würde.¹²

Die Einkommenspolarisierung fällt in den Regionen am stärksten aus, in denen die Dienstleistungsbeschäftigung zu und die industrielle Beschäftigung abnimmt. Dazu tragen die zuvor angesprochene Ausbreitung atypischer Beschäftigung vor allem von Frauen und von Niedriglöhnen bei, die im Dienstleistungssektor weiter verbreitet sind als in der Industrie; darüber hinaus die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus zwischen den beiden Sektoren und innerhalb des Dienstleistungssektors; schließlich und nicht zuletzt der schwächere gewerkschaftliche Organisationsgrad in Dienstleistungsunternehmen.

Die Ungleichheit der Einkommen wird durch die noch sehr viel krassere und steuerlich seit langem begünstigte Ungleichheit in der Vermögensverteilung verschärft. Hier nimmt Deutschland innerhalb der Eurozone den unrühmlichen Spitzenplatz ein.¹³ Es gibt also gute Gründe, angesichts der Einkommens- und Vermögenspolarisierung auf zunehmende Unsicherheit in der Einkommensmitte zu achten. Mindestens ebenso viele gute Gründe sprechen allerdings dafür, zugleich die – trotz Beschäftigungszunahme – weiter wachsende Armut im Auge zu behalten und ihren Gegenpol, den exorbitanten Reichtum, der mittlerweile in Deutschland angehäuft werden kann.

■ *Viertens: Die Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme.* Die deutschen gesetzlichen Sozialversicherungen sind auf besonders enge Weise mit Erwerbsarbeit

12 Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: *Wochenbericht des DIW Berlin* 24, S. 2–8; Grabka, Markus/Goebel, Jan/Schupp, Jürgen (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? In: *Wochenbericht des DIW Berlin* Jg. 43, S. 3–15.

13 Fratzscher, Marcel (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München, S. 43–50.

verknüpft, über die Beitragsfinanzierung während der Erwerbsarbeitsperiode und die nach den Beiträgen gestaffelten finanziellen Anrechte bei Arbeitslosigkeit und Ruhestand. Hier haben in den letzten rund 15 Jahren zwei folgenschwere Weichenstellungen stattgefunden: zum einen die ausdrückliche politische Förderung von geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und – im Fall von Arbeitslosen, die dadurch in Arbeit gebracht werden sollten – untertariflich bezahlter Beschäftigung, also von prekären Beschäftigungsverhältnissen; zum anderen eine Richtungsänderung in der Zielsetzung der sozialen Sicherungssysteme. In der bismarckschen, korporatistischen Tradition hatten sich die deutschen Sozialversicherungen bislang am Prinzip der Statussicherung ausgerichtet – jedem das unterschiedliche Seine im Fall von Arbeitslosigkeit und Ruhestand, aber jeweils genug, um den Lebensstandard einigermaßen aufrecht zu erhalten. Diese interne Differenzierung sicherte dem Sozialstaat die Loyalität der «neuen Mittelklassen». In jüngerer Zeit wurden die Systeme politisch umgesteuert in Richtung auf eine Grundsicherung auf niedrigerem Niveau. Wer mehr haben will (und es sich leisten kann), soll private Vorsorge betreiben. Dies wird am deutlichsten sichtbar in der Rentenversicherung. Statussicherung ist aber nach den Hartz-Reformen auch kein Leitmotiv der Arbeitslosenunterstützung mehr.¹⁴ Die Tendenz zur sozialen Entsicherung in der Erwerbsarbeit fällt also zusammen mit einer Tendenz zur Statusentsicherung in den Sozialversicherungssystemen. Beide Tendenzen verstärken einander wechselseitig und erzeugen Unsicherheiten und Verunsicherung.

Denn diskontinuierliche, von Arbeitslosigkeit oder Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit, Ausbildung, Kinderbetreuung, Pflege unterbrochene Erwerbsbiografien nehmen zu. Sie ziehen verminderte Anrechte aus der Sozialversicherung nach sich. Das gleiche gilt für Erwerbsarbeit im Niedriglohnbereich. Auch hier sind die Risiken sozial ungleich verteilt. Private Zusatzversicherungen sind für diejenigen, die ihrer am meisten bedürften, aufgrund der ungleichen Vermögensverteilung («40 Prozent der Bevölkerung» konnten «praktisch keine Nettovermögen [...] aufbauen»¹⁵) nicht erschwinglich.

Eine besondere Risikokonstellation ergibt sich aus der sozialstaatlichen Ausrichtung am konservativen Familienmodell, mit der engen Koppelung von Leistungen an die Erwerbsarbeit des «Haushaltsvorstands» und der Mitversicherung abhängiger Familienangehöriger. Sie wird angesichts veränderter Haushalts- und Lebensformen zu einer Falle für die wachsende Zahl der Alleinerziehenden. Alleinerziehende Mütter gehören zu den von Armut am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen, weil sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung nur schwer verbinden können.¹⁶

14 Vgl. hierzu den Beitrag von Aysel Yollu-Tok in diesem Kapitel.

15 Fratzscher (2016), a.a.O., S. 49.

16 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Juliane Achatz in diesem Kapitel.

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wird es nicht möglich sein, den Ursachen für die anhand der vier Entwicklungen skizzierte «Rückkehr der Unsicherheit» angemessen auf den Grund zu gehen. Denn dies müsste sowohl Faktoren berücksichtigen, die unter dem Stichwort «Globalisierung» verhandelt werden, insbesondere die politische Entfesselung der Finanzmärkte seit den 1970er Jahren, als auch die politische Handlungsebene der Europäischen Union mit ihrem Vorrang der Marktliberalisierung vor einer gemeinsamen Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik, und nicht zuletzt die nationalstaatliche Ebene von Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Aber es stehen noch einige der Eingangsfragen aus, auf die ich zurückkommen muss. Was macht heute in Deutschland soziale Verwundbarkeit aus? Wie weit reicht sie in die Gesellschaft hinein? Wie verhalten sich Verwundbarkeit und subjektive Verunsicherung zueinander? Und welche gesellschaftspolitischen Schlüsse legen die Antworten nahe?

Der Unterschied zwischen sozialer Verwundbarkeit und Verunsicherung

Wenn soziale Unsicherheit die Unwägbarkeit bedeutet, «eigenständig für soziale Unabhängigkeit sorgen» zu können¹⁷, dann verweist soziale Verwundbarkeit auf Lebensumstände, die Menschen immer wieder oder über längere Zeiträume hinweg solchen Unsicherheiten aussetzen: Unsicherheiten am Arbeitsmarkt und in der Arbeit, Unsicherheiten beim Einkommen, das ja ein auskömmliches, sozial respektiertes und «über den Tag hinaus» planbares Leben ermöglichen soll, Unsicherheiten mit Blick auf die Vorsorge für Notfälle und das Alter. Soziale Verwundbarkeit prägt die Lebensgestaltung in mehrfacher Hinsicht, sie äußert sich «mehrdimensional». Und sie hat eine zeitliche Komponente: Eine kurzfristige Arbeitslosigkeit und finanzielle Knappheit nach bestandenem Examen mag eine prekäre Lebenssituation darstellen, konstituiert aber (noch?) nicht eine prekäre Lebenslage der sozialen Verwundbarkeit.

Die Potenzialität im Begriff «soziale Verwundbarkeit» wiederum zeigt an, dass sie nur in Relation zu anderen Lebensumständen charakterisiert werden kann. Die Lebenslage der sozialen Verwundbarkeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie «noch nicht» oder «nicht mehr» sozial abgesichert ist, aber auch dadurch, dass sie «noch nicht» oder «nicht mehr» alle Sicherheiten verloren hat, die ein Leben in sozialer Unabhängigkeit ermöglichen. Robert Castel spricht von einer gesellschaftlichen «Zone der sozialen Verwundbarkeit», die er auf der einen Seite von einer «Zone der Integration», auf der anderen von einer «Zone der Entkoppelung» (der sozialen Ausgrenzung) unterscheidet.¹⁸

Eine der wenigen Studien, die bezogen auf Deutschland versucht hat, sich der Komplexität des Problems theoretisch und empirisch anzunehmen, stammt aus

¹⁷ Siehe Fußnote 2

¹⁸ Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz, S. 13.

dem Jahr 2009 und wurde von Olaf Groh-Samberg verfasst. Er wertete Daten des Sozio-oekonomischen Panels, eines repräsentativen Datensatzes, der bestimmte soziale Merkmale von Haushalten über Jahre hinweg verfolgt, unter den eben angesprochenen Gesichtspunkten aus: Abgrenzung der sozialen Verwundbarkeit von anderen Lagen, mehrdimensionale Indikatoren und zeitliche Verstetigung immerhin über einen Zeitraum von fünf Jahren, von 2000 bis einschließlich 2004. In Anlehnung an Castel spricht er von einer «Zone der Prekarität», im Unterschied zur Zone des gesicherten Wohlstands am einen Extrem und zur Zone der extremen Armut am anderen, aber auch zu weiteren Zwischenstufen.

Auf Basis seiner Auswertungen ordnete er seinerzeit der «Zone der Prekarität» zehn Prozent aller Haushalte zu, die in dem Survey über den gesamten Zeitraum erfasst wurden.¹⁹ Bei diesen Haushalten, so zeigt er, war das Einkommen bereits auf die Armutsrisikogrenze (60 Prozent des Medianeinkommens) abgesunken, und die Haushalte waren in jedem Jahr mit einer Mangelercheinung entweder in den Bereichen finanzielle Rücklagen, Wohnen, Lebensstandard oder einer Arbeitslosigkeitsperiode konfrontiert. In einzelnen Jahren fanden Auf- oder Abstiege in die angrenzenden «Zonen» statt. Kurz: Über die fünf Jahre hinweg war Unsicherheit ein ständiger Begleiter der Lebensumstände.

Welche Haushalte gehörten nun zu dieser «Zone der Prekarität»? Groh-Sambergs Studie wirft ein erhellendes Licht auf die Frage, ob soziale Verwundbarkeit – jedenfalls in der hier erhobenen Weise – sich mittlerweile klassen- und schichtübergreifend in der Gesellschaft ausbreitet, gewissermaßen klassenneutral geworden ist. Seine Befunde sprechen dagegen. Von der Berufsstruktur her betrachtet finden sich in der «Zone der Prekarität» gerade diejenigen Kategorien überrepräsentiert, die in der soziologischen Literatur üblicherweise nicht zu den gesellschaftlichen Mittelklassen gerechnet werden oder allenfalls zu deren unterem Rand: an- und ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen, Facharbeiter, Dienstleister in Routinetätigkeiten.²⁰

Werfen wir einen Blick auf Statistiken zum subjektiven Unsicherheitsempfinden, so zeigt sich eine deutliche Parallele. In der jüngsten dazu veröffentlichten Studie, die ebenfalls auf den Daten des Soziökonomischen Panels basiert und ebenfalls mit Berufsklassifikationen arbeitet, zeigen Nicole Burzan und ihre Kolleginnen, dass zwar die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und die eigene Arbeitsplatzsicherheit in den «neuen Mittelklassen» (sie sprechen allerdings von «der Mittelschicht», obwohl sie nur aktuell erwerbstätige abhängig Beschäftigte einbeziehen) stärker ausgeprägt sind als in den oberen Klassen («Oberschicht»), aber deutlich geringer ausfallen als bei den Arbeitern und einfachen Angestellten

19 Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden, S. 168.

20 Ebd., Anhang 3, Ergänzende Tabellen.

(«Unterschicht»), aus denen sich nach Groh-Samberg die «Zone der Prekarität» und auch die der «extremen Armut» in erster Linie rekrutiert.²¹

Bedeutet dies Entwarnung für die «neuen Mittelklassen»? Sicherlich nicht. Wie unter anderen die Studie von Burzan und Kolleginnen belegt, wächst auch dort die subjektiv empfundene Unsicherheit nach einer Erfahrung von Arbeitslosigkeit oder Befristung in der Berufsbiografie.²² In der Abfolge der Geburtenkohorten haben solche Erfahrungen zugenommen, vor allem während der immer länger währenden Einstiegsphase bis zur beruflichen Etablierung. Gestiegen sind aber auch die Sorgen um die eigene Altersversorgung und die Zukunft der Kinder. Evident ist zudem der Stress, der aus Intensivierung und Flexibilitätsanforderungen der Erwerbsarbeit erwächst.²³

Dennoch: Es wäre falsch, Unsicherheit und subjektive Verunsicherung als charakteristische Lebenserfahrung «der» gesellschaftlichen «Mitte» in Deutschland von heute zu bezeichnen. Bereits der (Un-)Begriff «der Mitte» ist irreführend²⁴, nicht zuletzt, weil er Beamte, abhängig Beschäftigte der «neuen Mittelklassen» und Selbstständige, die ihrerseits Arbeitskräfte beschäftigen (den «Mittelstand») trotz offenkundig unterschiedlicher Lebens- und Interessenlagen umstandslos zusammenwirft. Einiges spricht dafür, dass selbst *innerhalb* der «neuen Mittelklassen» nicht nur die Einkommen, sondern auch die beruflichen Laufbahnen ungleicher werden; dass nach wie vor beträchtliche Stabilität und sozialer Aufstieg anzutreffen sind, aber eben auch zunehmend ungesicherte Lebenslagen und Lebensverläufe. Untersuchungen, die sich von der Fiktion «der gesellschaftlichen Mitte» verabschieden und

21 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Silke Kohrs im dritten Kapitel dieser Publikation, sowie: Burzan, Nicole/Kohrs, Silke/Küsters, Ivonne (2014): Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet? Weinheim/Basel, S. 50–58. Zu ähnlichen Befunden kommt eine Studie von Petra Böhnke für die 1990er Jahre. Allerdings legt sie keine Berufsklassifikation, sondern Einkommensfünftel zugrunde. Es zeigt sich, dass während dieser Dekade in allen Einkommensgruppen Arbeitsplatzunsicherheit und Angst vor Arbeitslosigkeit zugenommen haben, aber bei den beiden unteren Einkommensfünfteln bereits von einem sehr viel höheren Ausgangsniveau aus. Eine zunehmende Verunsicherung in der Arbeitsmarktdimension fand sich bei der Einkommensmitte insbesondere im vierten Einkommensquintil, das jedoch wiederum in den Dimensionen «Unzufriedenheit mit Lebensstandard» und «Unzufriedenheit mit Einkommen» im Unterschied zu allen anderen Einkommensfünfteln abnehmende Werte aufwies. Böhnke, Petra (2006): Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung, Opladen, S. 127.

22 Burzan et al. (2014), a.a.O., S. 69.

23 Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg.

24 Die verbreitete Rede von «der Mitte» der Gesellschaft entbehrt jeder begrifflichen Schärfe. Die Klassifikationskriterien variieren, unterschiedliche Kriterien führen zu unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Beschreibungen. So stimmt beispielsweise auch die Einkommensmitte nicht mit den Mittelklassen der Unterscheidung nach Berufsgruppen und Tätigkeiten überein. Ulf Kadritzke zeigt, dass die klassenanalytisch ausgerichteten Studien über Angestellte aus den 1920er bis 1940er Jahren der gegenwärtigen soziologischen Diskussion zum Thema «Mitte» in analytischer Hinsicht schon weit voraus waren: Kadritzke, Ulf (2016): Zur Mitte drängt sich alles (Teil 1). Historische Klassenstudien im Lichte der Gegenwart. In: *Prokla* 184, S. 477–496. Aus pragmatischen Gründen muss ich mich in diesem Beitrag auf die in den empirischen Studien verwendeten Klassifizierungen beziehen.

stattdessen deren internen Differenzierungen analytisch und empirisch nachspüren, fehlen schmerzlich.²⁵

Erst recht wäre es irreführend, zu übersehen, was die Unsicherheit und die Verunsicherung in gesellschaftlichen Mittellagen von der sozialen Verwundbarkeit unterscheidet, die wieder vornehmlich ein Klassenschicksal innerhalb der Arbeiterschaft, einschließlich der neuen Dienstbotenklasse, geworden ist. Das Beispiel der Alleinselbständigen mag den Unterschied verdeutlichen. Sie stellen eine historisch junge Kategorie von Erwerbstätigen dar, die sich in einer Zwischenposition zwischen traditioneller Selbständigkeit und neuer Mittelklasse befinden. Ihre Marktabhängigkeit und ihre schwache oder gar fehlende Einbindung in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme konstituieren zweifellos Elemente von Prekarität. Zugleich weisen die Alleinselbständigen unter allen atypisch Erwerbstätigen die höchsten Qualifikationsmerkmale auf, häufig akademische Abschlüsse.²⁶ In ihrem Fall können, wie empirische Untersuchungen in einzelnen Berufsfeldern zeigen, professionelle Netzwerke und der Rückhalt von berufstätigen Partnerinnen oder Partnern die Risiken verringern.²⁷ Die dazu notwendigen Ressourcen – kulturelles und soziales Kapital, vielleicht auch ökonomisches Erbe – sind aber sozialstrukturell ungleich verteilt. Sie stehen denjenigen, die sich in der «Zone der Prekarität» als Arbeiter und einfache Dienstleisterinnen bewegen, die in Befristungs- und Leiharbeitsschleifen hängen bleiben, aus denen in Deutschland nur schwer herauszukommen ist, nicht zur Verfügung.

Fazit

Wenn es zutrifft, dass Unsicherheit und Verunsicherung mittlerweile bis in gesellschaftliche Mittellagen hineinreichen, dort allerdings nicht am stärksten ausgeprägt sind; und wenn ebenfalls zutrifft, dass verfestigte Prekarität vor allem ein Schicksal von Lohnabhängigen am «unteren Ende» der Klassenhierarchie darstellt, dann wirft dies erneut die Frage auf, ob es angemessen ist, das gesellschaftspolitische Augenmerk vor allem auf jene wie auch immer gefasste «Mitte» zu richten. Wahltaktisch mag auf den ersten Blick dafür sprechen, dass hier die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zu finden ist. Gesellschaftspolitisch aber wäre es kurzfristig und fatal.

25 Eine Ausnahme bildet die Studie von Lengfeld, Holger/Hirschle, Jochen (2009): Die Angst der Mittelschicht vor sozialem Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 38, Heft 5, S. 379–398. Die Autoren bestätigen die Unterschiede in den Ausprägungen von Abstiegsängsten zwischen den der üblicherweise abhängigen Mittelklassen einerseits und den der Arbeiterschaft und den einfachen Routinedienstleistungstätigkeiten zugerechneten Berufsgruppen andererseits, werfen aber auch einen genaueren Blick in die Mittelklassen hinein. Dabei zeigt sich, dass die «mittlere Mittelschicht», die durchschnittlich qualifizierten Angestellten mit Routineaufgaben, innerhalb der Mittelklassen die deutlich am weitesten verbreiteten Abstiegsängste aufweist.

26 Keller/Seifert (2011), a.a.O., S. 27.

27 Betzelt, Sigrid/Gottschall, Karin (2005): Flexible Bindungen – prekäre Balancen. Ein neues Erwerbsmuster bei hochqualifizierten Alleindienstleistern. In: Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (Hrsg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*, Berlin, S. 275–294.

Denn eine Politik, die sich vornehmlich an den «alten» und «neuen» Mittelklassen orientierte, würde diejenigen aus den Augen verlieren, die sozialer Unsicherheit und Verwundbarkeit am stärksten ausgesetzt sind. Vor allem aber würde sie die Quelle der Bedrohung auch für die «neuen Mittelklassen» dem Blick entziehen: die kapitalistisch-privaten und die öffentlichen, ihrerseits immer mehr der Marktlogik folgenden Arbeitgeber. Eine solche Politik würde den Verteilungskampf um sozialstaatliche Ressourcen zwischen den abhängig Beschäftigten fördern, im Namen «der Mitte» Partei gegen die «Unterschicht» ergreifen und damit die Ungleichheit weiter verschärfen.

Schon jetzt haben sich viele der ökonomisch wie politisch Übergangenen von politischer Partizipation zurückgezogen. Andere haben in überproportionalem Maß nationalistisch-fremdenfeindliche Parteien gewählt, um ihren Protest auszudrücken, ungeachtet der Tatsache, dass die programmatische Ausrichtung dieser Parteien Ungleichheit nur noch weiter vergrößern und somit die eigene Lage verschlechtern würde. Eine Politik, die sich weiterhin vornehmlich an «die gesellschaftliche Mitte» richtet, würde solche Tendenzen verstärken. Aber auch für die Mittelklassen selbst könnte sie sich als Pyrrhussieg erweisen. Denn alle empirische Evidenz weist darauf hin, dass zunehmende Ungleichheit die Lebensqualität in der Gesellschaft *insgesamt* untergräbt, nicht zuletzt dadurch, dass sie soziale Abstiegsängste gerade nicht beseitigt, sondern schürt.²⁸ Oder um es positiv, mit dem Untertitel einer aktuellen OECD-Studie zu formulieren: «less inequality benefits all»²⁹, auch den Mittelklassen. Wer Demokratie stärken und soziale Unsicherheit und Verunsicherung eindämmen will, wird an die Ursachen der wachsenden Ungleichheit herangehen und sich mit denen anlegen müssen, die von dieser Ungleichheit profitieren.

-
- 28 Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009): *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Do Better*. London. Zur Bedeutung von sozialer Sicherung und anderer Elemente von Sozialstaatlichkeit für die Lebensqualität in einer Gesellschaft vgl. Böhnke, Petra (2011): Gleichheit und Sicherheit als Voraussetzung von Lebensqualität? In: *WSI-Mitteilungen* 64. Jg., Heft 4, S. 163–170.
- 29 OECD (2015): *In it Together. Why Less Inequality Benefits All*, Paris.

Anschluss und Ausschluss: Dynamiken im Wohlfahrtsstaat

Wohlfahrtsstaatliche Arrangements richten sich nach der normativen Vorstellung von Anschluss und Ausschluss einer Gesellschaft; ändern sich diese, so ändert sich auch die Organisation des Sozialstaates. Im deutschen Wohlfahrtsstaat hat mit den Hartz-Gesetzen eine fundamentale Neuorganisation stattgefunden, im Folgenden soll die hierbei veränderte Teilhabelogik genauer dargestellt werden.

Ausschluss und Anschluss, eine wohlfahrtsstaatliche Einordnung

Die für den Wohlfahrtsstaat zentrale Arbeitsmarktpolitik war vor den Hartz-Reformen auf die ökonomische Inklusion des Individuums ausgerichtet. Die Leitlinie heute ist, dass in aller erste Linie Erwerbsarbeit zur gesellschaftlichen Teilhabe führt, d.h. Exklusionsvermeidung erfolgt durch bezahlte Arbeit und nicht mehr durch eine rein materielle Absicherung. Damit trägt auch ein Arbeitsverhältnis zur Inklusion bei, das kein Normalarbeitsverhältnis ist, wodurch öffentlich geförderte sowie atypische Beschäftigungsverhältnisse an Legitimität gewinnen, da sie dort zum Einsatz kommen können, wo reguläre Arbeit fehlt.¹

In den Vordergrund rückt also die Vermeidung von Exklusion über den Arbeitsmarkt d. h. die «[...]Einbindung in die objektivierten und objektivierenden Wechselseitigkeiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung»². Diese neu betonte Funktion der Erwerbsarbeit findet sich in den Elementen des Forderns und Förderns wieder, also dem Spannungsverhältnis zwischen individueller Handlungsautonomie und staatlichen Restriktionen.

Die Teilhabelogik der materiellen Statussicherung

Vor Hartz IV wurde das Grundkonzept der sozialen Sicherung bei Erwerbslosigkeit im Sinne des Bismarckschen Sozialstaatsmodells von der *materiellen Statussicherung*

- 1 Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40–41, S. 7–15.
- 2 Kronauer, Martin (2010): Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart, S. 32; In: ders. (Hg.): *Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart*, Bielefeld, S. 24–58.

dominiert.³ Das Arbeitslosengeld zeichnete sich wie auch heute noch durch Beitragszahlungen aus, wodurch die Absicherung bei Erwerbslosigkeit an eine vorhergehende Erwerbsarbeit gekoppelt ist. Indem diese Transferleistung sich nach dem ehemaligen Einkommen und somit nach dem Status richtet, soll der soziale Abstieg während der Erwerbslosigkeit verhindert werden.⁴ Die Tradition des Bismarckschen Sozialmodells spiegelte sich aber vor allem in dem Mischsystem der Arbeitslosenhilfe wider, das zwischen der Versicherungsleistung und der Fürsorgeleistung stand: Zum einen entstand der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe erst durch das Ablufen der befristeten Versicherungsleistung Arbeitslosengeld, doch zum anderen war sie bedürftigkeitsgeprüft und unbefristet. Im Unterschied zu einer Grundsicherungsleistung richtete sich die Arbeitslosenhilfe aber nicht nach dem Haushaltsbedarf, sondern nach dem letzten Lohn, wodurch auch innerhalb dieses Sicherungssystems wieder ein Akzent auf die materielle Statussicherung gelegt wurde.⁵

Neben der offensichtlichen Betonung der materiellen Statussicherung war die *immaterielle Statussicherung* zwar nicht deutlich vorgesehen, aber dennoch eine gängige Praxis für Bezieher der Arbeitslosenhilfe. Nach §18 des Bundessozialhilfegesetzes sollte der Hilfesuchende zwar ausdrücklich «[...]seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts» einsetzen, und sich in diesem Sinne intensiv um eine Arbeit bemühen. Diese Anforderung beinhaltete auch die Pflicht zur Annahme von zumutbaren öffentlichen Arbeitsgelegenheiten. Somit waren im Prinzip auch vor der Hartz IV-Reform fordernde Elemente vorhanden, die den Erhalt erworbener Qualifikationen und Berufserfahrung – und in diesem Sinne die immaterielle Statussicherung – formal nicht vorsahen. In der Praxis aber bestand keine Gegenleistungspflicht⁶, denn die Komponente des Forderns wurde lediglich in der kommunalen Beschäftigungspolitik auf erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger angewandt.⁷ Mit der Durchführung von fördernden Maßnahmen waren dagegen sowohl die Bundesanstalt für Arbeit (SGB III) als auch die kommunalen Träger (Sozialhilfegesetz), beauftragt, was zu einer doppelten Zuständigkeit der Vermittlung und Förderung von Langzeitarbeitslosen führte.

Diese materielle wie immaterielle Statussicherung des dreigliedrigen Systems aus Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zeigt eine relativ hohe

- 3 Yollu-Tok, Aysel (2010): Die fehlende Akzeptanz von Hartz IV. Eine Realanalyse individuellen Verhaltens jenseits des Homo-Oeconomicus-Modells, Baden-Baden.
- 4 Neben der bismarckschen Tradition der sozialen Sicherung gibt es auch das steuerfinanzierte Mindestsicherungssystem nach William Beveridge. Das Beveridge-System betont vor allem eine stärkere Grundversorgung für alle, wobei diese Versorgung durch Eigenleistungen der Leistungsempfänger ergänzt werden soll.
- 5 Knuth, Matthias (2006): Hartz IV. Die unbegriffene Reform. Wandel der Erwerbsordnung durch Verallgemeinerung des Fürsorge-Regimes. In: *Sozialer Fortschritt* 55, 7, S. 160–168 sowie: Konle-Seidl, Regina (2008): Hilfreformen und Aktivierungsstrategien im internationalen Vergleich. In: *IAB Forschungsbericht* 7/2008.
- 6 Krahmer, Utz (2001): Sozialrechtliche Funktionsbestimmung und Ziele des Bundessozialhilfegesetzes. In: Brülle, Heiner/Reis, Claus (Hrsg.): *Neue Steuerung in der Sozialhilfe*, Neuwied. S. 35–48.
- 7 Yollu-Tok (2010), a.a.O.

Unabhängigkeit der Individuen von der Arbeitswelt, also einen hohen Grad an De-Kommodifizierung. Gleichzeitig schreibt aber diese Lebensstandardsicherung durch Arbeitslosengeld und -hilfe auch den zuvor erreichten sozialen Status der Individuen fest. Soziale Auf- oder Abstiege im weiteren Lebensverlauf sind in diesem System nicht wahrscheinlich, es spiegelt vielmehr die gesellschaftlich vorhandene geringe Durchlässigkeit von sozialen Milieus wider. Im Laufe der 1990er Jahre geriet dieses System aufgrund von veränderten soziökonomischen Rahmenbedingungen immer stärker unter Druck, Langzeitarbeitslosigkeit wurde zu einem immer größeren Problem für den deutschen Wohlfahrtsstaat. Die Anzahl der Arbeitslosenhilfe beziehenden Personen hatte sich zwischen 1990 und 2005 fast vervierfacht. Ab 2003 war ihre durchschnittliche Zahl mit 2,2 Millionen erstmals höher als die der 1,85 Millionen Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld.

Die neue Teilhabelogik des Forderns und Förderns

Mit den Hartz-Gesetzen wurden sowohl Veränderungen der Leistungen eingeführt als auch Aktivierungsstrategien nach dem Prinzip *Fordern und Fördern* durchgesetzt: Die statusorientierte Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige wurde durch ein neues steuerfinanziertes Grundsicherungssystem, das sogenannte Arbeitslosengeld II, ersetzt. Die Bedürftigkeit als Anspruchsvoraussetzung manifestiert sich vor allem auch darin, dass Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit sowie das Einkommen der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen bei der Berechnung der Grundsicherungshöhe berücksichtigt werden. Neben dem Einkommen ist aber auch das vorhandene Vermögen zur Bewertung einer bestehenden Bedürftigkeit relevant. Im Gegensatz zur früheren Arbeitslosenhilfe hat Arbeitslosengeld II die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums zum Ziel und nicht die Lebensstandardsicherung, sie orientiert sich deshalb am Regelsatz der ehemaligen Sozialhilfe. Mit dieser Einführung einer bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherung für alle hilfebedürftigen Erwerbsfähigen in Kombination mit der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I wurde das Prinzip der *materiellen Statussicherung* verlassen.⁸ Die Zusammenlegung der kommunalen Träger mit den ehemaligen Arbeitsämtern zum allein zuständigen Jobcenter verdeutlicht den Charakter des neuen Grundsicherungssystems: Es ist nicht nur eine Fürsorgeinstitution, sondern auch eine Institution zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Auch mit der vorherigen Handhabe der *immateriellen Statussicherung* wurde durch die Aktivierungsstrategien nach dem Prinzip «Fordern und Fördern» gebrochen. Das neue SGB II formuliert in §2 den Grundsatz des *Forderns*. Durchaus in Kontinuität mit dem Bundessozialhilfegesetz wird postuliert, dass «erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen [...] alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verminderung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen» müssen. Dies umfasst insbesondere den Einsatz der eigenen Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts. Damit war verbunden, dass

⁸ Yollu-Tok (2010), a.a.O.

Langzeitarbeitslose, die Transferleistungen beziehen, zumutbare Stellen nun auch in der Praxis tatsächlich annehmen sollten. Laut §10 SGB II ist dabei grundsätzlich jeder Arbeitsplatz zumutbar, auch wenn dieser nicht der früheren beruflichen Tätigkeit oder Ausbildung entspricht bzw. als geringwertiger einzuschätzen ist. *Fordern* umfasst jetzt also auch eine immaterielle Konzessionsbereitschaft, wie zum Beispiel das in Kauf nehmen langer Arbeitswege, Wohnortwechsel, ungünstigere Arbeitszeiten, unangenehmere Arbeitsbedingungen sowie eine Beschäftigung, die unter dem fachlichen Können liegt. Neben dieser Aufnahme zumutbarer Beschäftigung wird die aktive Mitarbeit zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit in Form von Eingliederungsvereinbarungen attestiert und mit Sanktionsandrohungen bei Verstößen gegen diese Vereinbarung untermauert.

Durch *Fördern* wiederum soll die Qualifikation der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an die Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst und der Humankapitalverlust während der Arbeitslosigkeit minimiert werden.⁹ Träger der Grundsicherungsleistung sind verpflichtet, erwerbsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung durch Qualifizierungsinstrumente und eine gezielte Arbeitsvermittlung zu unterstützen.

Die Kombination von fordernden Elementen mit fördernden Maßnahmen soll die Beschäftigungsfähigkeit der Hilfebedürftigen erhalten bzw. auch erst schaffen. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die mit ihr verbundene Vorstellung, den Einstieg auch über den Niedriglohnsektor schaffen zu müssen, markieren die schwindende Unabhängigkeit der Menschen von den Kräften des Arbeitsmarktes. Dabei kann die Logik, dass Inklusion vorrangig durch Erwerbsarbeit erfolgt, gerade durch eine «prekäre Inklusion» zur Ausgrenzung führen, wie in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen wurde.¹⁰ Diese tritt ein, wenn durch verschärfte Aktivierung zunehmend Beschäftigungsverhältnisse entstehen, die weder existenzsichernd noch dauerhaft sind und dadurch zur Armut in Arbeit führen. Solche prekären Beschäftigungsangebote konnten zuvor als nicht zumutbar abgelehnt werden, weil der Wohlfahrtsstaat die Anspruchsberechtigung seiner Bürger nicht ausschließlich von der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt abhängig machte. Dieses «Arbeitsbürgerrecht» mit seinen statusorientierten Leistungen, das die deutsche Sozialstaatlichkeit zuvor prägte, wurde mit Hartz IV verlassen.

⁹ Hagen, Tobias/Steiner, Viktor (2000): Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Förderung von Arbeit. Analysen und Empfehlungen zur Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In: *ZEW Wirtschaftsanalysen* 51, Baden-Baden.

¹⁰ Vgl. hierzu u.a.: Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M./New York; Bude, Heinz/Willisch, Andreas (2006): Das Problem der Exklusion, in: dies. (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*, Hamburg, S. 7–23; Mohr, Katrin (2007): *Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland*, Wiesbaden; Promberger (2008), a.a.O.

Dingeldey und Gottschall¹¹ bezeichnen diesen Prozess als Abkehr vom konservativen Wohlfahrtsstaat, die historisch gewachsenes und institutionell stabilisiertes Verhalten ändert, nicht nur bei Arbeitslosen, sondern gerade auch bei den Erwerbstätigen. Giesecke und Groß¹² weisen darauf hin, dass der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherung bei Erwerbstätigen bereits innerhalb ihres Beschäftigungsverhältnisses Wirkung zeigt. Aus Angst vor dem mit Arbeitslosigkeit verbundenen materiellen und immateriellen Statusverlustes nehmen sie auch «schlechte Arbeit» in Kauf. Die Verhandlungsmacht der Beschäftigten bei Lohnverhandlungen wird geschwächt und führt letztlich zu Einkommensungleichheiten, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird.

Folgen veränderter wohlfahrtsstaatlicher Teilhabelogik

11 Jahre nach Einführung der Hartz IV-Reform zeigt sich folgendes Bild: Die Arbeitslosigkeit ging nach 2005 drastisch zurück (die Arbeitslosenquote lag 2005 bei 13 Prozent und 2015 bei 7,1 Prozent), jedoch gab es bei Langzeitarbeitslosigkeit keine Veränderung, diese machte 2005 einen Anteil von 36,2 Prozent der Gesamt-arbeitslosen aus, 2015 lag dieser Wert sogar bei 37,2 Prozent. Grabka stellt für diesen Zeitraum eine wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung sowie der Vermögensverteilung fest. Für die Berechnung der Einkommensverteilung teilt Grabka die Bevölkerung in sogenannte Dezile auf, indexiert das durchschnittliche Einkommen je Dezil auf das Jahr 2000 und stellt folgendes fest: «die Gruppe der höchsten Einkommensbezieher [oberstes Dezil] [konnten] überdurchschnittliche Einkommenszuwächse in den vergangenen Jahren erzielen [...] Diese summieren sich bis 2011 auf etwa 13 Prozent. Auch das achte und neunte Dezil konnten noch leichte Einkommenssteigerungen von drei bis vier Prozent verzeichnen. Im fünften bis siebten Dezil stagnierten die Realeinkommen, wohingegen für das erste bis vierte Dezil Einkommensrückgänge bis zu rund fünf Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 zu konstatieren sind.»¹³ Bei der Vermögensentwicklung zeigt sich hingegen, dass das Vermögen der vermögensstärksten zehn Prozent der privaten Haushalte (10. Dezil) zwischen den Jahren 1998 und 2008 von 45 Prozent auf 53 Prozent zugenommen hat. In derselben Zeitspanne erlitten die mittleren Vermögensgruppen (6. bis 9. Dezil) Verluste, ihr Anteil sank von 52 Prozent auf 46 Prozent. Der Rest der Bevölkerung hatte 1998 einen Vermögensanteil von lediglich 4 Prozent der sich 2008 sogar auf ein Prozent verringert hatte.¹⁴

11 Dingeldey, Irene/Gottschall, Karin (2001): Alte Leitbilder und neue Herausforderungen. Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21, S. 31–38.

12 Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2005): Arbeitsmarktreform und Ungleichheit, S. 31; In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16, S. 25–31.

13 Grabka, Markus M. (2014): Ungleichheit in Deutschland – Langfristige Trends, Wendepunkte. S. 302; In: *Sozialer Fortschritt* 12, S. 301–307.

14 Grabka (2014) a.a.O., S. 303

Diese zunehmende Einkommens- und Vermögenspolarisierung bei gleichzeitigem Anstieg der Erwerbsbeteiligung ist ein Hinweis darauf, dass sich Armut trotz Arbeit erhöht. Wie auch Seils¹⁵ bestätigt, ist «working poor» in Deutschland immer stärker ein Thema: 2009 waren 7,1 Prozent der Erwerbstätigen von Arbeitsarmut betroffen, im Vergleich zu 2004 ist der Anteil um 2,2 Prozentpunkte gestiegen. Die allgemeine Armutsgefährdungsquote¹⁶ ist laut statistischem Bundesamt sogar von 14,7 Prozent (2005) auf 15,7 Prozent (2015) angestiegen. Wie Groh-Samberg anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels für den Zeitraum von 1984 bis 2012 nachweist, handelt es sich hierbei um verfestigte Armut. Das bedeutet, es liegen verstetigte Armutsepisoden vor, Problemlagen finden gleichzeitig in mehreren Lebenslagen statt, Armut konzentriert sich auf bestimmte Personenkreise, sie wird letztlich intergenerational vererbt und ist schließlich auch sozialräumlich segregiert. Damit «bewegt sich die Situation in Deutschland tendenziell wieder auf klassengesellschaftliche Spaltung zu»¹⁷.

Armutsrisiken ergeben sich aus der Differenz zwischen Haushaltsbedarfen und verfügbarem Einkommen. Hier schlägt sich unmittelbar nieder, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung¹⁸ (in Prozent aller abhängig Beschäftigten) von 23,4 Prozent (2005) auf 24,6 Prozent (2012) gestiegen ist¹⁹. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung liegt zwar mit 22 Prozent (2014) immerhin auf dem Jahresniveau von 2004, dennoch haben sich parallel dazu die Arbeitsstunden je erwerbstätiger Person verringert (1431 im Jahre 2005 und 1371 im Jahre 2015),²⁰ was auf die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere Teilzeitarbeit zurückzuführen ist: der Anteil Teilzeitbeschäftigter an allen Beschäftigten ist von 22,8 Prozent (2004) auf 28,3 Prozent (2014) gestiegen.²¹

Atypische Beschäftigungsverhältnisse lösen nicht nur mit Blick auf das Einkommen Verunsicherungen aus, sondern auch in immaterieller Hinsicht²². Wie Achatz und Wenzig feststellen, besteht Wohlfahrt aus der «[...] Summe aus objektiv

15 Seils, Eric (2012): Armut. Mehr Working Poor in Deutschland. In: *Böcklerimpuls* 9/2012, S.7.

16 Armutsrisiko liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Einkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die zur Abdeckung des sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind, die Armutsrisikogrenze liegt hier bei 60 Prozent des gesamtdeutschen Medianeinkommens.

17 Groh-Samberg, Olaf (2014): No Way Out. Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland, S.307. In: *Sozialer Fortschritt* 12, S. 307–315.

18 Bruttoarbeitsentgelte je Stunde, die niedriger sind als zwei Drittel des durchschnittlichen Stundenlohnes (Median).

19 Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2015): Niedriglohnbeschäftigung 2013. In: *IAQ-Report* 03/2015.

20 Fuchs, J./Hummel, M./Hutter, C./Gehrke, B./Wanger, S./Weber, E./Weigand, R./Zika, G. (2016): IAB-Prognose 2016: Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot so hoch wie nie. In: *IAB-Kurzbericht* 06/2016.

21 Statistisches Bundesamt 2016, vgl. hierzu auch den Beitrag von Klaus Dörre im ersten Teil dieser Publikation.

22 Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.

messbaren wie auch aus subjektiv empfundenen Lebenssituationen».²³ Verlieren «Menschen den Anschluss an den durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft[...], kann ihre Bindung an den allgemeinen Wertekonsens loser werden, [womit] der Abstand zur allgemein gültigen Gesellschaftsordnung größer [wird]».²⁴ Eine Umgestaltung des Systems sozialer Sicherung darf also nicht nur auf Basis veränderter harter institutioneller Ausgestaltungsformen betrachtet werden, sondern muss gerade auch Individuen, die in diese Institutionen eingebettet sind, und ihre subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen berücksichtigen.²⁵

Untersuchungen zur subjektiven Bewertung seitens der Grundsicherungsbezieher machen deutlich, dass deren materielle Gewinner die Hartz IV-Reform positiver bewerten – auch im Hinblick auf ihre Reintegrationswahrscheinlichkeit in den Arbeitsmarkt – als Verlierer der Reform.²⁶ Zu den «Gewinnern» werden all jene zusammengefasst, die im Zuge der Reform keine finanzielle Kürzung hinnehmen mussten oder deren Leistungsbezüge durch die Reform sogar gestiegen sind. Als «Verlierer» werden folglich all jene verstanden, die vor der Einführung von Hartz IV höhere finanzielle Unterstützung bezogen haben, als dies nach der Reform der Fall ist. In beiden Gruppen werden aber die fordernden Elemente der Reform, verbunden mit einem immateriellen Statusverlust, eher negativ beurteilt, d.h. die Befragten sehen durch eine strengere Zumutbarkeitsregelung keine erhöhte Chance auf einen kontinuierlichen Erwerbsverlauf.²⁷ Die gefühlte Ausgrenzung nimmt bei Personen, die Grundsicherung beziehen, erst dann ab, wenn der Leistungsbezug endet.²⁸ Die wahrgenommene Ausgrenzung hängt aber auch von der Intensität der Förderung ab: Unabhängig davon, ob sie durch die Reform gewonnen oder verloren haben, beurteilen Betroffene die neue Grundsicherung positiver, wenn sie persönlich intensiv beraten werden, d.h. nicht das Gefühl haben, «abgeschoben» zu werden. Diese Befragten – mit geringer oder mittlerer Qualifikation – bewerten den materiellen und immateriellen Statusverlust negativ, sind aber dennoch zuversichtlich, den Zugang in den Arbeitsmarkt zu finden.

- 23 Achatz, Juliane/Wenzig, Claudia (2008): Subjektive Wahrnehmung von Wohlfahrtsgewinnen und -verlusten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach Einführung des SGB II, S. 2437; In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Frankfurt a.M. u.a., S. 2436–2447.
- 24 Böhnke, Petra (2015): Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung, S. 20. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65, 10, S. 18–25.
- 25 Ullrich, Carsten G. (2008): Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster, Wiesbaden.
- 26 Achatz/Wenzig (2008), a.a.O.
- 27 Marquardsen, Kai (2008): Wie wirkt «Aktivierung» in der Arbeitsmarktpolitik? In: Dörre, Klaus (Hrsg.): Eigensinnige «Kunden». Die Auswirkung strenger Zumutbarkeit auf die Erwerbsorientierung Arbeitsloser und prekär Beschäftigter. SFB 580 Mitteilungen 26. S. 44–61.
- 28 Sthamer, Evelyn/Brülle, Jan/Opitz, Lena (2013): Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland. Soziale Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen. In: *ISS-aktuell* 19/2013.

Die mit Harz IV verbundene veränderte Teilhabelogik wird nicht nur von Arbeitslosen, sondern über alle Einkommensschichten hinweg negativ empfunden: Die subjektive Wahrnehmung der individuellen Teilhabechancen zeigt, dass sich 2012 9 Prozent der deutschen Bevölkerung aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen. Die gefühlte Ausgrenzung ist vor allem in der Gruppe der Arbeitslosen präsent.²⁹ Im Vergleich dazu tragen vor allem Normalarbeitsverhältnisse zum Gefühl gesellschaftlicher Teilhabe bei. In atypischen Beschäftigungsverhältnissen dagegen, vor allem bei Befristungen und Leiharbeit, ist die subjektive Wahrnehmung von Anschluss deutlich geringer.³⁰ Vor allem in der Mitte der Gesellschaft hat sich die Angst vor dem Abstieg stark verbreitet.³¹ Die kritische Beurteilung von Hartz IV resultiert somit vor allem aus dem «[...] – erlebten oder antizipierten – Statusverlust auf noch relativ hohem Wohlstandsniveau».³² Auf die Dunkelziffer der Personen, die aus Angst vor dem Abstieg keine Grundsicherungsleistung in Anspruch nehmen, macht die Studie von Becker aufmerksam. Sie zeigt, dass im ersten Jahr Hartz IV etwa 10 Mio. Bürger einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld gehabt hätten, da die Anzahl der tatsächlich bedürftigen Bedarfsgemeinschaften viel höher lag (um 1,2 Mio.) als die der registrierten Bedarfsgemeinschaften.³³ Demnach ist der «[...] moralische Schmerzpunkt [...] nicht erst dann erreicht, wenn ein absolutes materielles Minimum unterschritten wird, [...] [sondern] wenn die gewohnte respektable Lebensweise und die Vorstellungen einer gerechten sozialen Ordnung in Frage gestellt werden».³⁴

Fazit

In modernen Gesellschaften organisiert der etablierte Wohlfahrtsstaat die Verteilung von Wohlstand und sozialer Sicherheit, doch aufgrund von sozioökonomischen Veränderungen ist dieses Verteilungsarrangement mit seiner Teilhabelogik einem entscheidenden Wandel unterworfen. Zunehmend begründet nicht der Status als Bürgerin oder Bürger die Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat, sondern die Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die dadurch aufgeweichten Voraussetzungen

²⁹ Böhnke (2015), a.a.O.

³⁰ Gundert, Stefanie/Hohendanner, Christian (2014): Do Fixed-Term and Temporary Agency Workers Feel Socially Excluded? Labour Market Integration and Social Well-Being in Germany. In: *Acta Sociologica* 57, 2, S. 135–152.

³¹ Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht* 75, 10: 101–108.

³² Böhnke, Petra (2006): Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte, S. 119. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 97–120.

³³ Becker, Irene (2006): Armut in Deutschland. Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg.-II-Grenze. Arbeitspapier des Projekts «Soziale Gerechtigkeit» Nr. 3 (Oktober 2006), Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

³⁴ Vester, Michael (2006): Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44–45, S. 10–17.

für den Anspruch auf statussichernde Versorgungsleistungen lösen nicht nur bei denjenigen Menschen Verunsicherung und Abstiegsängste aus, die Leistungen empfangen, sondern auch in der gesellschaftlichen Mitte. Gerade eine breite Mittelschicht sorgt aber, so die Theorie des «middle-class consensus»³⁵, dafür, dass eine Gesellschaft über ausgeprägte und stabile demokratische Strukturen verfügt sowie ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum aufweist. Ein Wohlfahrtsstaat, dessen Teilhabelogik sich auf Erwerbsarbeit allein und um jeden Preis konzentriert, ohne die materiellen und immateriellen Dimensionen der Erwerbsarbeit zu berücksichtigen, muss sich die Kritik gefallen lassen, seinerseits Ausgrenzung zu verursachen und zu verstärken.

35 Easterly, William (2001): The Middle Class Consensus and Economic Development. In: *Journal of Economic Growth* 6, S. 317–335.

Eingeschränkte Teilhabe aufgrund erhöhter Erwerbsrisiken

Eine empirische Übersicht besonders gefährdeter Gruppen

Erwerbstätig zu sein ist für die Möglichkeit sozialer Teilhabe von fundamentaler Bedeutung. Für die meisten Menschen und die von ihnen abhängigen Familienmitglieder ist Erwerbsarbeit nicht nur die entscheidende Quelle materieller Existenzsicherung. Auch das Wohlbefinden, die soziale Stellung und die Lebenschancen generell hängen wesentlich davon ab, ob, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Menschen am Erwerbsleben beteiligt sind. Vor diesem Hintergrund wird Erwerbslosigkeit oftmals als kritische Phase im individuellen Lebenslauf wahrgenommen. Welchen Einfluss Erwerbslosigkeitserfahrungen auf die individuelle und familiäre Wohlfahrt haben, hängt wesentlich von deren Dauer ab. Generell gilt: Je länger die Erwerbslosigkeit andauert, desto schwieriger wird es, eine Beschäftigung zu finden, die den Lebensunterhalt sichert, und desto nachteiliger sind die potenziellen Folgewirkungen für die Betroffenen.¹

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Personengruppen, deren Teilhabechancen aufgrund von erhöhten Erwerbsrisiken eingeschränkt sind. In welchem Ausmaß dies der Fall ist, worin diese bestehen und wie sich die Erwerbsrisiken im zeitlichen Verlauf entwickeln, wird anhand ausgewählter empirischer Befunde erläutert.

Migrantinnen und Migranten

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Bevölkerungsstruktur Deutschlands durch die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern verändert. Laut Datenreport 2016 zählten im Jahr 2014 etwa 20 Prozent der in Deutschland lebenden

¹ Z.B. Bruckmeier, K./Lietzmann, T./Rothe, T./Saile, A.-T. (2015): Langer Leistungsbezug ist nicht gleich Langzeitarbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 20. Nürnberg; Kroft, Kory/Lange, Fabian/Notowidigdo, Matthew (2013): Duration Dependence and Labor Market Conditions: Evidence from a Field Experiment. *The Quarterly Journal of Economics* 128(3), S. 1123–1167.

Gesamtbevölkerung von 80,9 Millionen zu den Menschen mit Migrationshintergrund.² Davon wurden mehr als 5,5 Millionen bereits in Deutschland geboren.

Für viele Zuwanderer bedeutet der Umzug in ein anderes Land einen biographischen Bruch, insbesondere wenn Sprache des Ziellandes und die Kultur zunächst fremd sind und die erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres verwertbar sind. Wie sich die Lebensverhältnisse der Menschen mit ausländischen Wurzeln entwickeln, ist angesichts der aktuellen Zuwanderung von Schutzsuchenden nach Deutschland verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Qualität der Arbeitsmarktintegration bestimmen wesentlich die Lebensumstände der Migranten. Ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am Erwerbsleben hängen sowohl von individuellen Voraussetzungen ab wie Sprachkompetenz, Erwerbsmotivation, Qualifikationsniveau, Aufenthaltsdauer, und Kenntnis des deutschen Erwerbssystems als auch von der Staatsangehörigkeit und den rechtlichen Bestimmungen des Aufenthaltsrechts für die unterschiedlichen Herkunftsregionen. So ist der Arbeitsmarktzugang für Zuwanderer aus der EU, dem EWR und der Schweiz nicht restringiert. Für Zuwanderer aus Drittstaaten gelten hingegen Regelungen zur Vorrangprüfung und weitere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, die Hochqualifizierte und Fachkräfte in Mangelberufen gegenüber Geringqualifizierten privilegieren.³

Betrachtet man Indikatoren der sozialen Lage und die individuellen Arbeitsmarktvoraussetzungen, dann haben in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung durchschnittlich schlechtere Lebens- und Erwerbsbedingungen.⁴ Zuwanderer haben im Durchschnitt ein geringeres berufliches Qualifikationsniveau und auch in der zweiten Generation der bereits in Deutschland Geborenen ist die Beteiligung an der höheren Bildung noch etwas geringer als in der Mehrheitsbevölkerung. Zudem sind Migranten im Durchschnitt häufiger erwerbslos, und sie erzielen in der Erwerbsarbeit niedrigere Löhne. Aufgrund der Einkommenssituation und der durchschnittlich größeren Haushalte tragen sie ein höheres Armutsrisiko.

Auch wenn die Erwerbs- und Einkommenssituation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich zur einheimischen durchschnittlich schlechter ist, gibt es zwischen den Zuwanderergruppen dennoch große Unterschiede hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung. Um Zuwanderergruppen identifizieren

- 2 Die Bezeichnung umfasst Personen, «die seit 1950 nach Deutschland zugewandert sind oder in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurden oder mindestens einen Elternteil haben, der seit 1950 nach Deutschland zugewandert ist oder mindestens einen Elternteil haben, der in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurde» Statistisches Bundesamt (Destatis); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (2016) (Hrsg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 219.
- 3 Vgl. Heß, Barbara/Wälde, Marie (2016): Neue Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration. Potenziale der Migration zu Erwerbszwecken und zur humanitären Migration. Wirtschaft und Statistik. Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration, S. 83–92.
- 4 Destatis/WZB (2016), a.a.O. Kapitel 7.3 und 7.4.

zu können, deren Arbeitsmarktposition als besonders schwierig einzustufen ist, weist die folgende Tabelle drei Arbeitsmarkindikatoren – Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote und SGB-II-Hilfequote – differenziert nach ausgewählten Staatsangehörigkeitsgruppen für den Zeitpunkt Juni 2016 aus.⁵ Die Daten beruhen auf der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, in der die Staatsangehörigkeit der Personen, nicht aber der Zuwandererstatus enthalten ist. In der als Kriegs- und Krisenländer zusammengefassten Gruppe dürfte es sich mehrheitlich um geflüchtete Menschen handeln, da aus diesen Ländern besonders viele Asylersanträge gestellt wurden.⁶

Tabelle 1: Arbeitsmarktindikatoren nach ausgewählten Staatsangehörigkeitsgruppen

Insgesamt							
	Ausländer	EU-28 ⁷	EU-2 ⁸	EU-8 ⁹	EU-4 ¹⁰	Kriegs- und Krisenländer ¹¹	Balkan ¹²
Beschäftigungsquote (%)¹³							
65,6	46,0	55,5	64,3	54,6	56,8	14,6	47,6
Arbeitslosenquote (%)¹⁴							
6,9	14,7	8,9	9,3	8,7	10,1	52,0	15,4
SGB-II-Hilfequote (%)¹⁵							
9,4	18,1	12,2	18,8	11,3	13,6	37,7	17,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

- 5 Vgl. Brücker, H./Hauptmann, A./Sirries, S./Vallizadeh, E. (2016): IAB Zuwanderungsmonitor 9/2016, Nürnberg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. abzurufen unter: http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_1609.pdf
- 6 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2016b): Arbeitsmarkt in Kürze: Fluchtmigration, Nürnberg.
- 7 Mitgliedsstaaten der EU seit 1. Juli 2013.
- 8 Beitrittsstaaten der EU vom 1. Januar 2007: Bulgarien und Rumänien.
- 9 Beitrittsstaaten der EU vom 1. Mai 2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn.
- 10 Südeuropäische EU-Mitgliedsstaaten: Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.
- 11 Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.
- 12 Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien.
- 13 Anteil der sozialversicherungspflichtigen und ausschließlich geringfügig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung.
- 14 Arbeitslosenquoten bezogen auf sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte (am Wohnort) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren plus der Arbeitslosen; aufgrund der Berechnungsweise fallen die Quoten höher als Quoten zur Basis aller zivilen Erwerbspersonen, für Details siehe Brücker et al. (2016), a.a.O., S. 7.
- 15 Anteil der SGB-II-Leistungsempfänger an der jeweiligen Bevölkerung im Alter bis unter 65 Jahren.

Die nach Herkunftsregionen differenzierten Indikatoren der Erwerbsteilnahme zeigen eine klare Polarisierung zwischen Migranten aus EU-Ländern mit uneingeschränktem Arbeitsmarktzugang einerseits und Migranten aus Balkanstaaten und aus den Kriegs- und Krisenländern andererseits. Mit Ausnahme von Personen aus Bulgarien und Rumänien (EU-2) liegt die Beschäftigungsquote von Migranten aus den EU-Ländern etwa 10 Prozentpunkte unter der gesamten Beschäftigungsquote. Die Arbeitslosenquoten liegen etwa 2 bis 3 Prozent über der Gesamtquote, und die durchschnittliche SGB-II-Hilfequote wird um rund 2 bis 4 Prozentpunkte überschritten. Bei Bulgaren und Rumänen beträgt die SGB-II-Hilfequote das Doppelte der Gesamtquote, während die Beschäftigungsquote nur knapp unter dem Gesamtdurchschnitt auf dem Arbeitsmarkt liegt. In dieser Migrantengruppe erzielt ein vergleichsweise hoher Anteil der Beschäftigten allerdings nur ein Erwerbseinkommen, das unterhalb des Schwellenwerts zur Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende liegt, so dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld-II-Leistungen beziehen. Auch Zuwanderer aus den Balkanstaaten weisen eine deutlich überdurchschnittliche SGB-II-Hilfequote wie auch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf, während die Beschäftigungsquote unter dem Durchschnitt liegt. Die mit Abstand schlechteste Arbeitsmarktposition haben jedoch Zugewanderte aus den Kriegs- und Krisengebieten. Hier sind überproportional jüngere und Personen ohne Berufsabschluss vertreten. Ob diesen Migrantinnen und Migranten der Einstieg in das Erwerbsleben gelingt, wird wesentlich vom Erwerb von Sprachkompetenzen und Investitionen in ihre beruflichen Qualifikationen abhängen.

Bei dem Überblick über die Arbeitsmarktsituation der ausländischen Bevölkerung aus EU-Ländern und Drittstaaten handelt es sich um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt Juni 2016. Blickt man auf die Erwerbsbeteiligung im zeitlichen Verlauf, so zeigt sich, dass die Zugewanderten aus EU-Staaten überwiegend von der positiven Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt profitieren konnten.¹⁶ Die Arbeitslosigkeit hat sich für die meisten Gruppen reduziert, und die Erwerbschancen sind gestiegen, wenngleich teilweise eine geringere Qualität der Beschäftigungsverhältnisse festzustellen ist. Allerdings zeigen sich die Auswirkungen der Fluchtmigration auf dem Arbeitsmarkt erst nach und nach. Hier ist in den kommenden Jahren mit einer schrittweisen «Ausweitung des Arbeitsangebots und mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen von Flüchtlingen zu rechnen».¹⁷ Analysen über langfristige fiskalische Kosten der Zuwanderung anhand von Simulationsrechnungen kommen in diesem Zusammenhang zu dem Schluss, dass öffentliche Investitionen in die berufliche Qualifizierung und Integration von Geflüchteten auf mittlere und längere Sicht auch zu positive Erträgen «in Form von Steuer- und

¹⁶ Vgl. Höhne, Jutta (2016): Migrantinnen und Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Vergleich der Jahre 2005 und 2013. Wirtschaft und Statistik. Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration, S. 24–40.

¹⁷ Brücker et al. (2016), a.a.O., S. 5.

Beitragsmehreinnahmen und niedrigeren Ausgaben für die soziale Grundsicherung» führen könnten.¹⁸

Die Sichtweise der Arbeitsmarktprobleme von Migranten konzentriert sich oft auf die Darstellung ihrer nachteiligen individuellen Voraussetzungen wie unzureichende Sprachkenntnisse oder ein niedriges Qualifikationsniveau. Dabei kann auch die Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Einer neuen Studie zufolge haben insgesamt 54 Prozent der Migranten aus ihrer subjektiven Sicht Diskriminierung bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche erlebt. Dabei unterscheiden sich die betrachteten Migrantengruppen auch hinsichtlich der wahrgenommenen Diskriminierung. Während 41 Prozent der Zuwanderer aus Staaten, die bereits vor 2004 der EU angehörten, Diskriminierung wahrgenommen haben, sind dies bei den Zuwanderern aus der Türkei 58 Prozent. Von den Migranten aus arabischen und muslimischen Staaten sahen sich sogar 63 Prozent bei der Stellensuche schon einmal mit Vorbehalten konfrontiert.

Jugendliche ohne Schulabschluss

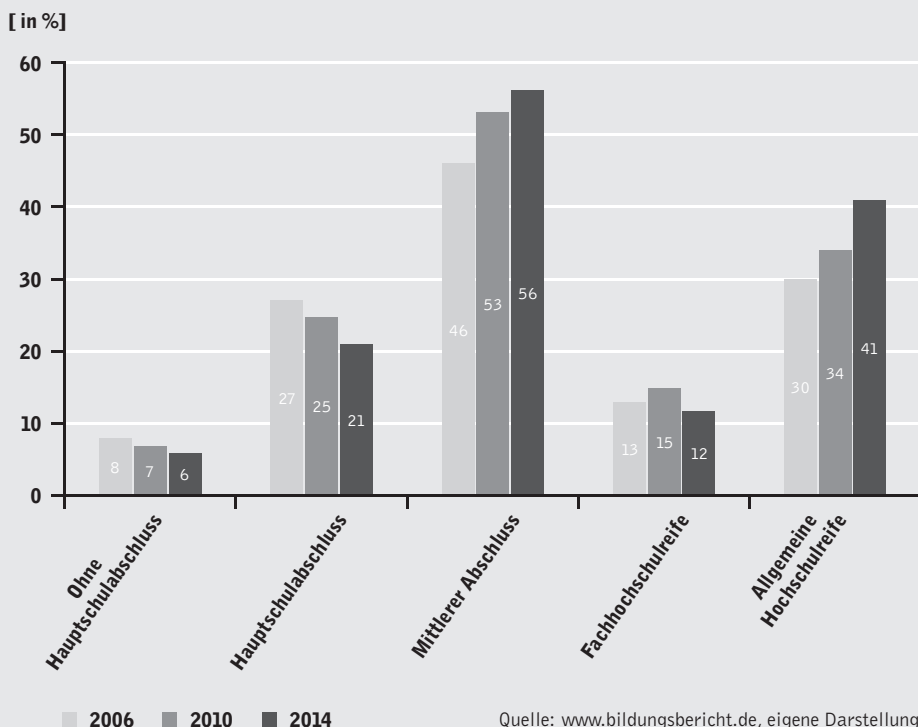
Die allgemeinbildende Schule mit einem formalen Abschluss zu beenden zählt im Jugendalter zu den entscheidenden Lebensereignissen. Das bis dahin erworbene Bildungsniveau legt fest, welche Wege in eine berufliche oder akademische Bildung offenstehen. Darüber hinaus ist der Schulabschluss auch für die weitere Erwerbsbiografie einflussreich, weil jener bei der Stellensuche oft als Hinweis auf die zu erwartende Leistungsfähigkeit und Motivation aufgefasst wird. In der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung ist unstrittig, dass eine höhere schulische Bildung die Risiken auf dem Arbeitsmarkt mindert und somit die Chancen auf soziale Teilhabe verbessert. Jugendliche ohne Schulabschluss haben zweifellos die denkbar schlechtesten Startbedingungen, um sich im Erwerbsleben etablieren und individuelle Wünsche und Vorstellungen von sozialer Teilhabe realisieren zu können.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Wissen hat in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen, was in einem weiterhin zunehmenden Trend hin zu mittleren und höheren Bildungsabschlüssen zum Ausdruck kommt. Die folgende Abbildung zeigt dies anhand der Verteilung von Abgängern aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Abschlussarten für die Jahre 2006, 2010 und 2014.

¹⁸ Bonin, Holger (2016): Gewinne der Integration. Berufliche Qualifikation und Integrations-tempo entscheiden über die langfristigen fiskalischen Kosten der Aufnahme Geflüchteter. böll. brief #1. Heinrich-Böll-Stiftung, S. 14f.

Abb. 1: Schulabsolventen nach Abschlussarten (2006–2014)

In Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung



Im abgebildeten Zeitraum der letzten 10 Jahre verlässt nur noch ein vergleichsweise kleiner Anteil von Absolventen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. Ihr Anteil ging von 8 Prozent im Jahr 2006 auf 6 Prozent im Jahr 2014 weiter zurück. Laut Bildungsbericht handelt es sich bei dieser Gruppe mehrheitlich um Absolventen von Förderschulen.¹⁹ Darüber hinaus hat jedoch auch der Hauptschulabschluss weiter an Bedeutung verloren. Der mittlere Abschluss hat sich hingegen als Standard etabliert und prägt gemeinsam mit der allgemeinen Hochschulreife in zunehmendem Maße die Bildungsstruktur der gegenwärtigen Schulabsolventen.

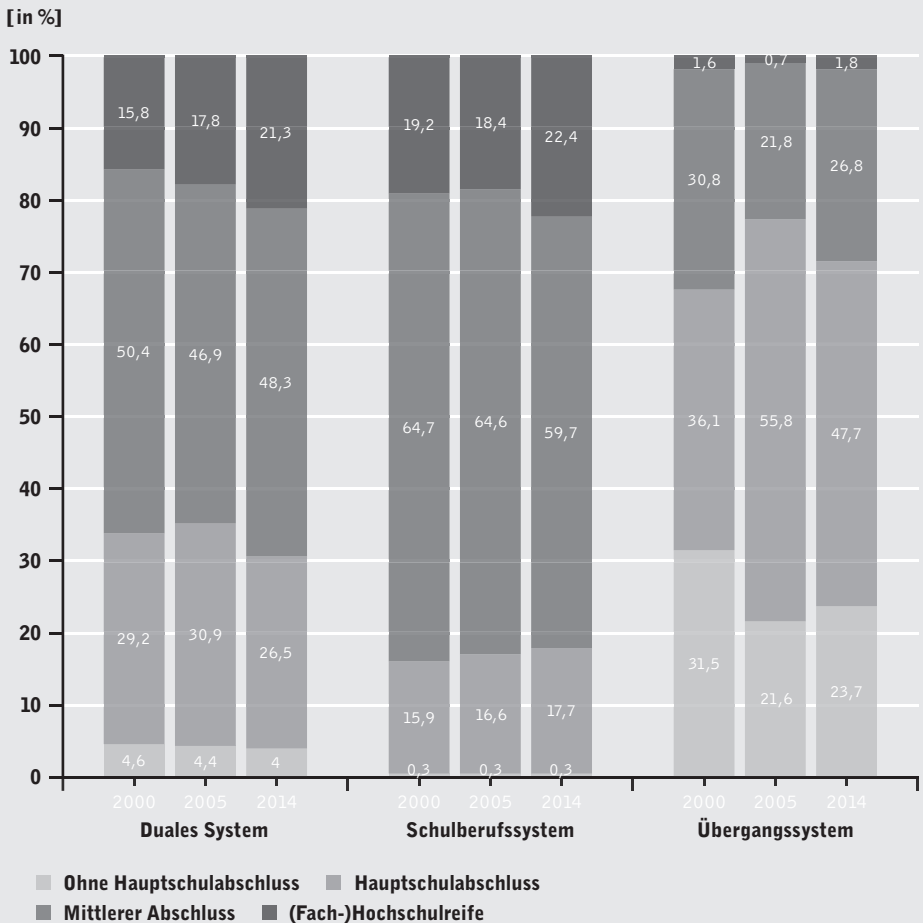
Diese Verschiebungen in der Bildungsstruktur haben für Jugendliche ohne formalen Bildungsabschluss oder für Schulentlassene mit Hauptschulbildung weitreichende Folgen. Eine in der Bildungsforschung vertretene These besagt, dass sich im Zuge der skizzierten Entwicklung auch die gesellschaftliche Stellung von jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss verändert hat.²⁰ Der Hauptschulbesuch

¹⁹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): a.a.O. S. 97

²⁰ Solga, Heike (2011): Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Rolf Becker (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie, Wiesbaden, S. 411–448.

erfährt zunehmend eine geringere soziale Akzeptanz, was zu Stigmatisierung und zur Zuschreibung von individuellen Leistungsdefiziten beitragen kann. In eine Minderheitenposition zu geraten, kann somit auch zur Marginalisierung in weiteren Lebensbereichen führen. So wird vermutet, dass höhere allgemeinbildende Schulabschlüsse (und auch Noten) als Kriterium für den Zugang zur beruflichen Bildung wichtiger geworden sind. Dies ist nur teilweise auf ein gestiegenes Anforderungsniveau von Ausbildungsberufen (beispielsweise bei Elektronikern) zurückzuführen.²¹

Abb. 2: Neuzugänge im Berufsbildungssystem nach schulischer Vorbildung (2000, 2005 und 2014)



Quelle: www.bildungsbericht.de, eigene Darstellung

21 Protsch, Paula (2013): Höhere Anforderungen in der beruflichen Erstausbildung? WSI Mitteilungen 1/2013: S. 15–22.

In der Forschung finden sich auch Belege dafür, dass Jugendliche ohne allgemeinbildenden Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss auch in Berufen mit unverändertem Anforderungsniveau oft von vornherein beim Zugang zur Ausbildung nicht in Betracht gezogen werden.²² Abbildung 2 verdeutlicht dies anhand der Verteilung der Neuzugänge in das Berufsbildungssystem für die Jahre 2000, 2005 und 2014. Sowohl die betriebliche Ausbildung im dualen System als auch eine vollzeitschulische Ausbildung im Schulberufssystem (z.B. Fachakademien) vermittelt qualifizierende Berufsabschlüsse. Dem Übergangssystem sind Ersatzinstitutionen wie schulische Bildungsgänge, teilqualifizierende Angebote und Maßnahmen von außerschulischen Trägern, die zu keinem qualifizierenden Abschluss führen, zugeordnet.

Die Abbildung belegt, dass Jugendliche ohne Schulabschluss aber auch jene mit Hauptschulbildung überproportional in Ersatzinstitutionen des Übergangssystems einmünden, die insbesondere zur Überbrückung von Wartezeiten auf die Möglichkeit zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung geschaffen wurden. Diese Bildungsgänge werden in der Berufsbildungsforschung kontrovers diskutiert, da sie für diese Jugendlichen sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich bringen. So bieten sie einerseits Möglichkeiten, Schulabschlüsse nachzuholen, Teilqualifikationen zu erwerben, die auf eine spätere Ausbildung anerkannt werden, oder sich generell auf eine Berufsausbildung vorzubereiten. Andererseits verzögern diese Angebote die Bildungsdauern. Sie können ihrerseits stigmatisierend wirken, und ein Teil der Abgänger aus dem Übergangssystem gelingt der Schritt in eine reguläre Ausbildung nicht. Empirische Befunde dazu weisen darauf hin, dass diese Jugendlichen oft an mehreren Maßnahmen teilnehmen oder aus dem Bildungssystem ausscheiden und keinen Berufsabschluss erwerben.²³ Als ungelernte Kräfte sind sie auf einfache Tätigkeiten angewiesen, die auf dem Arbeitsmarkt jedoch zunehmend weniger zur Verfügung stehen und die höchsten Arbeitslosigkeitsrisiken aufweisen.²⁴ Mit Blick auf die Perspektive einer dauerhaften Integration ins Erwerbsleben ist der Erwerbseinstieg ein besonders sensibler Zeitraum, weil Arbeitslosigkeit zu Beginn des Erwerbslebens auch die Beschäftigungschancen in den Folgejahren längerfristig mindern können.²⁵ Insgesamt kommt die Bildungsforschung zu dem Fazit, dass der Anteil der Jugendlichen ohne höheren Schulabschluss in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen ist, «ihre Arbeitsmarktrisiken sind allerdings deutlich gestiegen».²⁶

Bildungsteilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration auf dem Arbeitsmarkt und für die Teilhabe am kulturellen Leben. Der Bildungsbericht 2016 mahnt deshalb, die bildungspolitischen Bemühungen stärker auf die Gruppe der

²² Ebd.

²³ Z.B. Beicht, Ursula/Eberhard, Verena (2013): Ergebnisse empirischer Analysen zum Übergangssystem auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. Die Deutsche Schule, Jg. 105 (1).

²⁴ Vgl. Bogai, Dieter/Buch, Tanja/Seibert, Holger (2014): Kaum eine Region bietet genügend einfache Jobs. Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten. IAB-Kurzbericht 11/2014, Nürnberg.

²⁵ Schmillen, Achim/Umkehrer, Matthias (2013): The scars of youth. Effects of early-career unemployment on future unemployment experience. IAB-Discussion Paper, 06/2013. Nürnberg.

²⁶ Solga (2011), a.a.O., S. 411.

formal gering oder nicht Qualifizierten zu richten. Dies wird auch mit der hohen Zahl von Asyl- und Schutzsuchenden mit geringen Bildungsvoraussetzungen begründet, die das Bildungssystem vor große Herausforderungen stellt.

Alleinerziehende und ihre Kinder

Unter den Familien mit Kindern unter 18 Jahren befinden sich zunehmend mehr Alleinerziehende. Betrug deren Anteilswert im Jahr 2005 noch 17,6 Prozent, so waren im Jahr 2014 in Deutschland 20,3 Prozent der insgesamt 8,1 Millionen Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind Ein-Eltern-Haushalte. Zu 90 Prozent handelt es sich um Mütter, die mit ihren Kindern ohne Ehe- oder Lebenspartner im Haushalt zusammenleben. Im Unterschied zu alleinerziehenden Vätern leben bei Müttern häufiger jüngere Kinder. Bei 32 Prozent der alleinerziehenden Mütter lebten 2014 Kinder unter 6 Jahren, während dies bei nur 12 Prozent der Väter zutrifft.²⁷

Alleinerziehende leben oft unter wirtschaftlich und sozial belastenden Lebensumständen. Die Hauptverantwortung für die Versorgung und Erziehung von Kindern zu tragen und gleichzeitig den Familienunterhalt allein erwirtschaften zu müssen, erschwert die Erwerbsteilhabe und macht diese Familienform in besonderer Weise verwundbar. Dies lässt sich anhand zahlreicher empirischer Befunde belegen. So haben Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden ein «deutlich überdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko.»²⁸ Werden weitere Indikatoren wie erhebliche materielle Entbehrungen und eine sehr geringe Erwerbsbeteiligung hinzugezogen, dann sind annähernd 40 Prozent der Personen aus Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht.²⁹ Der entsprechende Wert aller Haushalte liegt bei rund 21 Prozent.

Aufgrund der oftmals schwierigen Erwerbs- und Einkommenssituation sind Alleinerziehende im Vergleich zu anderen Familienformen überproportional auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß SGB II angewiesen. Im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften liegt die SGB-II-Hilfequote³⁰ bei rund 10 Prozent.³¹ Bei Alleinerziehenden mit einem Kind beträgt die Hilfequote hingegen rund 34 Prozent und bei zwei und mehr Kindern sogar rund 48 Prozent. Zudem sind alleinerziehende Mütter länger auf Grundsicherungsleistungen angewiesen als beispielsweise Mütter in Paarhaushalten. Allerdings nehmen alleinerziehende Mütter auch häufiger und schneller wieder eine Erwerbstätigkeit auf.

²⁷ Destatis/WZB (2016), a.a.O., S. 47f.

²⁸ Ebd., S. 172. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder gewichtetes Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens beträgt. Der Median entspricht dem Wert, der die Einkommensverteilung in zwei Hälften teilt.

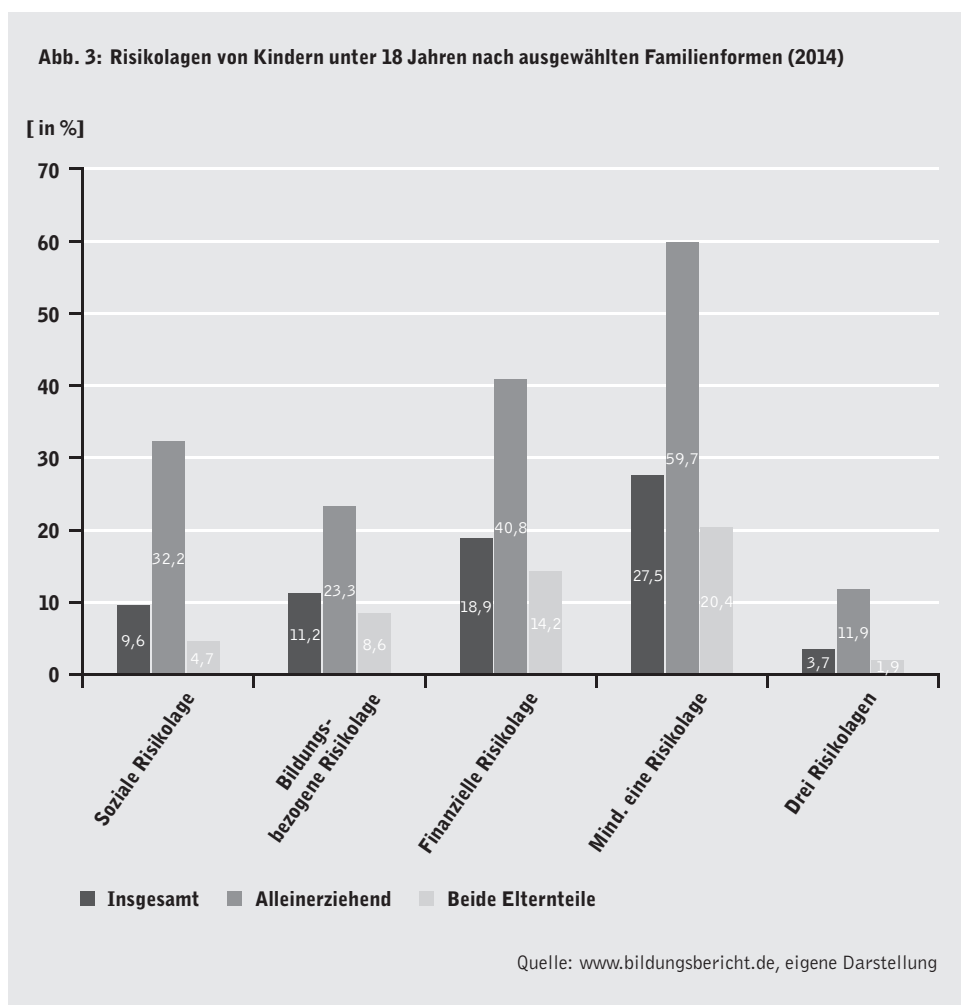
²⁹ Ebd., S. 176.

³⁰ Hilfequoten von Bedarfsgemeinschaften werden auf alle Lebensformen des entsprechenden Familientyps in der Gesamtbevölkerung bezogen.

³¹ Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2014): Analyse des Arbeitsmarktes für Alleinerziehende in Deutschland, Analytikreport, Nürnberg, S. 36.

Jedoch handelt es sich häufig um geringfügige Beschäftigung, die es nicht ermöglicht, den Leistungsbezug zu beenden.³²

Alleinerziehende Eltern sind somit überproportional von Risikolagen betroffen, die auch die Lebensumstände der Kinder aus diesen Haushalten prägen. Nachteilige Folgen für die Lebens- und Entwicklungsperspektiven der Kinder sind vor allem dann zu erwarten, wenn mehrere Risikolagen zusammenfallen. Der Bildungsbericht 2016 weist drei Risikolagen aus, die Kinder alleinerziehender Eltern verstärkt betreffen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder beeinträchtigen können. So verfügen Eltern mit höheren Bildungsressourcen meist über bessere Möglichkeiten, die Bildung ihrer Kinder zu fördern und sie in schulischen Angelegenheiten zu unterstützen.



32 Lietzmann, Torsten (2016): Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit im Bereich prekärer Einkommen, Bielefeld.

Eine formal geringe Qualifikation der Eltern (weder Berufsabschluss noch Hochschulzugangsberechtigung) wird deshalb als bildungsbezogene Risikolage eingestuft. Soziale Risikolagen werden über die fehlende Erwerbsteilnahme der Eltern identifiziert, weil dies die Zugangsmöglichkeiten zu wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen für Eltern und Kinder einschränkt. Eine finanzielle Risikolage wird über ein Familieneinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze definiert. Die Abbildung 3 vergleicht die Anteilswerte von Alleinerziehenden und von Familien mit beiden Eltern für die genannten Risikolagen wie auch für die Betroffenheit von allen drei Risikolagen.

Einschränkungen von altersspezifischen Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten von armutsgefährdeten Kindern zeigen sich beispielsweise in geringeren Bildungserfolgen im Vergleich zu Gleichaltrigen mit günstigeren Lebensumständen. Finanzielle Einschränkungen begrenzen zudem die Möglichkeiten, an Aktivitäten mit Gleichaltrigen teilzunehmen oder in Vereinen Mitglied zu werden. Verfügbare Leistungen zur Förderung von Bildung und Teilhabe orientieren sich an der Mindestsicherung und können daher bestehende Teilhaberückstände nur teilweise kompensieren.

Bei allen hier dargestellten einzelnen oder kumulierten Risikolagen übersteigen die Anteilswerte der Kinder von Alleinerziehenden die entsprechenden Werte der Kinder aus Paarhaushalten um das Zwei- bis Dreifache. Allerdings sind nicht zwangsläufig negative Folgen für die Kinder zu erwarten. Wie schwerwiegend sich diese Einschränkungen auswirken, hängt wesentlich davon ab, wie lange diese Risikolagen andauern. Alleinerziehend zu sein ist oftmals nur eine zeitlich begrenzte, zum Teil aber auch wiederholt auftretende Phase im Lebensverlauf. Empirische Befunde zeigen beispielsweise, dass fünf Jahre nach Beginn der ersten Episode des Alleinerziehens die Hälfte der alleinerziehenden Mütter wieder mit einem Partner im Haushalt lebt.³³ Auch die Forschung zu Kinderarmut belegt, dass vor allem länger andauernde Armutsepisoden die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern beeinträchtigen.

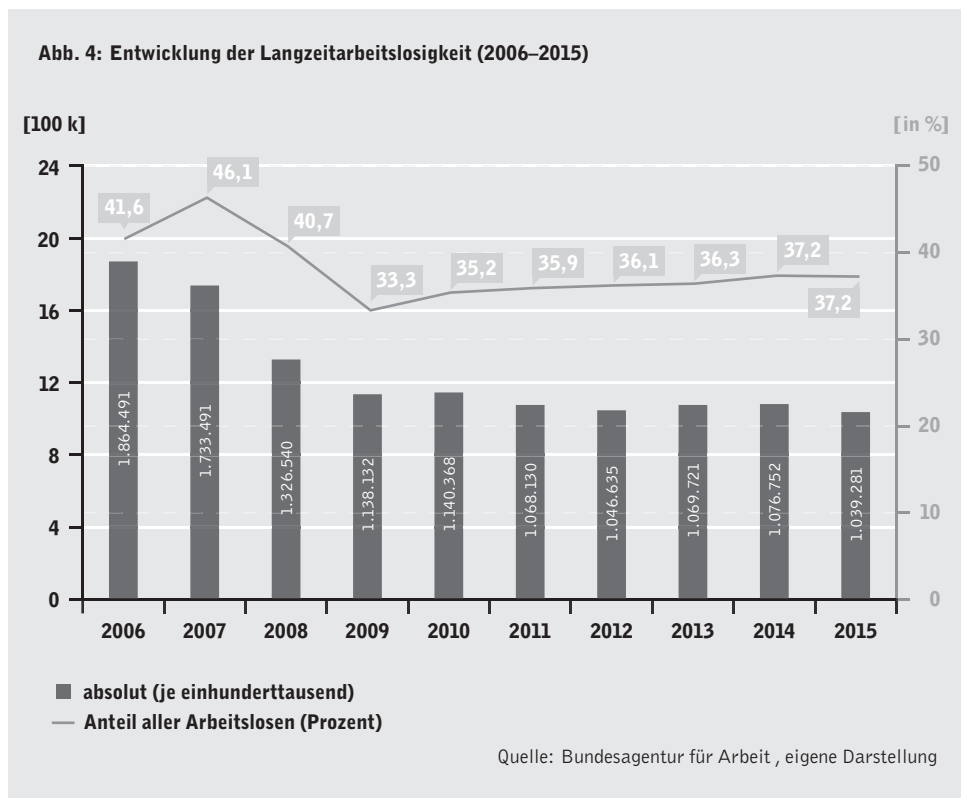
Ältere Langzeitarbeitslose

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit³⁴ ist in den letzten Jahren wieder verstärkt im Fokus der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit war zwar nach der Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose in den Jahren

³³ Peukert, Rüdiger (2012): Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden.

³⁴ Das von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesene Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit richtet sich nach den Kriterien des Sozialgesetzbuches. Als langzeitarbeitslos gelten Personen, die seit mindestens einem Jahr keine Erwerbsarbeit ausüben oder höchstens 15 Wochenstunden beschäftigt und sowohl arbeitslos gemeldet, für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind und die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung suchen, die mehr als 15 Wochenstunden beträgt. Berücksichtigt werden ausschließlich aktuelle Arbeitslosigkeitsphasen, sofern sie nicht mehr als 6 Wochen unterbrochen werden. Wiederholte Arbeitslosigkeitsphasen nach längeren Unterbrechungsdauern zählen jeweils als eigenständige Episode.

2006 bis 2010 deutlich rückläufig,³⁵ jedoch stagniert diese Entwicklung seit 2011. Die folgende Abbildung zeigt dazu die Bestandszahlen von Langzeitarbeitslosen im jeweiligen Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2015 sowie den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im zeitlichen Verlauf.³⁶



Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jahr 2005 wurden erwerbsfähige Hilfebedürftige im System der Grundsicherung für Arbeitsuchende einheitlich erfasst. Dies trug dazu bei, dass die Zahl der registrierten Langzeitarbeitslosen im Jahr 2006 mit annähernd 1,86 Millionen einen Höchststand erreichte. Bis 2010 sank die Anzahl auf annähernd 1,14 Millionen Personen. In den Folgejahren schwankten die Bestandszahlen im jeweiligen Jahresdurchschnitt zwischen annähernd 1,07 Millionen (2011) und 1,04 Millionen (2015). Bezogen auf alle Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2015 (2,79 Millionen) beträgt der Anteilswert der

³⁵ Klinger, Sabine/Rothe, Thomas (2010): Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Aufschwung und Krise. In: *Wirtschaftsdienst* 9/2010, S. 632–634.

³⁶ Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2016a): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen 2015, Nürnberg, S. 6

Langzeitarbeitslosen derzeit 37,2 Prozent. Von diesen entfallen 16 Prozent auf Personen, die zwischen 12 und 24 Monaten ohne Beschäftigung waren. Bei weiteren 8 Prozent erstreckte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit auf 24 bis unter 36 Monate, bei 5 Prozent auf 36 bis unter 48 Monate und 8 Prozent waren sogar 48 Monate und länger als arbeitslos registriert.³⁷

Dass sich der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit nicht weiter fortsetzt, hat vielfältige Gründe. So haben aufgrund der Einschnitte in der Förderung von Arbeitslosen gerade auch Personen mit einem besonders hohen Unterstützungsbedarf weniger Möglichkeiten, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass in der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit keine Personen erfasst werden, deren Arbeitslosigkeitsepisode länger als sechs Wochen unterbrochen wird, z.B. um an arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen³⁸ teilzunehmen. Kürzungen bei der Förderung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben deshalb in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass mehr Langzeitarbeitslose in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden.³⁹ Weiterhin ist zu vermuten, dass vor dem Hintergrund der stabilen Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren die Zusammensetzung der Langzeitarbeitslosen selektiver wird, weil vor allem jene Personen länger arbeitslos bleiben, deren individuelle Arbeitsmarktvoraussetzungen zum Beispiel aufgrund geringer beruflicher Qualifikation besonders ungünstig sind.⁴⁰

Abbildung 5 illustriert das Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko für zwei Alters- und Qualifikationsgruppen im Jahresdurchschnitt 2015. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist hier in drei Kategorien abgebildet: Kurzzeitarbeitslosigkeit bis unter 12 Monate, Langzeitarbeitslosigkeit von 12 bis unter 24 Monaten und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit von 24 Monaten und länger.⁴¹ Aus der Verteilung wird ersichtlich, dass 49 Prozent der älteren Arbeitslosen ab dem 55. Lebensjahr eine Arbeitslosendauer von mindestens 12 Monaten aufweisen, während der entsprechende Durchschnittswert über alle Altersgruppen rund 37 Prozent beträgt. Der Anteilswert der Älteren übersteigt damit sogar den entsprechenden Wert von Personen ohne Berufsabschluss (42 Prozent), für die eine gesicherte Teilnahme am Erwerbsleben ebenfalls ein gravierendes Problem darstellt.⁴² Arbeitsmarktprobleme für Ältere sind vor allem dann besonders schwerwiegend, wenn sich bei Personen mehrere Arbeitsmarktnachteile häufen. So ist die Arbeitsmarktbeteiligung von Älteren beispielsweise niedriger, «je älter sie sind und je geringer ihre Qualifikation ausfällt».⁴³

37 Ebd., S. 7.

38 Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind hiervon ausgenommen.

39 Hohmeyer, K./Kupka, P./Lietzmann, T./Osiander, C./Wolff, J./Zabel, C. (2015): Verringerung von Langzeitarbeitslosigkeit. IAB-Stellungnahme 1/2015, Nürnberg, S. 9.

40 Z.B. Bruckmeier et al. (2015), a.a.O.

41 Bundesagentur für Arbeit (2016a), a.a.O., S. 8f.

42 Hausner, K. H./Söhnlein, D./Weber, B./Weber, E. (2015): Bessere Chancen mit mehr Bildung. IAB-Kurzbericht 11/2015, Nürnberg.

43 Dietz, Martin/Walwei, Ulrich (2011): Germany – No Country for Old Workers? S. 363. In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 44, S. 363–376.

Bei einer vergleichsweise großen Gruppe der älteren Arbeitslosen (28 Prozent) ist von einer verfestigten Arbeitslosigkeit auszugehen, die sich bereits über einen Zeitraum von 24 Monaten oder sogar darüber hinaus erstreckt. Im Vergleich zu unter 25-Jährigen zeigt die Abbildung, dass es diesen deutlich besser gelingt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In dieser Altersgruppe sind 3 Prozent zwei Jahre und länger als arbeitslos registriert.

Im Unterschied zu Jüngeren bestehen die Arbeitsmarktprobleme von Älteren vor allem darin, eine einmal eingetretene Arbeitslosigkeit wieder zu überwinden. Die folgende Abbildung vergleicht für drei Altersgruppen zum einen die Zugangsrisiken, aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer betrieblichen Ausbildung heraus arbeitslos zu werden. Zum anderen sind für diese Gruppen die Chancen dargestellt, aus Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt bzw. eine betriebliche Ausbildung zu wechseln. Daraus geht hervor, dass ältere Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen zwar ein geringeres Risiko haben, arbeitslos zu werden. Sie haben aber auch eine deutlich geringere Chance, die Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder zu beenden, was sich letztlich in den längeren Arbeitslosigkeitsdauern widerspiegelt.

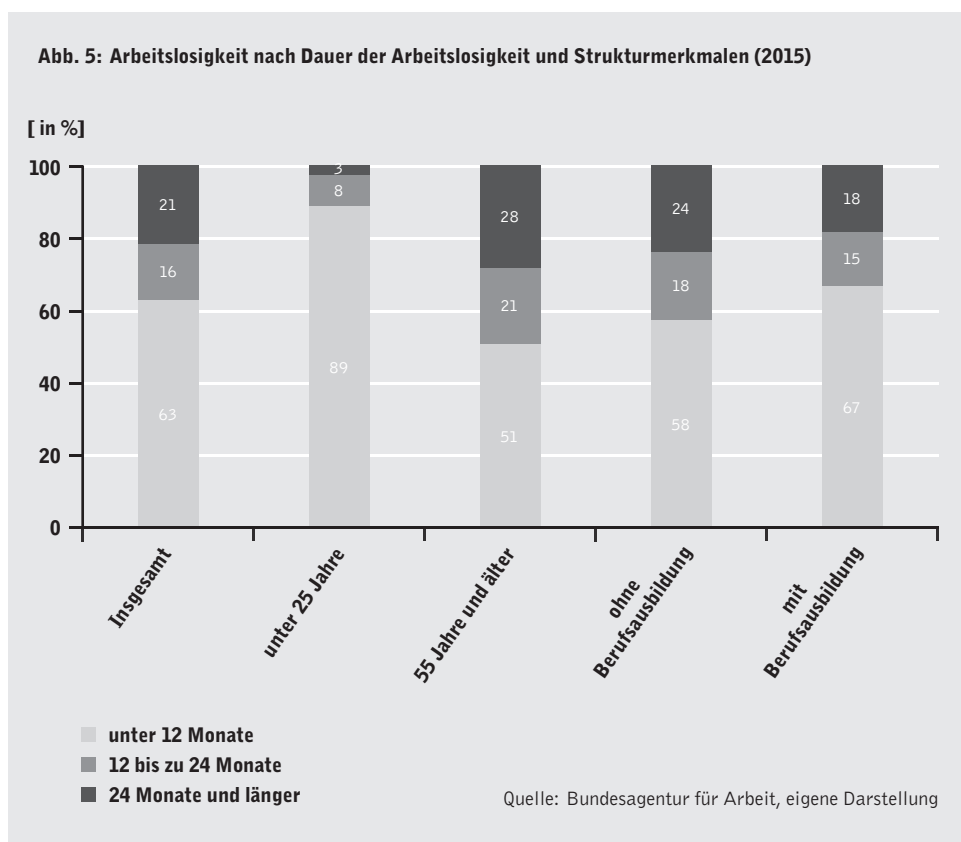
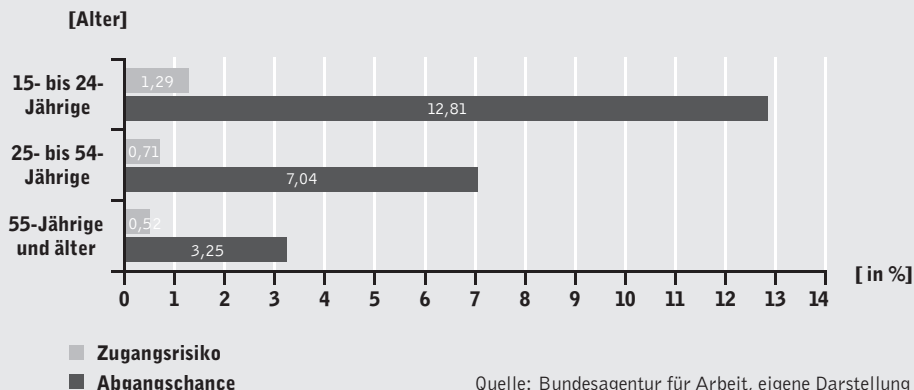


Abb. 6: Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt nach Altersgruppen (August 2015 bis Juli 2016)

Zugangsrisiken und Abgangschancen in Arbeitslosigkeit und aus Arbeitslosigkeit



Hindernisse, die älteren Arbeitslosen den Wiedereintritt in Beschäftigung erschweren, liegen sowohl auf Seiten der Personen als auch auf Seiten von potenziellen Arbeitgebern.⁴⁴ Insbesondere Langzeitarbeitslose dürften mit dem Problem konfrontiert sein, dass sie als eingeschränkt leistungsfähig wahrgenommen werden oder aufgrund ihres Alters und der bereits länger andauernden Arbeitslosigkeit nicht mehr über die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten und Kenntnisse verfügen. Gleichzeitig werden Ältere seltener als Jüngere mit arbeitsmarktpolitischen Programmen gefördert. Weiterhin können beispielsweise gesundheitliche Probleme von älteren Beschäftigten das Risiko erhöhen, arbeitslos zu werden. Psychische Belastungen durch eine länger andauernde Arbeitslosigkeit können aber auch ihrerseits dazu beitragen, dass sich im Zuge dessen der Gesundheitszustand oder die Erwerbsmotivation und dadurch auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern.

Fazit

Der kurze Überblick über erwerbsarbeitsbezogene Teilhabedefizite von besonders gefährdeten Personengruppen vermittelt einen Eindruck ihrer vielschichtigen und schwerwiegenden Problemlagen. Die betrachteten Bevölkerungsgruppen eint vor allem eine Problemkonstellation. Probleme des Zugangs oder Verbleibs im Erwerbsleben sind in Zusammenhang mit zu geringen Bildungsressourcen oder beruflicher Qualifikationen zu verstehen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Investitionen in Bildung und Qualifizierung dürfen deshalb Geringqualifizierte nicht aus dem Blick verlieren. Mit Blick auf Kinder und Jugendliche wird immer wieder

⁴⁴ Vgl. Dietz/Walwei (2011), a.a.O.

auf die präventive Wirkung von Bildung verwiesen, die bereits mit der gezielten vorschulischen Förderung von Kindern in besonderen Risikolagen beginnen sollte. Zudem ist derzeit der integrationspolitische Handlungsbedarf immens und erste Programme zur Integration von Schutzsuchenden werden bereits implementiert und erprobt. Hier stellt sich derzeit die Aufgabe des fortschreitenden Ausbaus und der gezielten Evaluation und Weiterentwicklung von Programmen, die auch Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einschließt. Für ältere Langzeitarbeitslose mit nur noch sehr geringen Arbeitsmarktchancen lassen die hier dargelegten Zahlen zweifeln, ob es angesichts der strukturellen Probleme ausreicht, Integrationschancen vorwiegend mit kurzfristig angelegten Sonderprogrammen zu fördern. Für eine nachhaltige Verbesserung ihrer sozialen Teilhabe sollten auch längerfristige Unterstützungsmaßnahmen in einem sorgfältig ausgestalteten Sozialen Arbeitsmarkt, der keine nachteiligen Wirkungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt entfaltet, in Erwägung gezogen werden. Insgesamt sprechen die skizzierten Problemlagen dafür, mehr in die Qualifikationen der Menschen zu investieren.

Mehr als Gentrifizierung und Ghetto: Die räumlichen Dimensionen von sozialer Teilhabe und Ausgrenzung

Das Spannungsverhältnis aus Teilhabe und Ausgrenzung hat auch eine räumliche Dimension – allein schon aufgrund der regional ungleichen Bedingungen des Arbeitsmarktes, der Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse, des Lohnniveaus und der sozialstaatlichen Leistungen insbesondere durch Länder und Kommunen. Über den Wohnungsmarkt werden diese Ungleichheiten widergespiegelt und verstärkt, denn über ihn wird letztlich die Verortung der Individuen im Raum bestimmt. Von dieser wiederum hängt die Ausstattung mit und die Erreichbarkeit von wesentlichen Einrichtungen der täglichen Versorgung ab. Diese territorial ungleiche Verteilung kann zum einen über Statistiken als gesellschaftlicher Zustand beschrieben werden. Sie bekommt aber eine zusätzliche Bedeutung, wenn mit der ungleichen Verteilung im Raum auch unterschiedliche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe verbunden sind.

Wenn die Verortung im Raum tatsächlich die Chancengleichheit beeinflusst, dann stellt sich die Frage, wie ein Wohnungsmarkt reguliert werden müsste, um die bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten durch die Zuweisung in bestimmte Wohnungsmarkt-Segmente abzufedern.¹ Gerade in Großstädten zeigt sich ein zunehmendes ökonomisches und kulturelles Auseinanderdriften der Quartiere, was sich in räumlichen Konzentrationen der Wohnstandorte sozialer Gruppen niederschlägt. Die Aufwertungsprozesse werden mit «Gentrifizierung» bezeichnet, für die Konzentration von einkommensschwachen Haushalten wird häufig der Ghetto-Begriff verwendet. Es steht die These im Raum, dass die ungleiche räumliche Verteilung von sozialen Gruppen eine zusätzliche Bevorzugung respektive Benachteiligung ergibt, also Effekte der jeweiligen Orte wirksam werden.

1 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim & München.

Wohnraum – Markt oder Daseins-Grundversorgung?

Gesellschaftliche Interessensgegensätze zeigen sich sehr deutlich daran, welchen Stellenwert dem Wohnraum beigemessen wird. Nach der Einschätzung der Vereinten Nationen ist Wohnen ein grundlegendes menschliches Bedürfnis: in §25, Abs. 1 ihrer Menschenrechtsdeklaration ist das Wohnen daher als Menschenrecht definiert – allerdings noch mit dem Hinweis auf «Familie». Zudem wird im Artikel 11.1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein «Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich des Rechts auf Wohnen» eingeräumt. Obwohl von der Bundesregierung am 9.10.1968 unterzeichnet und am 17.12.1973 ratifiziert, wurde das Recht auf Wohnen bis heute in der Deutschen Verfassung – im Gegensatz zu einzelnen Landes-Verfassungen – nicht verankert. Dieses Recht ist zudem nicht im Einzelfall einklagbar.

Bund, Länder und Kommunen ziehen sich im Zuge der Deregulierung und Privatisierung immer mehr aus ihrer politischen und finanziellen Verantwortung für die Wohnungspolitik zurück – zeitlich befristete Mieten und Staffelmieten mit fixen Preissteigerungen sind in den vergangenen Jahren häufiger geworden. Vor dem Hintergrund der steigenden Attraktivität von Großstädten hat sich der nationale und internationale Zuzug in diese Stadtregionen deutlich verstärkt. Der Bau von Neubauwohnungen blieb in den vergangenen Jahren entscheidend hinter der steigenden Nachfrage zurück. Vor dem Hintergrund unsicherer Kapitalmärkte wurde zudem «Betongold», also die Kapital-Anlage in Immobilienfonds, zunehmend attraktiv. In allen Großstädten führen deshalb steigende Mieten und Immobilienpreise insbesondere in innenstadtnahen Quartieren zur Verdrängung einkommensschwacher Mieter in peripherere Standorte. Das hat zur Folge, dass soziale Probleme und eine gewisse Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit in bestimmten Wohnvierteln konzentriert wurden.

Gentrifizierung – gute Gründe, schlechte Folgen

Unter Gentrifizierung versteht man die Aufwertung meist innenstadtnaher Wohngebäude durch steigende Mieten und häufig auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Sehr häufig wird zudem die Verdrängung bisheriger Mieterinnen und Mieter aufgrund der forcierten Marktprozesse als Bestandteil der Definition angesehen. Bedeutsam ist aber auch der Verlust preiswerten Wohnungsbestandes, zumal da der Anteil der Haushalte mit niedrigen Einkommen innerhalb der Großstädte steigt und die Zahl preiswerter Wohnungen sinkt.

Umstritten war in der wissenschaftlichen Debatte anfangs die Frage, ob das Angebot seitens der Wohnungswirtschaft oder die Nachfrage von gut gebildeten jungen Haushalten der Mittelklasse die treibende Kraft der Gentrifizierung war.²

2 Dangschat, Jens S. (1988): Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Nachbarschaften. In: J. Friedrichs (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 29/1988, S. 272–292.

Heute geht man eher davon aus, dass beides sich gegenseitig verstärkt. Unabhängig von der Ursachenforschung wurden diese Prozesse innerhalb der Sozialwissenschaften ursprünglich eindeutig negativ gesehen und daher kritisiert.³ Heute dagegen wird die Debatte aus kontroversen Perspektiven geführt: Die Bau- und Wohnungswirtschaft, viele Angehörige der Mittelklasse und einige Akteure in der Kommunalpolitik befürworten den Prozess als Umkehrung der Abwärtsspirale und die Rückkehr der neuen zahlungsfähigen Gruppen – und weisen dabei den Begriff «Gentrifizierung» zurück. Auf die einkommensschwachen Haushalte dagegen kommen höhere, meist nicht mehr tragbare Mietbelastungen zu, verbunden mit einem hohen Risiko der Verdrängung, oder aber es wird das Mietverhältnis aufgekündigt. Insgesamt steigen die Lebenshaltungskosten, und die sozialen Netze, das eigentliche «soziale Kapital», werden schrittweise ausgedünnt.⁴

Die unterschiedlichen Sichtweisen in der Kommunalpolitik und in kommunalen Verwaltungen ist auch durch die Zuständigkeitsebene bestimmt: Auf gesamtstädtischer Ebene überwiegt der ökonomische Vorteil durch steigende Steuereinnahmen, private Investitionen in den Wohnungsbestand sowie die Sichtbarkeit attraktiver Wohnviertel, die sich wiederum positiv auf Tourismus und Betriebsansiedlungen auswirkt. Betrachtet man hingegen die sozialstaatlichen Kosten wie Wohnbeihilfe oder sonstige Sozialtransfers und den Verlust preiswerten Wohnraumes, dann werden die Prozesse eher kritisch gesehen. Daher ist die Frage, ob Gentrifizierung gefördert oder verhindert und bekämpft werden sollte, auch in der politischen Praxis häufig umstritten.⁵ In Übersichtstabelle 1 sind die positiven und negativen Aspekte der Gentrifizierung einander gegenübergestellt.

Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass es eine gewisse Palette an Instrumenten zur Unterstützung der Aufwertungsprozesse gibt und diese auch genutzt werden, weil sich der Staat in der Rolle sieht, Marktprozesse zu unterstützen, um den eigenen Wirtschaftsstandort zu stärken. Demgegenüber existieren bislang wenige Instrumente, um diesen Prozess «einzufangen» und auf einem gewissen Niveau sozialer und funktionaler Breite zu stabilisieren. Aufgrund des hohen Rechtsgutes des Eigentums wird in die ökonomische Verwertbarkeit von Immobilien nur sehr vorsichtig eingegriffen. Gewählte «Umwege» wie beispielsweise die «soziale Erhaltungssatzung» oder die Erschwerung der Umwandlung von Miet in Eigentumswohnungen erweisen sich in der Praxis als zahnlose Tiger oder wurden gleich höchsttrichterlich wieder «einkassiert».

3 Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*, New York.

4 Atkinson, Rowland/Bridge, Gary (2005): *Gentrification in a Global Context. The new urban colonialism*, London.

5 Berndt, Matthias/Holm, Andrzej (2009): Is it, or is it not? The conceptualisation of gentrification and displacement and its political implications: the case of Prenzlauer Berg. In: *City* 13 (2/3), S. 312–324.

Tabelle 1: Einschätzung der Auswirkungen von Gentrifizierung

Einschätzung der Auswirkungen von Gentrifizierung	
positiv	negativ
Die kontinuierliche Abwärtsspirale wird gestoppt, und das Quartier wird stabilisiert.	Die Mieten steigen, was zur Verdrängung der Mieter/innen führt.
Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stabilisiert das Quartier.	Bezahlbarer Wohnraum im Quartier wird knapp und geht unwiederbringlich verloren.
Der Wert der Wohnungen steigt.	Die verdrängten Haushalte werden möglicherweise obdachlos.
Der Leerstand der Gebäude verschwindet.	Es entstehen sekundäre psychologische Folgen aufgrund der Verdrängung.
Die lokalen Steuereinnahmen steigen.	Die lokalen Nahversorger werden ausgetauscht, und die Preise der Lebenshaltungskosten steigen.
Die Kriminalitätsraten sinken.	Die Kriminalitätsraten steigen.
Das Ausmaß der sozialen Mischung nimmt (wieder) zu.	Das Ausmaß sozialer Mischung geht zurück – von einem sozial heterogenen Quartier zu einem Ghetto der Wohlhabenden.
Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung erzeugt weitere Investments, das wiederum reduziert die Suburbanisierung.	Es entstehen Vorbehalte und Konflikte zwischen den ursprünglichen Bewohnergruppen und den neu hinzugezogenen Mittelklassen.
Die sichtbare bauliche Aufwertung basiert auf öffentlichen und privaten Investitionen (gesehen als Umwegrentabilität des eingesetzten öffentlichen Kapitals).	Es entstehen nicht nachhaltige spekulative Preissteigerungen im Wohnungsmarkt.

Quelle: Eigene Darstellung

Ghetto – Orte (totaler) Ausgrenzung

Der Begriff «Ghetto»⁶ wird im Zuge gegenwärtiger Stadtentwicklung für Gebiete hoher Konzentration bestimmter sozialer Gruppen verwendet – im Zusammenhang mit wohlhabenden Gruppen als «Reichen-Ghetto» oder als «gated community». Es überwiegt jedoch der Blick auf einkommensschwache – «Armen-Ghetto» – und migrantische Gruppen – «Ausländer-Ghetto». Im Gegensatz zur Gentrifizierung werden diese Konzentrations-Phänomene durchgängig negativ gesehen. Die Konzentration wohlhabender Gruppen dagegen wird lediglich von der kritischen Sozialwissenschaft thematisiert – der Rest sieht darin etwas «Normales», das es immer

⁶ Ich halte ihn für die Bedingungen in Westeuropa als ungeeignet, da komplette Abschottungen hier nicht vorkommen.

gegeben habe. Entsprechend macht die Stadtplanung einen Bogen um diese Quartiere, wenn es darum geht, schwierige Standortentscheidungen zu treffen wie etwa störende Infrastruktur, aber auch Unterkünfte von Geflüchteten und Asylsuchenden.

Diese Muster der sozialräumlichen Ausdifferenzierung in bundesdeutschen Städten sind zum einen auf die ökonomische Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaften und zum anderen auf einen veränderten Wohnungsmarkt zurückzuführen. Letzterer wird zunehmend unter Aspekten des Tauschwertes, weniger unter denen des Gebrauchswertes gesehen. Diese Entwicklung wird durch politische Regulierungen eher unterstützt als eingegrenzt: Die Gemeinnützigkeit von Wohnungsbau-Gesellschaften wurde im Jahr 1990 abgeschafft, die Mietgesetze wurden «marktgerechter» gestaltet, oftmals wurde der Bestand kommunaler Wohnungen verkauft. Auch die vor kurzem eingeführte Mietpreis-Bremse, von der Regierungskoalition im Vorwege als großer Erfolg gefeiert, scheint im aktuellen Anbieter-Markt in der Regel unterlaufen zu werden. Zudem ist die Bindungsfrist bei einer staatlich geförderten Sanierung sehr kurz⁷, was insbesondere in innenstadtnahen Lagen die Gentrifizierung unterstützt und zudem «windfall profits»⁸ für andere Eigentümerinnen und Eigentümer erzeugt.

Räumlichen Konzentrationen, bei denen sich die Muster von Armut und bestimmten Migrantengruppen überlagern, sind also die Folge von Prozessen des Wohnungsmarktes und der kommunalen Wohnungspolitik. Die daraus folgenden Konzentrationen armer Haushalte in bestimmten Wohnquartieren ist politischen Äußerungen zufolge dennoch unerwünscht: Es werden negative Einflüsse auf die Sozialisation von Jugendlichen – Kriminalität, geringe Leistungsbereitschaft und Zuverlässigkeit – sowie eine verfestigte Abhängigkeit von sozialstaatlichen Transfers befürchtet. Gleiches gilt für hohe Konzentrationen von migrantischen Haushalten: Hier überlagern sich die Muster von Armut und Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Migrationsgeschichte, gleichzeitig bedienen sie auch den Wunsch, sich in ethnisch und national definierte Communities zurückzuziehen. Dadurch drohe angeblich das Entstehen und die Verfestigung von «Parallelgesellschaften», die ihrerseits die Integration in die Aufnahmegesellschaft erschwerten.

7 In Österreich gibt es keine zeitlich befristete Bindung. Hier gilt: Einmal gefördert – immer gefördert.

8 Damit sind ökonomische Vorteile für diejenigen Eigentümer und Investoren gemeint, die keine öffentlichen Förderungen in Anspruch nehmen und daher keine Auflagen für die Vermarktung ihrer Wohnungen bekommen, aber von der staatlich (mit-)finanzierten Aufwertung des Quartiers profitieren.

Segregation und Ortseffekte

Beim Blick auf diese als «soziale Brennpunkte» bezeichneten Gebiete überwiegt also die Sichtweise auf das Defizit der Bewohnerinnen und Bewohner. Mit dem Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt»⁹ werden deshalb investive und prozessbezogene Mittel bereitgestellt, zumindest um ein weiteres soziales und ökonomisches «downgrading» zu verhindern. De facto können in Westeuropa jedoch empirisch kaum negative Effekte dafür ermittelt werden, dass die räumliche Konzentration von Nicht-Deutschen oder Haushalten, die Sozialtransfers empfangen, die Integration in die Gesamtgesellschaft verhindere. Erfolge dabei sind eher auf Persönlichkeitsmerkmale¹⁰ zurückzuführen sowie auf institutionelle Netzwerke, die lokale politische Kultur, das soziale Klima sowie die Deutungs- und Sinnstrukturen und die Handlungsziele der Menschen vor Ort.¹¹ Was jedoch tatsächlich und potenziell negative Ortseffekte angeht, so sind sie in der Wissenschaft umstritten und wurden bislang nicht in der erforderlichen gesamten empirischen Breite untersucht, die in der Übersicht 2 auf der folgenden Seite dargestellt ist.

Wenn's eng wird: Rückzug mit Gleichgesinnten

Die sozioökonomische Spaltung in Großstädten führt zu deutlichen Unterschieden der Mietzahlungsbereitschaft und Kaufkraft, zudem hat die Nachfrage nach innenstadtnahen Wohnstandorten zugenommen. Die Gründe dafür liegen in der demografischen Entwicklung und einem gestiegenen Bildungsniveau ebenso wie in der Verlängerung der Postadoleszenz und veränderten «gender roles». Quartiere, in denen die Nahversorgung und die gastronomische Dichte deutlich besser ist, wo sich die Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen lassen und man daher nicht (mehr) auf ein eigenes Auto angewiesen ist, wurden innerhalb der letzten 20 Jahre deutlich attraktiver.

So lange diese Quartiere durch alteingesessene Autochthone, in den 1970er und 1980er Jahren zugezogene Gastarbeiter und deren Familien, durch Studierende und links-alternative Jung-Erwachsene gekennzeichnet sind, scheint für viele, die dort wohnen, alles in Ordnung zu sein. Von den zuletzt gekommenen, den «Pionieren»,

- 9 Mit diesen Strategien wird angestrebt, das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken, das (Aus-)Bildungs-Niveau zu verbessern, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Qualität der Infrastrukturen, insbesondere Schulen und Kindergärten, und des öffentlichen Raums zu verbessern.
- 10 Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen (2009): Internal heterogeneity of a deprived urban area and its impact on residents' perception of deviance. In: Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Galster, George G. (Hg.): Quantifying neighbourhood effects. Frontiers and perspectives, London/New York, S. 124–151.
- 11 Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption; dies. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München, S. 17–75.

Tabelle 2: Dimensionen und Messgrößen von Ortseffekten

Dimension	Indikatoren
Lage und Erreichbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Lage im städtischen Kontext (Zentralität) ■ Städtebauliche Typologie ■ Erreichbarkeit (mit ÖPNV, zu Fuß)
Soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anteil von Ausländerinnen und Ausländern* ■ Anteil an Personen mit Migrationshintergrund* ■ Soziale Schicht/soziale Lage ■ Diversitätsindex Nationalität/Ethnie ■ Diversitätsindex nach Migrationshintergrund ■ Diversitätsindex nach Schicht/Lage
Ausstattung «hard infrastructure» (Wohnen, Infrastruktur)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausstattung Wohnbau (Qualität, Preisgefüge, Eigentum) ■ Ausstattung Infrastruktur (privat: Versorgung für täglichen und mittelfristigen Bedarf, Dienstleistungen) ■ Ausstattung Infrastruktur (öffentlich)
Soziale Beziehungen «soft infrastructure»	<ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale Netzwerke (des-/integrationsfördernd) ■ Politische Kultur ■ Institutionelles Setting (Einrichtungen, deren Zielsetzungen Integration/Desintegration unterstützen)
Öffentlicher Raum	<ul style="list-style-type: none"> ■ Nutzung des öffentlichen Raumes
Image, Symbolwirkung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einschätzung des Quartiers in der Binnensicht aufgrund der Wohnbevölkerung ■ Einschätzung des Quartiers in der Binnensicht aufgrund der Wohnbau- und Infrastruktur ■ Einschätzung des Quartiers in der Außensicht aufgrund der Wohnbevölkerung ■ Einschätzung des Quartiers in der Außensicht aufgrund der Wohnbau- und Infrastruktur

* Diese Maße sind sicherlich aus soziologischer Sicht unzureichend, weil sie für integrationsrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen nicht einheitlich sind; sie sollten zumindest hinsichtlich des formalen Bildungsniveaus kontrolliert werden.

Quelle: Eigene Darstellung

wird dabei jedoch häufig übersehen, dass ein Großteil der Infrastruktur bereits in ihrem Interesse verändert wurde und eben nicht mehr dem der Alteingesessenen entspricht, während die migrantische Ökonomie überwiegend als Bereicherung empfunden wird. Dass dabei bereits soziale Gruppen ohne große Lobby, oftmals ebenfalls migrantische, verdrängt werden, wird meist übersehen oder billigend in Kauf genommen. Erst dann, wenn andere Lebensstil- und Einkommens-Gruppen, wahlweise als Yuppies, Bobos oder Hipster bezeichnet, sich ihren Platz nehmen und sich eine ökonomische Aufwertung abzeichnet, wird der Begriff «Gentrifizierung»

12 Quelle: Dangschat, Jens S. (2014a): Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum, S. 125. In: Berger, P.A./Keller, C./Klärner, A./Neef, R. (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten, Wiesbaden, S. 117–132.

erstmalig genutzt, um den Widerstand gegen eine weitere ökonomische Aufwertung zu formulieren. Dann wird das «Recht auf Stadt» im Namen der Opfer der Verdrängung eingefordert.

Die ambivalente Rolle der «Pioniere» ist in der Debatte durchaus bekannt: Die Summe nachvollziehbarer Entscheidungen junger, gut gebildeter Haushalte führt auf Quartiersebene zu meist unerwünschten Mengeneffekten.¹³ Gerade in diesen Stadtteilen liegt jedoch der Anteil der Wähler der Bündnis 90/Die Grünen und linker Gruppierungen meist deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Es sind also Menschen, die sich politisch progressiv definieren, die in «angentifizierten» Gebieten leben und sie lieben. Erst wenn diese Prozesse über ihre eigenen Interessen und/oder ihre Zahlungsbereitschaft hinausgehen, werden sie kritisiert.

Zudem entwickeln sich auch in dieser Bevölkerungsgruppe zunehmend neue Formen des Rückzuges in Baugruppen und andere Formen gemeinschaftlichen Wohnens und Arbeitens, die mit deutlichen Ambivalenzen verbunden sind. Zum einen sind selbstverwaltete und selbstverantwortete Lebens- und Arbeitsformen wünschenswert, zum anderen stellen sie aber einen Rückzug in wenig vielfältige Werte-Gemeinschaften dar. Denn trotz aller möglicher soziodemografischer und sozioökonomischer Vielfalt sowie unterschiedlicher Berufe sind diese Gemeinschaften sehr stark von einheitlichen Werten hinsichtlich der «gender roles», der Art der Kindererziehung, der Ernährung und/oder der parteipolitischen Ausrichtung geprägt. Auch diese «cultural gated communities» sind Rückzugsorte aus einer ausdifferenzierten Stadtgesellschaft, die zumindest sicherstellen, dass die Nachbarn ähnlich ticken wie man selbst, dass es keine Probleme gibt, wenn die eigenen Kinder mit denen in der Nachbarschaft spielen etc. Das zeigt, dass auch «aufgeklärte» Mittelschichten ihre gesellschaftlichen Trenn- und Ausgrenzungslinien haben, die im öffentlichen Diskurs jedoch hinter der Frage der Offenheit gegenüber der Zuwanderung «versteckt» werden.¹⁴

Stadt für alle ermöglichen

Will man das zunehmende Auseinanderdriften ganzer Stadtteile in deutschen Großstädten eindämmen und abbauen, sind eine Reihe politischer Weichenstellungen notwendig. Sie reichen weit über stadtplanerische Entscheidungen hinaus und setzen ein Abrücken von der «schwarzen Null» im Bundesetat zwingend voraus. Die Produktion von Armut und sozialer Ausgrenzung lässt sich nur durch entsprechende Eingriffe in die Lohn- und Gehaltsstrukturen verhindern und setzt eine stärkere Einbindung der Arbeitgeberseite in die Finanzierung des Wohlfahrtssystems sowie

¹³ Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. (1996): Die Akteure der Gentrifizierung und ihre «Karrieren». In: Friedrichs, Jürgen/Kecskes, Robert (Hrsg.): Gentrification. Theorien und Forschungsergebnisse, Opladen, S. 95–129

¹⁴ Dangschat, Jens S. (2015): Gesellschaftliche Vielfalt – Heraus- oder Überforderung der Raumplanung? In: Dangschat, J.S./Getzner, M./Haslinger, M./Zech, S. (Hg.): Raumplanung – Jahrbuch des Departments für Raumplanung der TU Wien 2015, Wien/Graz, S. 15–38.

eine steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden und kinderreichen Haushalten voraus.

Städte müssen zudem in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen bessergestellt werden – in der Vergangenheit wurden zu viele Aufgaben ohne entsprechende Gegenfinanzierung auf die kommunale Ebene verlagert. Außerdem gibt es – im Gegensatz zum Ausgleich zwischen Nationalstaaten innerhalb der EU oder zwischen Bundesländern – bislang keinen finanziellen Ausgleich auf kommunaler Ebene. Dieser kann auch auf Basis von «*in kind*-Leistungen» oder im Rahmen des Anreizes von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (Vereine, religiöse Gemeinschaften, Unternehmen) geschehen. Die so gewachsenen finanziellen Spielräume sollten dann entsprechend der folgenden Ziele gesellschaftlicher Kohäsion eingesetzt werden:

- Keine resp. die Rücknahme der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, insbesondere des Wohnungsbestandes.
- Verbesserung der Lern- und Bildungsinfrastruktur gerade in den «problematischen» Quartieren.
- Kurzfristig ist der Zeitraum der Mietpreis-Bindungen zu verlängern und mittelfristig die zeitliche Begrenzung abzuschaffen («Österreich-Modell»).
- Das Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt» sollte unter Stärkung der prozessbezogenen Förderung des «empowerment» weiter ausgebaut werden. Diese Mittel sollten jedoch nicht als konsumtive Ausgaben, sondern als ein Investment in die gesamtstädtische Kohäsion angesehen werden.
- Bei den prozessbezogenen Aufwendungen sollte nicht nur «mehr vom Gleichen» gemacht werden, sondern es sollten Innovations-Anreize gesetzt, längere Finanzierungsrahmen möglich gemacht und die Arbeit in «integration labs» forciert werden.
- Die Evaluations-Kriterien für die sogenannten «sozialen Brennpunkte» müssen überprüft werden. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass diese Quartiere und Wohnungsmarkt-Segmente eine gesamtstädtische Funktion des Ankommens und Unterstützens bei ersten Integrationsschritten haben. Deshalb kann eine statistisch gemessene Stabilität also auch ein Fortschritt sein, wenn sich vor Ort stabile und integrative Netzwerke entwickeln oder aber Haushalte fortziehen, die auf den unterstützenden Kontext nicht mehr angewiesen sind, aber Haushalte neu hinzukommen, die gerade diesen benötigen.

TEIL III

Teilhabe! Bewährte Strategien und neue Begrifflichkeiten

Die ersten beiden Teile dieses Grünbuchs haben analysiert, welche gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland soziale Teilhabe bedrohen und für wen aus diesen latenten Bedrohungen reale Exklusionsrisiken erwachsen. Im abschließenden Kapitel liegt der Fokus nun auf gelingender Teilhabe. Immerhin sind gut 80 Prozent der Bevölkerung zwar möglicherweise verunsichert, aber sie befinden sich eben (noch) nicht in der zuvor beschriebenen «Zone der Verwundbarkeit». Woran liegt das? Welche Faktoren und Fähigkeiten sind entscheidend für soziale Inklusion – und welche Erkenntnisse lassen sich daraus ableiten um Teilhabe für alle zu verwirklichen?

Zur Beantwortung dieser Fragen identifiziert *Silke Kohrs* soziale Konstellationen, die vor Exklusionsrisiken schützen. Gestützt auf aktuelle empirische Erhebungen weist sie unter anderem nach, dass Paarhaushalte, ob mit oder ohne Kinder, ihren sozialen Status besser erhalten können als Alleinlebende und dass diejenigen mit den höchsten Bildungsabschlüssen auch die größte Wahrscheinlichkeit haben, sozial aufzusteigen. Wichtig ist allerdings, dass keiner der von ihr beleuchteten Faktoren allein als Garant umfassender sozialer Teilhabe anzusehen ist. Vielmehr, so Kohrs, handelt es sich um bestimmte vor allem in der Mittel- und Oberschicht anzutreffende Bedingungsgefüge, die gesellschaftliche Teilhabe begünstigen.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte über solche Bedingungsgefüge wird seit längerem auffällig oft der Begriff «Resilienz» verwendet. Seine Bedeutung bleibt dabei vage. Mal meint er persönliche Charaktereigenschaften, mal beschreibt er Lebensstile und dann auch wieder gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die jeweils dazu beitragen können, soziale Inklusion auch unter widrigen Umständen zu befördern. Eine Unschärfe, die, so *Hans-Jürgen Arlt*, den Begriff für Diskussionen um soziale Teilhabe untauglich macht. Selbst da, wo es um persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen geht, die teilhabefördernd wirken, so seine Kritik, löse das «Resilienzpostulat das Spannungsverhältnis von Sozialität und Individualität einseitig auf». Da Teilhabeansprüche immer nur in der Auseinandersetzung mit anderen verwirklicht werden können, plädiert er dafür, sich stattdessen um die Konfliktkompetenz von Personen zu kümmern.

Damit solche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Teilhabe überhaupt unter fairen Bedingungen stattfinden können, braucht es vor allem öffentliche Institutionen und Orte, die tatsächlich allen Zugang bieten. Wodurch das Profil gemeinsamer öffentlicher Güter in Bezug auf Teilhabe geschärft werden kann und wie sich Politik dabei positionieren sollte, wird abschließend im Ausblick thematisiert. Er skizziert die zukünftig zentralen Handlungsfelder, die sich aus der kritischen Bestandsaufnahme dieses Grünbuchs für teilhabeorientierte Sozialpolitik ergeben.

Inklusion und die Frage «Wer bleibt drin?»

Seit mehreren Jahren zeigen sich in Deutschland Krisenmomente von Erwerbsarbeit, die sich weniger in einem Anstieg absoluter Arbeitslosenzahlen oder einer Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage niederschlagen. Vielmehr werden sie an einem zunehmenden Bedarf an flexibleren Beschäftigungsformen und durch steigende Arbeitsanforderungen deutlich. Diese gehen nicht selten mit finanziellen, sozialen und qualifikatorischen Risiken einher und betreffen unterschiedliche soziale Gruppierungen. Hierzu zählen in den letzten Jahren auch solche, die lange Zeit als relativ geschützt galten, beispielsweise junge Akademikerinnen und Akademiker, aber ebenso Gruppen, die in der Vergangenheit bereits Gefährdungen ausgesetzt waren.

Folgen dieser Krisenmomente sind, wie in den vorangegangenen Beiträgen ausführlich analysiert, unter anderem, dass trotz gestiegener Erwerbsquoten die Armutsgefährdung nicht gesenkt werden konnte,¹ dass die Polarisierung von Einkommen und Vermögen weiterhin zunimmt² und dass Prekarität – hier in Form von atypischer Beschäftigung – ein Schichtgrenzen überschreitendes Phänomen ist. Neben diesen «objektiven» Faktoren zur Beschreibung der sozialen Lage wurden in den letzten Jahren verstärkt subjektive Haltungen thematisiert. Auch hier zeigt sich, dass beispielsweise Verunsicherung nicht mehr nur Bezieher von Niedrigeinkommen betrifft, sondern auch Teile der Mittelschicht erreicht hat, zum Beispiel wenn es um Statusstabilität und Lebensplanung geht.³

Im Folgenden wird skizziert, welchen Personen bzw. welchen sozialen Gruppen es trotz dieser Prozesse des sozialen Wandels weiterhin gelingt, ihren sozialen Status zu halten oder gar zu verbessern, wem also in diesem Sinne weiterhin gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Grundsätzlich kann sich die Frage nach

- 1 Vgl. den Beitrag von Aysel Yollu-Tok in diesem Band mit aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 2016.
- 2 Vgl. Grabka, Markus M. (2014): Ungleichheit in Deutschland – Langfristige Trends, Wendepunkte, in: *Sozialer Fortschritt* 12/2014, S. 301–307; sowie Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: *DIW-Wochenbericht* 77 (24), S. 2–8.
- 3 Vgl. u.a. Burzan, Nicole/Kohrs, Silke/Küstters, Ivonne (2014): Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet? Weinheim/Basel; sowie Schimank, Uwe/Mau, Steffen/Groh-Samberg, Olaf (2014): Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten, Weinheim/Basel.

dem Maß gesellschaftlicher Teilhabe beziehungsweise Inklusion auf verschiedene Dimensionen beziehen: auf den Zugang zu finanziellen und materiellen Ressourcen ebenso wie auf Bildung, Gesundheit, Mobilität oder soziale Netzwerke. Neben soziodemografischen Merkmalen wie Geschlecht oder Wohnregion lassen sich auch subjektive Haltungen wie Sicherheitsempfinden zum Maßstab nehmen. Diese verschiedenen Dimensionen von Teilhabe können nicht nur isoliert «betroffen» sein, sondern beeinflussen sich auch wechselseitig (z.B. haben Personen ein umso höheres Einkommen, je höher der erreichte Bildungsabschluss ist).⁴ In einem oder auch mehreren dieser «Teilbereiche» schlechter gestellt zu sein als andere bedeutet aber nicht per se, exkludiert zu sein. Genauso wenig bedeutet eine atypische Beschäftigung zwangsläufig, akut von einem sozialen Abstieg bedroht zu sein. In diesem Sinne wird im vorliegenden Beitrag das Konzept von Inklusion bzw. Teilhabe einerseits nicht als Einbezug in die Gesellschaft verstanden, sondern bezieht sich auf die *einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche*, und andererseits *nicht kategorial* voneinander abgegrenzt. Vielmehr wird gezeigt, dass es sich in den einzelnen Teilbereichen um graduelle Abstufungen handelt, die letztendlich die Wahrscheinlichkeit einer sozialen Teilhabe erhöhen oder reduzieren.

Vorteilhafte Konstellationen – ausgewählte empirische Ergebnisse

Welche Faktoren bestimmen darüber, ob jemand besser oder schlechter in der jeweiligen Gesellschaft integriert ist? Welche Gruppierungen leben trotz der skizzierten Prozesse des sozialen Wandels in Deutschland in Bezug auf ihre soziale Lage relativ stabil oder profitieren sogar von einem sozialen Aufstieg? Hierzu werden im Folgenden einige empirische Befunde angeführt die potenziell eine *gute Ausgangslage* für gesicherte soziale Teilhabe bieten.

Einkommen

■ **Zugehörigkeit zur Mittel- bzw. Oberschicht.** Zur Berechnung der Einkommensverteilung wird üblicherweise das äquivalenzgewichtete⁵ Nettoeinkommen des Vorjahres herangezogen. Eine häufig verwendete Berechnung zählt Personen mit einem Einkommen bis 70 Prozent des Medianeinkommens zur Unterschicht, zwischen 70 bis 150 Prozent zur Mittelschicht⁶ und über 150 Prozent zur Oberschicht. Daneben wird mitunter zusätzlich zwischen unterer, mittlerer

4 Vgl. Wößmann, Ludger (2015): Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bildung. In: Dossier Zukunft Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar unter: www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/162825/einkommen-nach-bildungsabschluss.

5 Durch eine Gewichtung der Einkommen werden diese an die Größe des Haushalts angepasst, so dass die jeweiligen Einkommen unabhängig von der Haushaltsgröße miteinander vergleichbar sind.

6 Berechnungsbeispiel: Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahr 2012 beträgt das bedarfsgewichtete Medianeinkommen (Vorjahreseinkommen) 1638 Euro netto pro Monat, das heißt ein Alleinlebender gehörte im Jahr 2011 zur Mittelschicht (70 bis 150 Prozent), wenn er über ein Nettoeinkommen zwischen 1147 und 2457 Euro im Monat verfügte.

und oberer Mittelschicht differenziert.⁷ Entgegen vieler Medienberichten, aber auch einiger Forschungsdiagnosen über die «schrumpfende Mittelschicht»⁸ und deren verstärkte Abstiegssorgen, diagnostizieren jüngere Einschätzungen zumindest der mittleren und höheren Mittelschicht auch längerfristig eine gute wirtschaftliche Situation.⁹

■ **Einkommensanstieg in der höchsten Einkommensgruppe.** Das durchschnittlich real verfügbare Haushaltseinkommen im Zeitverlauf zeigt zunächst ein positives Bild: Es ist im Zeitraum von 2000 bis 2012 insgesamt um fünf Prozent¹⁰ gestiegen. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensgruppen. Eingeteilt in Dezile¹¹ ist die höchste Einkommensgruppe diejenige, bei der ein Anstieg zu verzeichnen ist: Die obersten 10 Prozent der Erwerbstätigen hatten demnach in dem Zeitraum Einkommenszuwächse von über 15 Prozent.¹² Selbst bezogen auf den Zeitraum 1984 bis 2012¹³, in dem die Einkommenszuwächse insgesamt *zurückgegangen sind*, bildet die Gruppe der Personen mit hohem und sehr hohem Einkommen eine Ausnahme: deren Anteil an Einkommensanstiegen blieb relativ konstant.¹⁴ Die *mittleren* Einkommensgruppen dagegen hatten im gleichen Zeitraum insgesamt keine Einkommensanstiege. Allerdings konnte anders als in den unteren Einkommensgruppen, auch keine Reduzierung der Einkommen festgestellt werden.¹⁵ Auch hier zeigt

- 7 Schäfer, Holger/Schmidt, Jörg/Schröder, Christoph (2013): Lohn- und Einkommensmobilität in Deutschland. Ursachen, Interdependenzen und empirische Befunde. In: *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln* 40. Jahrgang, Heft 1; Niehues, Judith (2014): Die Mittelschicht – stabiler als gedacht. In: *APuZ* 49/2014, S. 10–17; Lengfeld, Holger/Ordemann, Jessica (2016): Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited. Eine Längsschnittanalyse 1984–2014, in: *SOEP-papers* 862, Berlin.
- 8 Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht* 75, S. 101–108; Goebel et al. (2010), a.a.O.
- 9 Niehues (2014), a.a.O., S. 17; Arndt, Christian (2012): Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland? Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- 10 Basis auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).
- 11 Die Berechnung erfolgte in Dezilen, das heißt es wurden zehn gleich große Gruppen, sortiert nach der Höhe des Einkommens, verglichen; das unterste (oberste) Dezil gibt die Einkommenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an und die Aussagen beziehen sich auf die durchschnittlichen Veränderungen der zehn Einkommensgruppen, vgl. Goebel et al. (2015), S. 577f.
- 12 Goebel, Jan/Grabka, Markus M./Schröder, Carsten (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – Junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, S. 577f. In: *DIW Wochenbericht* 82 (25), S. 571–587.
- 13 Basis: Sozio-oekonomisches Panel v29, 1984–2012, balancierte 5-Jahres-Panel, gewichtete Ergebnisse.
- 14 Groh-Samberg, Olaf/Hertel, Florian R. (2015): Ende der Aufstiegsgesellschaft? S. 262; In: *APuZ*-Edition: Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1576, S. 256–267.
- 15 Goebel et al. (2015), a.a.O., S. 577f.

sich also – wie bezüglich des Medianeinkommens – eine relative Sicherheit für die mittleren Lagen.

■ **Keine generelle und dauerhafte Lohnungleichheit für Mütter mit höherer Bildung.** Vergleicht man die Löhne von Müttern und kinderlosen Frauen, fällt positiv auf, dass es wenig strukturelle Ungleichheit zu geben scheint: Anhand von Daten des SOEP (1984 bis 2011) konnte gezeigt werden, dass es keine generelle und dauerhafte Lohnungleichheit für Mütter im Vergleich zu kinderlosen Frauen gibt. Vielmehr führen vor allem Unterbrechungen, die über die gesetzlich vorgesehene Phase hinausgehen, zu niedrigeren Löhnen. Dabei spielt Bildung eine entscheidende Rolle: Frauen mit einer Bildungsqualifikation ab mittlerer Reife haben nur geringe, vorübergehende oder keine Lohneinbußen zu erwarten.¹⁶

■ **Führungspositionen weiter von Männern besetzt.** Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in hohen Führungspositionen¹⁷ hat sich zwischen 2001 und 2014 statistisch nicht verändert. Insbesondere in der Finanzbranche und der Öffentlichen Verwaltung haben Männer höhere Chancen auf die Besetzung dieser Positionen. Dies wird unter anderem damit erklärt, dass das Innehaben einer Vollzeitstelle als zentrale Voraussetzung für solche Karrieren gilt.¹⁸ Bei gleichen berufsqualifikatorischen Voraussetzungen sind Männer hier im Vorteil, da es vor allem Frauen sind, die ihren Beruf im Falle von Elternschaft unterbrechen oder in Teilzeit ausüben.¹⁹

Chancen für den sozialen Aufstieg

■ **Mittelschicht im Vorteil.** Nach Erhebungen des Sozio-oekonomischen Panels (kurz: SOEP) befanden sich knapp 11 Prozent der Personen, die 2007 noch der Mittelschicht (80–150 Prozent des Medianeinkommens) angehörten, im Jahr 2011 im Bereich von 60–80 Prozent und knapp 4 Prozent im Bereich unter 60 Prozent des Medianeinkommens.²⁰ Gleichzeitig hatten knapp 13 Prozent der Mittelschichtangehörigen von 2007 im Jahr 2011 einen Aufstieg in die Bereiche

¹⁶ Schmelzer, Paul/Kurz, Karin/Schulze, Kerstin (2015): Einkommensnachteile von Müttern im Vergleich zu kinderlosen Frauen in Deutschland. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67, S. 737–762.

¹⁷ Unter hohen Führungspositionen sind in der Studie Berufe in der Anlehnung an die Internationale Standardklassifizierung der Berufe von 1988 (ISCO88, Hauptgruppe I) gemeint; darunter fallen beispielsweise Geschäftsführer/innen, Produktionsleiter/innen oder Personalmanager/innen; vgl. Holst, Elke/Friedrich, Martin (2016): Hohe Führungspositionen: In der Finanzbranche haben Frauen im Vergleich zu Männern besonders geringe Chancen, S. 827; in: *DIW Wochenbericht* 83 (37), S. 827–838.

¹⁸ Holst/Friedrich (2016), ebd. sowie Holst, Elke (2016): Bessere Aufstiegschancen von Frauen tragen zur Reduzierung des Gender Pay Gap bei [Interview], in: *DIW Wochenbericht* 83 (37), S. 839.

¹⁹ Holst/Friedrich (2016), ebd., S. 836.

²⁰ Niehues (2014), a.a.O., S. 12.

über 150 Prozent des Medianeinkommens geschafft.²¹ Ein erhöhtes Abstiegsrisiko wird dagegen insbesondere in den letzten Jahren für Personen in der *unteren* Mittelschicht diagnostiziert.²² Der untere Rand der Mittelschicht scheint damit weitaus gefährdeter zu sein als die relativ gut abgesicherte *mittlere* Mittelschicht. Allerdings ist hier stets zu beachten, wo die (Schicht-) Grenzen gesetzt werden: Eine Festlegung der unteren Mittelschicht mit einem Medianäquivalenzeinkommen von 60 bis 80 Prozent spiegelt ein anderes Bild wieder als eine Grenzziehung bei beispielsweise 70 Prozent. Je nach Schichtabgrenzung können Befunde auf der Basis gleicher Daten unterschiedlich interpretiert werden: zum Beispiel als erhöhtes Abstiegsrisiko für die Mittelschicht, als gute Aufstiegschancen in die Mittelschicht oder als Verfestigung von Armut. Hier ist also genau zu unterscheiden, auf welcher Basis die Daten erhoben worden (Haushalts- oder Individualeinkommen, Brutto- oder Nettoeinkommen etc.) und wie die jeweiligen Grenzen festgelegt wurden.²³

■ **Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit, kaum Geschlechterunterschiede.** Ein höheres Bildungsniveau hat einen deutlich positiven Effekt auf die Aufstiegsmobilität und schützt umgekehrt vor Abstiegsgefahren. Im Vergleich zu Geringqualifizierten steigen Universitätsabsolventen knapp doppelt so oft auf.²⁴ Gute Qualifikation und eine daraus resultierende qualifizierte berufliche Stellung bieten umgekehrt auch nach wie vor vergleichsweise Schutz vor einem sozialen Abstieg, gerade auch vor Langzeitarbeitslosigkeit und Verarmung. Geringqualifizierte sind achtmal häufiger arbeitslos als Hochschulabsolventen und viermal öfter als beruflich Qualifizierte.²⁵ Dabei ist die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote von Männern und Frauen mittlerweile – im Vergleich noch zu Ende der 1990er Jahre – auf etwa gleichem Niveau.²⁶

21 Ebd.

22 Vgl. Schäfer et al. (2013), a.a.O.

23 Vgl. zu dieser Problematik ebenfalls die Debatte um die Schrumpfungsthese der Mittelschicht in: Kohrs, Silke (2016): Statuserhalt und Förderung der Kinder: Handlungsstrategien von Mittelschichteltern aus ungleichheits- und bildungssoziologischer Perspektive. Dissertation TU Dortmund, S. 31. Online verfügbar: <http://dx.doi.org/10.17877/DE290R-17248>

24 Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln aus den Jahren 2005 bis 2011. In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2013): Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität. Gutachten, Köln, S. 16.

25 Hausner, K.H./Söhnlein, D./Weber, B./Weber, E. (2015): Bessere Chancen mit mehr Bildung, in: *IAB-Kurzbericht* 11/2015, S. 1–8. vgl. auch Weber, Brigitte/Weber, Enzo (2013): Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. In: *IAB-Kurzbericht* 4/2013, S. 1–8; Werding, Martin/Müller, Marianne (2007): Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht. S. 142ff. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht. Frankfurt a. M., S. 104–162; sowie Groh-Samberg, Olaf/Hertel, Florian R. (2010): Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand. In: Burzan, Nicole/Berger, Peter A. (Hrsg.): Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden, S. 137–157.

26 Hausner et al. (2015), ebd.

- **Westdeutsche gegenüber ostdeutschen Männern im Vorteil.** Auch bereinigt um strukturelle Einflüsse zeigen Daten von 1976 bis 2014²⁷ deutliche Ost-West-Unterschiede bei den Aufstiegschancen von Männern: Während sich in Ostdeutschland seit 1990 der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und später erreichter eigener Schichtzugehörigkeit im Zeitverlauf verstärkt hat, gilt dies für westdeutsche Männer nicht. Deren Chancen auf einen sozialen Aufstieg haben sich in den letzten 40 Jahren *erhöht*.²⁸ Für Frauen hingegen zeigen sich in Ost- wie in Westdeutschland ähnliche Aufstiegs- und Abstiegs Erfahrungen.²⁹
- **Paarhaushalte im Vorteil.** Für die Jahre 2005 bis 2011 kann gezeigt werden, dass rund 95 Prozent der Paarhaushalte mit und ohne Kinder innerhalb eines Jahres in demselben Status verbleiben.³⁰ Das bedeutet, dass ein relativ hoher Anteil der Haushaltstypen stabil bleibt und damit wenige negative (wie positive) Effekte von Einkommensmobilität (zum Beispiel in Form eines niedrigeren oder höheren Haushaltseinkommens) zu erwarten sind. Paarhaushalte mit Kindern sind im Vergleich zu solchen ohne Kinder mobiler (Differenz ca. 13 Prozentpunkte), generell überwiegen bei Paarhaushalten die Aufstiegschancen.³¹ Alleinstehende und Alleinerziehende steigen im Vergleich eher ab. Wechselprozesse führen grundsätzlich aber dann zu höheren Aufstiegschancen, wenn im Anschluss ein Paarhaushalt ohne Kinder entsteht, zum Beispiel bei einem Zusammenschluss von zwei Alleinstehenden-Haushalten. Eine (fortgesetzte) Erwerbstätigkeit ist für alle Haushaltstypen mit höheren Aufstiegschancen verbunden.³²
- **Mit Migrationshintergrund sind Qualifikation und Lebensform besonders entscheidend.** Personen ohne Migrationshintergrund gehören in Deutschland häufiger der oberen Mittelschicht und der Oberschicht an als diejenigen mit Migrationshintergrund.³³ Aber nicht alle Migranten sind per se armutsgefährdet, auch hier zeigen sich zwischen jeweiligen Gruppen zum Teil große Unterschiede. Bei einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von knapp 28 Prozent im Jahr 2015 sind *Paare ohne Kinder* mit knapp 20 Prozent vergleichsweise gering gefährdet. Ebenfalls weniger armutsgefährdet sind Personen mit Migrationshintergrund und einem Schulabschluss. Die Armutsgefährdungsquote liegt für solche *mit Schulabschluss* durchschnittlich bei 23 Prozent, diejenigen mit Realschulabschluss (20 Prozent) und Fachhochschulreife bzw. Abitur (21 Prozent) haben das geringste Risiko in Armut zu fallen.³⁴

²⁷ Daten für Ostdeutschland ab 1990.

²⁸ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2016): Datenreport 2016: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 216.

²⁹ Ebd., S. 217.

³⁰ IW Köln (2013), a.a.O.

³¹ Ebd., S. 20.

³² Ebd.

³³ Verwiebe, Roland (2014): Die Auflösung der migrantischen Mittelschicht und wachsende Armut in Deutschland. In: *APuZ* 49/2014, S. 24–30, hier S. 28.

³⁴ Statistisches Bundesamt (2015): August 2015: Anzahl der Erwerbstätigen um 0,5 Prozent im Vorjahresvergleich gestiegen, Pressemitteilung vom 30. September 2015 – 362/15.

Andere Studien bestätigen, dass diejenigen mit tertiären Bildungsabschlüssen sehr viel höhere Wahrscheinlichkeiten haben, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht anzugehören.³⁵

Fazit

Welche Faktoren bestimmen nun darüber, wer in Deutschland besser oder schlechter in die Gesellschaft integriert ist? Es hat sich gezeigt, dass die Bildungsqualifikation weiterhin ein wesentlicher Differenzierungsfaktor ist und eine (Vollzeit-) Beschäftigung eine der zentralen Voraussetzungen für Teilhabe ist. Allerdings muss auch hier genauer hingesehen werden: Die einzelnen Faktoren wie Erwerbstätigkeit, aber auch Bildungsgrad, Schichtzugehörigkeit oder Einkommen wirken sich teilweise nur in Kombination positiv (wie negativ) auf Teilhabe aus: Beispielsweise gilt der Befund, dass Mütter im Gegensatz zu kinderlosen Frauen nur geringe, vorübergehende oder keine Lohneinbußen zu erwarten haben, eben nur für Mütter mit einer höheren Bildungsqualifikation, keineswegs für alle. Ob Faktoren als eher vorteilhaft oder nachteilig bewertet werden, hängt zudem davon ab, auf welchem Messkonzept (z.B. gewählte Indikatoren und jeweilige Abgrenzungen) die Daten basieren. Und selbst Daten, die auf gleicher Basis erhoben werden, können durchaus unterschiedlich gedeutet werden. So wurde beispielsweise in der Debatte um die «Mittelschichtkrise» anfangs einerseits von «großen» Schrumpfungsprozessen hinsichtlich der Einkommensentwicklung in der Mittelschicht gesprochen.³⁶ Andere Einschätzungen interpretierten diese Veränderungen hingegen vielmehr als minimal und gaben in der Folge eher eine Entwarnung.³⁷

Die hier vorgestellten empirischen Antworten auf die Frage «Wer bleibt drin?» bestätigen einerseits den hohen Stellenwert von Bildung und beruflicher Qualifikation, andererseits auch den noch immer starken Zusammenhang von sozialer Herkunft und Aufstiegschancen. Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass auch weniger auf die Qualifikation ausgerichtete Faktoren, wie die Lebensform bzw. der Haushaltskontext, über Teilhabemöglichkeiten bestimmen: vorteilhaft erwies sich z.B. das Leben in einem Paar- gegenüber einem Einpersonenhaushalt.

Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass es trotz aller Deregulierungsmaßnahmen von Erwerbsarbeit und der Reformen des Wohlfahrtsstaates bestimmte, vor allem in der Mittel- und Oberschicht anzutreffende Bedingungsgefüge gibt, die eine gesellschaftliche Teilhabe begünstigen. Aus den Daten lässt sich zudem herauslesen, dass in einigen Teilbereichen strukturelle Ungleichheiten durchaus reduziert werden konnten, wie zum Beispiel die Angleichung der Aufstiegschancen von

³⁵ Verwiebe (2014), a.a.O., S. 29

³⁶ Vgl. dazu vor allem Grabka/Frick (2008), a.a.O., sowie Goebel et al. (2010), a.a.O.

³⁷ Vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) (2011): Überprüfung der These einer «schrumpfenden Mittelschicht» in Deutschland. Hrsg. durch das BM für Arbeit und Soziales. Köln; sowie Arndt (2012), a.a.O.

ost- und westdeutschen Frauen. Dafür, in weiteren Teilbereichen strukturelle Ungleichheiten abzuschaffen und damit weiteren Bevölkerungsschichten und -gruppen bessere Teilhabemöglichkeiten zu geben, können die hier aufgeführten vorteilhaften Konstellationen Ansatzpunkte sein.

Konfliktkompetenz statt Resilienz. Wider die Trivialisierung von Individualität

Das Thema dieses Grünbuchs ist eingebettet in allgemeine Frage- und Problemstellungen, bei denen Allwissenheitsphantasien blühen, sich aber selbst vorsichtig formulierte Wahrheitsansprüche schnell blamieren können. Trotzdem muss man nicht jede Vereinfachung unwidersprochen hinnehmen und jede Trivialisierung mitmachen – nur weil sich Geld damit verdienen lässt wie im Fall der Resilienz. Dieser ursprünglich aus den Naturwissenschaften stammende und dann von der Psychologie übernommene Begriff hat seit einiger Zeit auch Konjunktur, wenn erforscht und diskutiert wird, wie sich soziale Exklusion verhindern ließe.

Personalisierung simplifiziert Individualisierung

Resilienz macht, wie edel, hilfreich und gut sie auch rhetorisch ausgestattet wird, Probleme jeder Art zu persönlichen Angelegenheiten. Egal weshalb eine Person hinfiel, es liegt an ihr selbst, verletzt liegen zu bleiben oder zum Stehaufmenschen zu werden. Aufstehen ohne Aufstand ist das Resilienz-Rezept. Die Aufgabe besteht darin, sich persönliche Eigenschaften anzutrainieren, «um Krankheiten, Verluste, Überbelastungen, Probleme im Privat- oder Berufsleben bessern meistern zu können»¹. Die Liste empfohlener Eigenschaften sieht in jedem Ratgeber etwas anders aus – Optimismus, Akzeptanz, positive Gefühle gehören stets dazu. Resiliente Menschen verfügen «über eine Vielzahl kognitiver, emotionaler und sozialer Verhaltensweisen, um sich anzupassen und funktionsfähig bleiben zu können»². Anpassen und funktionieren sind Schlüsselwörter des Resilienzkonzepts.

Das ungeklärte Verhältnis von Sozialität und Individualität zeigt sich aktuell an den beiden Trends der Selbstbezüglichkeit und der Vernetzung. Zu registrieren ist eine Inflation des Selbst. Von der Selbstverantwortung über das Selfie bis zur Selbstoptimierung feiert das Ich Urstände, die als fröhlich zu bezeichnen zur ersten Pflicht jeder Eigen-PR gehört. Andererseits expandiert die Netz-Metapher. Die Rede von der

- 1 Wellensieck, Sylvia Kéré/Galuska, Joachim (2014): Resilienz. Kompetenz der Zukunft, Weinheim, S. 23.
- 2 Berndt, Christina (2013): Resilienz. Das Geheimnis der psychischen Widerstandskraft, München, S. 80.

Netzwerkgesellschaft³, von Netzwerkorganisationen, von (globaler) Vernetzung ist in aller Munde, um zeitgenössische Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu charakterisieren. Die Kontakte – offline wie online – zwischen einzelnen Personen, die Verbindungen in Organisationen und zwischen Organisationen, die gesellschaftlichen Beziehungen insgesamt werden als Netze beschrieben.

Im Resilienzpostulat wird dieses widersprüchliche Verhältnis einseitig aufgelöst. Aus dem säkularen Prozess der Individualisierung wird der Kurzschluss Personalisierung gezogen; diese Vorgehensweise ist mit dem Versuch vergleichbar, das Funktionieren eines Computers anhand seiner Benutzeroberfläche zu erklären. Die Resilienzforschung hat diese Abkürzung nicht erfunden. Personalisierung gehört zu den gebräuchlichsten Erklärungsmustern, sie wird von einer Geschichtsschreibung, die lange Zeit alles Geschehen großen Männern zuschrieb, ebenso benutzt wie von der Politik – nicht nur in Wahlkämpfen – und besonders von den aktuellen Massenmedien. Im bundesdeutschen Journalismus steht der Name einer heute 62-jährigen Pfarrerstochter, geboren in Hamburg, aufgewachsen in der DDR, aufgefallen mit besonders guten schulischen Leistungen in Russisch und Mathematik, als Passepartout für alle Probleme, Defizite und Krisen der Bundesrepublik, nicht selten Europas noch mit. Machtverschiebungen, Sozialstrukturen und Vermögensverhältnisse, internationale Verflechtungen, wirtschaftliche Konkurrenz, technologische Prozesse, Organisationsinteressen, kulturelle Hintergründe, alles nebensächlich bis gleichgültig, auf Angela Merkel kommt es an.

Individualität ist ein gesellschaftlicher Zustand

Was ist mit dem historischen Prozess der Individualisierung gemeint? Ein Prozess der Vergesellschaftung! In den Sozialwissenschaften wird viel analytische Kapazität und argumentative Kraft dafür eingesetzt, um aufzuzeigen, dass die Chance, sich als Individuum zu fühlen und zu verhalten, an bestimmten und bestimmbareren gesellschaftlichen Voraussetzungen hängt. Individualität wird als ein gesellschaftlicher Zustand begriffen, nicht als eine persönliche Eigenschaft.⁴ Dass sie «jenseits von Stand und Klasse»⁵ angesiedelt ist, heißt nicht, dass sie außerhalb gesellschaftlicher Strukturen und Bindungen steht. Individualität ist im Gegenteil selbst nichts anderes als ein *soziales* Strukturmerkmal der Moderne, mit dessen Herausbildung sich die Gesellschaft und die Art der Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse verändern.

3 Die Strukturform der nächsten Gesellschaft ist nicht mehr die funktionale Differenzierung, sondern das Netzwerk. In: Baecker, Dirk (2013): Zukunftsfähigkeit. 22 Thesen zur nächsten Gesellschaft. Link: <https://catjects.wordpress.com/2013/07/02/zukunftsfahigkeit-22-thesen-zur-nachsten-gesellschaft>

4 Vgl. z. B. Schroer, Markus (2001): Das Individuum der Gesellschaft, Frankfurt/M.; Junge, Matthias (2002): Individualisierung, Frankfurt/M.; Luhmann, Niklas: Die gesellschaftliche Differenzierung und das Individuum. In: ders. (1995), Soziologische Aufklärung, Bd. 6, Opladen, S. 125–141.

5 Beck, Ulrich (1994): Jenseits von Stand und Klasse. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt/M., S. 43–60.

Die Sozialform Individuum hat die historische Bühne betreten – Arm in Arm mit der Freiheit, eigene Entscheidungen über den persönlichen Lebensweg zu treffen. Wohnort, Bildungsprozess, Partner- und Berufswahl, religiöse und politische Orientierung sind für Alternativen offen. In ihre Identität werden die Einzelnen nicht mehr hineingeboren, sie können – und müssen – in allen diesen Hinsichten eigene Entscheidungen treffen. Und selbst dann, wenn jemand in eine Stadt, in eine Partnerschaft, in einen Job, in eine Partei nur hineingeschlittert ist, wird es ihr und ihm als eigener Wille zugerechnet, denn es hätte anders entschieden werden können.

Ohne Zweifel führt Individualisierung zu mehr Unabhängigkeit, deren Pointe allerdings darin liegt, dass sie gleichzeitig die Abhängigkeiten steigert; zumal in einer so tief arbeitsteiligen Gesellschaft, in der von der Schuhsohle bis zur Dauerwelle, vom Fahrrad bis zum Ferienflug, vom Buch bis zum Computer alles der Arbeitsleistungen anderer Menschen bedarf. Das Netz ist in der Tat das beste Bild dafür, weil seine Knoten ohne ihre Verbindungen offenkundig jeden Halt verlieren. Was zu starke Vereinfachungen nicht in den Blick bekommen, ist die – für die Moderne typische – Anhäufung von Paradoxien wie beispielsweise diese zeitgleiche Zunahme von Unabhängigkeit und Abhängigkeit.

Eine solche innere Widersprüchlichkeit trifft auch auf die Eingangsbeobachtungen der Vernetzung und der Selbstbezüglichkeit zu. Das Selfie wäre als lustige Episode auf die leichte Schulter zu nehmen, gäbe es da nicht das Internet als die Selfie-Bühne schlechthin. Als erstes Massenmedium lädt das digitale Netz Organisationen und Personen massenhaft ein, Selbstdarstellungen zu publizieren: Also wegzulassen, auszublenden, zu verbergen, was störend wirken könnte, und herauszuputzen, ins Scheinwerferlicht zu stellen, dazu zu dichten, was gut anzukommen verspricht.

Die optimierte Selbstdarstellung ist Bürgerpflicht geworden, Selbstvermarktung zur wirtschaftlichen Existenz- und sozialen Karrierebedingung: keine Mietwohnung, kein Arbeitsplatz, keine Zugänge, keine Beziehung ohne «Selfie», die Darstellung seiner selbst von der besten Seite samt den damit verbundenen Herstellungskosten. Die strikte Reglementierung, mit der Mächtige, Reiche und Erfolgreiche ihre öffentliche Beobachtung bis in jedes Detail zu steuern versuchen, lässt den Paparazzi auf der Bildfläche erscheinen. An die Stelle informativ-aufklärender Öffentlichkeit, die Widerspruch respektiert, Interessen jedoch kritisch unter die Lupe nimmt und mit Argumenten streitet, tritt das Öffentliche als Gezerre zwischen Verdunklung und Entblößung, als Wechselbad glanzvoller Selbstinszenierungen und schmutziger Skandale. Candy- und Shitstorms fegen durch die Öffentlichkeit und rauben demokratischer Meinungs- und Willensbildung den Atem.

Gefeierte Freiheiten, verschwiegene Abhängigkeiten

Solche Paradoxien gilt es anzuerkennen: Freiheiten erzeugen Abhängigkeiten. Wenn Jeder und Jede selbst entscheiden kann, dann gerät auch Jeder und Jede in Abhängigkeiten von den Entscheidungen der anderen. Es wird jetzt wichtig für mich, dass sich der Kinderladen meiner Wahl, die Schule, die Universität, die Geschäftspartnerin,

der Vermieter, die Frau bzw. der Mann meiner Wahl für mich entscheiden. Alle, die zu Freien und Sich-Befreienden Beziehungen unterhalten, geraten in Abhängigkeiten von deren Entscheidungen. Selbst- und Fremdbestimmung verhaken sich ineinander bis zur Untrennbarkeit. An der Karriere als der modernen Form gesellschaftlicher Integration ließe sich das im Detail aufzeigen, weil sie sich als jeweilige Zwischensumme eigener und fremder Entscheidungen ergibt, als Zusammenwirken der Auswahl, die man selbst trifft und die andere treffen. «Man kann Erfolge und Misserfolge sich selbst oder den anderen zurechnen und dafür wird es nicht unerheblich sein, ob es um die Zurechnung von Erfolgen oder von Misserfolgen geht.»⁶

Abhängigkeiten können Freiheiten erzeugen oder rauben. Solange andere erledigen, was getan werden muss, bin ich frei in den Entscheidungen über mein Tun und Lassen. Sobald ich auf andere angewiesen bin, können sie vorschreiben, was ich zu tun und zu lassen habe, um zu bekommen, was ich brauche. Die herrschende Meinung moderner Gesellschaften – und insoweit ist sie tatsächlich die Meinung der Mächtigen, Reichen und Erfolgreichen – feiert die Freiheiten und verschweigt die Abhängigkeiten. Erfolge werden als Ausdruck der Freiheit bejubelt. Scheitern und Niederlagen, in denen sich die Abhängigkeiten niederschlagen, werden als persönliches Versagen der Betroffenen behandelt. In sich ist das erst einmal logisch. Wer sich als seines Glückes Schmied feiern lässt, muss akzeptieren, dass ihm auch sein Pech als hausgemacht zugerechnet wird. Gewinnerinnen und Gewinner haben kein Interesse daran, sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Erfolge nachweisen zu lassen; sie möchten ihre Siege als Ergebnis ihrer großen persönlichen Leistungen dargestellt sehen. Nur Verliererinnen und Verlierer brauchen den Hinweis auf die Umstände, die sie daran gehindert haben, erfolgreich zu sein. Aber solche Auskünfte erscheinen dann als Ausreden, als durchschaubare Suche nach einem Alibi. Das Resilienzkonzept fördert diese Sichtweise. Deshalb passt es so perfekt in unsere Zeit.

Resilienz kennt zwei aktuelle Steigerungsvarianten, um nicht zu sagen Auswüchse. Zum einen die Erwartung einer notorisch positiven, gut gelaunten Einstellung gerade auch zum «Reich der Notwendigkeit»: «Arbeit darf nicht mehr nur Sinn geben und Spaß machen – sie muss es! Entfremdung wird durch sogenannte Wohlfühlangebote kaschiert und selbst die schlechtbezahlteste Angestellte einer Mediaagentur muss ihre Einsatzbereitschaft freudig demonstrieren, wenn die nächsten unbezahlten Überstunden anstehen.»⁷ Zum anderen entsteht «eine neue Art von Perfektionismus, die subtil in unser Leben tröpfelt: Keiner darf mehr merken, wie wir uns für etwas anstrengen [...] Es ist nicht mehr cool, sich Anstrengung und Perfektionsstreben anmerken zu lassen»⁸ – und das bei gleichzeitig verschärften Anforderungen.

⁶ Luhmann, Niklas (2000): Organisation und Entscheidung, Opladen/Wiesbaden, S. 103.

⁷ *Die Zeit* 13. März 2014, Nr. 12, S. 61.

⁸ *Brigitte* 31. August 2016, Nr. 19, S. 92f.

Es wäre töricht, Eigenverantwortung zu leugnen, aber...

Der Resilienzboom reagiert auf den Wandel jahrzehntelanger sozialer Aufstiegs-erfahrungen hin zur «Abstiegsgesellschaft».⁹ Zusammen mit der Resilienzliteratur stehen Publikationen über wachsende Armut, soziale Spaltung, die «Gesellschaft der Angst» und die besorgte Frage «Wohin driftet die Mittelschicht?»¹⁰ auf der Bestsellerliste. Reale Abstiege, soziale Unsicherheiten, tatsächliches Scheitern und Ängste vor dem Absteigen sind prägend geworden für die gesellschaftliche Stimmung.¹¹ Was hat ein politisch aufgeklärter Umgang mit dieser Entwicklung zu leisten?

Der Kommentar des Benjamin Franklin (1706–1790) zur amerikanischen Verfassung reicht gerade nicht aus: «The Constitution only guarantees the American people the right to pursue happiness. You have to catch it yourself.» Freiheitsrechte einzuräumen und alles andere den Konkurrenzkämpfen zu überlassen, hat zur Folge, dass die Gewinner ihre nächsten Siege leichter erringen und die Verlierer ihre kommenden Niederlagen mit wachsender Wahrscheinlichkeit erleiden. Freiheitsrechte realisieren sich nicht absolut und isoliert, sondern in einem Verhältnis zwischen Unabhängigkeit und Abhängigkeit. Wenn Freiheit nicht von Anfang an als eine Beziehung gedacht wird, droht sie ideologisiert zu werden. Die Freiheit, die ich mir nehme, muss mitdenken, dass sie für andere eine Einschränkung bedeuten kann. In der sozialen Form des Vertrags werden die wechselseitigen Freiheitsrechte aus-tariert. Dabei zeigt sich sofort, beispielsweise beim Arbeitsvertrag, dass die Situation, in der sich die einzelnen Vertragspartner befinden, Folgen dafür hat, welche Vorteile sie ausschlagen können und welche Nachteile sie in Kauf nehmen müssen.

«Eingekreist von den Selektionen und Restriktionen der Situation, eignet jeder einzelnen Handlung dennoch ein wie immer minimales Moment der Wahl, der Entscheidung.»¹² Das ist der springende Punkt. Es wäre ebenso töricht wie fatal, Eigenverantwortung zu leugnen. Aber es ist kein Jota klüger, alles auf Eigenverantwortung zu reduzieren. Genau so gut kann man sich vor Paul Klees berühmtes Bild «Kamel in rhythmischer Baumlandschaft» stellen und sich streiten, ob man rot oder gelb sieht. Es ist relativ rot und relativ gelb, ein bisschen blau, braun und grün sieht man auch. Individualität ist die soziale Daseinsform der Einzelnen in einer pluralen und flexiblen Gesellschaft. Ohne eine solche Gesellschaft kein Dasein als Individuum. Mit einer so einseitigen Herangehensweise wie dem Resilienzkonzept, das alles auf individuelle Personen setzt, lassen sich vielleicht Kunden finden, aber keine tragfähigen Antworten auf Problemlagen – weder der Personen noch der Organisationen und schon gar nicht der Gesellschaft.

⁹ Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft, Berlin.

¹⁰ Bude, Heinz (2015): Gesellschaft der Angst, Bonn; Mau, Steffen (2012): Lebenschancen – Wohin driftet die Mittelschicht? Berlin.

¹¹ Bude, Heinz (2016): Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen, München.

¹² Baecker, Dirk (2010): Handeln im Netzwerk: Zur Problemstellung der Soziologie. In: Fuhse, Jan/Mützel, Sophie (Hrsg.): Relationale Soziologie: zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung, Wiesbaden, S. 236.

In der Relativität der Freiheit liegt kein Grund, sie gering zu schätzen. Es spricht nicht gegen die Freiheit, dass sie gewissenhaft gehandhabt werden muss. Keine Grenzen zu kennen, bedeutet, primitiv mit ihr umzugehen. Die Verantwortung für die Nebenfolgen des eigenen Handelns abzulehnen, auf «beschränkter Haftung» zu bestehen, gehört zu den Spezialitäten modernen Wirtschaftens. «Je mehr «Gesellschaften mit beschränkter Haftung» aktiv sind, desto mehr haftet die Gesellschaft, desto heftiger werden die Folgen und Nebenwirkungen auf andere ausgelagert.»¹³ Bildet sich eine «freie Gesellschaft» ein, ihr Wohlergehen resultiere aus der möglichst unbegrenzten Entscheidungsfreiheit solcher Akteure, die aus viel Geld viel mehr Geld machen wollen, dann verkleinert sie die Handlungsfreiheiten der Personen, die sich der Kapitalverwertung widersprechende Ziele setzen, zum Beispiel die Umwelt zu schonen, Frauenarbeit nicht schlechter zu bezahlen, Kinderarbeit zu verbieten, der Steuerflucht entschiedener entgegen zu treten, die soziale Sicherheit zu verbessern...

Die Konfliktperspektive öffnet den Blick

Gegen die Idee der Resilienzforschung, die Einzelnen zu stärken, sie zu befähigen, sich problematischen Situationen nicht hilflos auszuliefern, an schwierigen Lebenslagen nicht zu zerbrechen, kann niemand etwas haben. Aber das gilt für viele Ideen, dass sie gut, zumindest gut gemeint sind. Um der Verwirklichung dieser Idee näher zu kommen, bedarf es anderer Antworten. Dabei kann nicht empfohlen werden, am Begriff der Resilienz festzuhalten und den Versuch zu machen, ihn mit einer anderen, mindestens einer erweiterten Bedeutung auszustatten. Die Bedeutung eines Wortes, das wissen wir von dem Sprachphilosophen Ludwig Wittgenstein (1889–1951), bildet sich im Sprachgebrauch. Im Gebrauch der sprachlichen Zeichen entsteht ein Bedeutungsgewebe¹⁴, aus dem sich einzelne Wörter nicht einfach herauslösen und semantisch umfunktionieren lassen. Einen etablierten Sprachgebrauch zu verändern, dazu braucht es die terroristische Macht des Großen Bruders oder langwierige kulturelle Prozesse. Es ist nämlich davon auszugehen, «dass jedes Individuum bereits in eine sinnhaft konstituierte Umwelt hineingeboren und auf sie hin sozialisiert wird. Entsprechend wird weiter angenommen, dass individuelles Wahrnehmen, Denken, Fühlen, Erinnern, Handeln und Kommunizieren entscheidend bestimmt ist von den Mustern und Möglichkeiten, die jeden Menschen als Gattungswesen, als Gesellschaftsmitglied, als Sprecher einer Muttersprache und als Angehörigen einer bestimmten Kultur prägen.»¹⁵

Von daher spricht viel dafür, wenn etwas Anderes gewollt ist, auch mit einer anderen Bezeichnung zu operieren. Sollen bessere Lebenschancen nicht auf ein persönliches Trainingsprogramm reduziert, sondern als Zusammenspiel individueller Initiativen und sozialer Bedingungen begriffen werden, wäre Konfliktkompetenz aus

¹³ Arlt, Hans-Jürgen (2017): Arbeit und Freiheit. Eine Paradoxie der Moderne, Wiesbaden, S. 31.

¹⁴ Vgl. Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a.M., S. 7–43.

¹⁵ Schmidt, Siegfried J. (2003): Kognitive Autonomie und soziale Orientierung, Münster, S. 43f.

mehreren Gründen ein richtungsweisender Begriff. Das «Nein» ist schon häufig als Urform von Freiheit bezeichnet worden, weil sich in ihm Unabhängigkeit von den Erwartungen anderer artikuliert, von deren Forderungen und Zumutungen, aber möglicherweise auch von Normen, Regeln, Gesetzen. Der Anspruch der einen und der Widerspruch der anderen generieren zusammen den Konflikt. Ohne kommuniziertes «Nein» kein Konflikt. «Ein Konflikt liegt also nur dann vor, wenn Erwartungen kommuniziert werden und das Nichtakzeptieren der Kommunikation rückkommuniziert wird.»¹⁶

Anders als Resilienz ist Konflikt von Anfang an ein sozialer Begriff, weil er von mindestens zwei Personen und ihrer Beziehung zueinander ausgeht. Sozial aufgeladen wie sie sind, können Konflikte schnell zu Verhärtungen und Verwerfungen führen. Stabilisiert sich die Konfliktstruktur, nimmt sie die Form der Gegnerschaft an. Gegnerschaft ist ein Integrationsfaktor ersten Ranges: «Von Gegnern und Konflikten kann man abhängig werden wie von Partnern und Ehen.»¹⁷ Als Gegnerschaft etabliert, ist die normale Verlaufsform des Konflikts die Eskalation. Er ernährt sich von sich selbst, wird größer, lässt Unabhängigkeit nicht mehr zu, kennt nur Freund und Feind, lässt am Konfliktgegner kein gutes Haar, will Sieger und Verlierer. Deshalb bedarf es der Konfliktkompetenz – die, dieser Weg ist immer offen, wie Resilienz auf persönliche Fähigkeiten reduziert werden kann. Dann herrschen Begrifflichkeiten vor wie Selbstmanagement, Selbstwahrnehmung, Selbststeuerung, Selbstmotivation.

Aber im Kontext Konflikt fällt eine Perspektivöffnung leichter, drängt sich sogar auf, die einen Blick nicht nur für Verhalten, sondern auch für Verhältnisse hat, für Rahmenbedingungen, Routinen, Beziehungsmuster, institutionelle Vorgaben, formelle Regelungen und dadurch im weiten und guten Sinn auch eine Politisierung nahelegt.

Des eigenen Glückes Schmied sein können

Konfliktkompetenz fragt nach dem politischen Programm, das bessere Lebenschancen als Zusammenspiel von persönlicher Initiative und sozialen Bedingungen begreift, statt das eine gegen das andere ins Feld zu führen. Sie sieht die sozialen Voraussetzungen persönlicher Lebensgestaltung, ohne den modernen Grundgedanken zu verraten, dass das Soziale der freien Entfaltung des Individuellen dienen soll: Jede und jeder soll des eigenen Glückes Schmied sein können. Aber dieses Können hat gesellschaftliche Voraussetzungen, die heute ungleich und ungerecht verteilt sind, die es wenigen leicht, vielen schwer und zu vielen unmöglich machen.

Konfliktkompetenz zielt auf verantwortlichen Umgang mit Freiheiten. «Der Konflikt ist Freiheit, weil durch ihn allein die Vielfalt und Unvereinbarkeit menschlicher Interessen und Wünsche in einer Welt notorischer Ungewissheit angemessenen

16 Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M., S. 530.

17 Kieserling, André (1999): Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme, Frankfurt a.M., S. 269.

Ausdruck finden kann.»¹⁸ Interessenkonflikte treten nur dann nicht auf, wenn herrschende Interessen so viel Macht haben, dass sich andere Interessen nicht artikulieren, keine Geltungsansprüche formulieren können. Wo sich Freiheiten nicht nur als gleiches Recht, sondern auch als gerecht verteiltes Vermögen verwirklichen können, kommt es zu Widersprüchen und Kontroversen, bedarf es der kritischen Auseinandersetzungen, braucht es Streitkultur – eben Konfliktkompetenz.

Macht es, so lautet die Schlussfrage, für die Zahl Zehn einen Unterschied, aus welchen Verhältnissen sie kommt? Ob sie die Summe aus drei und sieben ist, die Beziehung von 23 minus 13 repräsentiert, als stolzes Resultat von zwei Mal fünf dasteht, als schäbiger Rest bleibt, nachdem 990 von 1000 abgezogen wurde, oder ob sie aus so komplizierten Verhältnissen wie Potenzieren und Radizieren hervorgeht. Die Zehn ist bislang von niemandem interviewt worden, schwer eine Antwort zu wagen. Menschen betreffend fällt die Antwort leicht. Ohne jeden Zweifel macht es für das Individuum einen entscheidenden Unterschied, als Folge welcher Beziehungskonstellationen es seinen aktuellen Zustand sieht: ob freundliche oder aggressive Kontakte vorherrschen, ob es sich wertgeschätzt oder missachtet, unterstützt oder bedroht fühlt, ob es protestiert oder sich weggeduckt hat.

«Wir müssen lernen, in Beziehungen zu denken. Das ›In between‹, das ›Dazwischen‹, zwischen den Objekten [zwischen den Subjekten – ergänzt der Autor], zwischen den Sektoren und Disziplinen, das ›Inter‹ und das ›Trans‹ sind die spannendsten Orte bzw. Nicht-Orte, an denen es ›funkelt‹, im wörtlichen und übertragenen Sinn.»¹⁹ Resilienz kommt aus der Logik des Trivialen, sie interessiert sich viel zu wenig für die Beziehungen. Konfliktkompetenz dreht sich um Beziehungen, sie schöpft ihre Urteilskraft aus dem Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung.

¹⁸ Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München, S. 174.

¹⁹ Mutius, Bernhard von (2009): Die andere Intelligenz. In: *Revue für postheroisches Management*, Heft 4, S. 12.

Die Analysen dieses Grünbuchs belegen, dass die mit dem sozialen Wandel einhergehenden Exklusionsrisiken überproportional von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Wer keine oder nur eine einfache Berufsausbildung hat, arbeitet besonders häufig in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und wird häufiger und länger arbeitslos als andere. Ein Drittel aller Alleinerziehenden mit einem Kind sind auf Leistungen nach SGB-II angewiesen, bei zwei und mehr Kindern liegt der Anteil sogar noch höher. Alleinstehenden droht bei Arbeitslosigkeit schneller und nachhaltiger der soziale Abstieg als denjenigen, die in solchen Krisen durch Einkommen oder Vermögen der Partnerin oder des Partners unterstützt werden. Diese Gruppen haben trotz aller Unterschiede eines gemeinsam: sie gehören zur Einkommensunterschicht und sind materiell schlechter gestellt als der Durchschnitt.

Zu Recht beklagt auch die Mittelschicht Verunsicherungen und neue Belastungen: Im Beruf wachsen die Anforderungen an Qualifikation und Flexibilität, sowohl in Bezug auf die Arbeitszeit als auch hinsichtlich der räumlichen Mobilität. Jüngeren wird, selbst wenn sie gut ausgebildet sind, die langfristige Lebens- und Familienplanung durch befristete Verträge erschwert. In der Mitte des Lebens sind berufliche Anforderungen nur schwer mit Sorge-Pflichten für Kinder oder hilfsbedürftige Ältere in Einklang zu bringen. Dennoch haben bildungsstarke Mittelschicht-Familien zumeist die notwendigen Ressourcen, mit diesen neuen Unsicherheiten und Belastungen so umzugehen, dass sie nicht zur sozialen Exklusion führen. Wer über das entsprechende kulturelle wie soziale Kapital verfügt und auch materiell von Familienmitgliedern unterstützt wird, dessen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten sind auch in Phasen von Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung kaum eingeschränkt.

Dieser Unterschied zwischen latenter Unsicherheit und konkretem Teilhabeverlust ist entscheidend, wenn wir eine neue, auf faire Teilhabechance zielende Politik des Sozialen entwickeln wollen. Eine solche Politik muss darauf ausgerichtet sein, das Gemeinsame und Allgemeine zu stärken und dort ihre Kräfte zu bündeln, wo sich Prekärität und Teilhabebarrieren zu verfestigen drohen. Der politische Handlungsbedarf, dass legen die Analysen des Grünbuches nahe, besteht dabei auf drei Ebenen: *diskursiv*, beim Formulieren und Aushandeln von Teilhabeansprüchen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen, die derzeit akut von Exklusion bedroht sind; *praktisch*, wenn es darum geht, dass prinzipiell bereits vorhandene Teilhaberechte auch tatsächlich von allen verwirklicht werden können; und schließlich *strukturell* bei der Frage, wie angesichts der zunehmend diversen Bedürfnisse und sozialen Lagen weiterhin gesamtgesellschaftliche Kohäsion im Sinne von fairer

Teilhabe gewährleistet werden kann. Ausgehend davon, sehen wir die Prioritäten vorrangig auf den folgenden drei Feldern:

■ **Öffentliche Güter gemeinsam gestalten.** Teilhabe kann nur da verwirklicht werden, wo es etwas Allgemeines, Gemeinsames gibt, das allen zur Verfügung steht. Öffentliche Güter werden gemeinschaftlich bereitgestellt, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Öffentliche Institutionen und Infrastrukturen sind damit entscheidende Orte und Netze gesellschaftlicher Teilhabe. Ob es sich nun um Schulen handelt, an denen Kinder quer zu Schicht und Herkunft zusammenfinden; um Gesundheitsversorgung, die keine Zwei-Klassen-Medizin ist; oder um öffentliche Verkehrsmittel und Grünanlagen, die von allen benutzt werden – in der Sicherung und Gewährleistung öffentlicher Güter liegt eine zentrale Antwort auf soziale Spaltung. Eine teilhabeorientierte Politik muss daher Strukturen schaffen, um den allgemeinen Zugang sowohl für Nutzende als auch Produzierende öffentlicher Güter zu gewährleisten. Ziel muss es sein, nach einer Phase der Privatisierung zu neuen institutionellen Arrangements zu kommen, die Inklusivität und Qualität gewährleisten und dabei zugleich bürger-schaftliche Gestaltung und marktwirtschaftliche Impulse aufnehmen.

Dabei wird es auch darauf ankommen, zunächst überhaupt den konkreten Bedarf an öffentlichen Gütern transparent auszuhandeln. Es gibt keinen feststehenden Katalog öffentlicher Güter, sie verändern sich mit der Gesellschaft. Mit dem demografischen Wandel wächst der Bedarf an Pflege und altersgerechtem Wohnraum. Veränderte Erwerbsbiografien und Familienkonstellationen lassen den Bedarf an Kinderbetreuung steigen. Die sozialräumlichen Veränderungen erfordern neue Mobilitäts- und Wohnkonzepte. Deshalb sind nicht nur Verfahren notwendig, um die Verteilung öffentlicher Güter demokratisch auszuhandeln. Wir müssen auch sicherstellen, dass die Definition dessen, was als öffentliches Gut gilt, immer wieder gesamtgesellschaftlich überprüft und aktualisiert wird – nicht nur von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, sondern von allen.

■ **Erwerbsarbeitsbezogene Teilhabedefizite beseitigen.** Ein Wohlfahrtsstaat, dessen Teilhabelogik sich vornehmlich auf Erwerbsarbeit konzentriert, muss bestrebt sein, die erwerbsarbeitsbezogenen Teilhabedefizite zu minimieren, um nicht seinerseits Ausgrenzung zu verursachen. Dabei müssen Antworten für die heute schon bekannten und zukünftig absehbaren strukturellen Probleme des Zugangs oder Verbleibs im Erwerbsleben gefunden werden. Wie können wir sicherstellen, dass Menschen mit nachteiligen individuellen Voraussetzungen, wie z.B. niedrige Qualifikation oder unzureichende Sprachkenntnisse, besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen? Wie kann dieser Zugang im Einwanderungsland Deutschland diskriminierungsfrei gestaltet werden? Welche politischen Konsequenzen sind daraus zu ziehen, dass die fortschreitende Digitalisierung in immer schnellerem Tempo auch berufliche Qualifikationen entwertet, die eben noch als vorteilhaft galten? Notwendig ist es aber auch, die individuellen Voraussetzungen selbst zu benennen. Dabei muss der Auftrag des

Förderns als *gesellschaftliche* Aufgabe mehr als bisher in den Blick genommen werden – und zwar in einem umfassenden Sinn auf Teilhabe ausgerichtet. Zu den individuellen Fähigkeiten, die Exklusion unwahrscheinlicher machen, gehören vor allem schulische Ausbildung und berufliche Weiterbildung. Wichtig sind zudem weitere soziale Kompetenzen: die Fähigkeit, Interessen zu formulieren, sich mit den Interessen anderer auseinanderzusetzen und Kompromisse zu finden oder auch vorhandene Institutionen und Angebote des Wohlfahrtsstaats für legitime Teilhabeansprüche zu nutzen. Dennoch bleibt auch jenseits all dessen die Frage, wie soziale Teilhabe derer, für die auch nach Qualifizierungsmaßnahmen und Förderprogrammen die Barrieren des regulären Arbeitsmarktes zu hoch sind, gesichert oder überhaupt erst möglich gemacht werden kann.

■ **Solidarität in Vielfalt fördern.** Individuelle und kulturelle Unterschiede, die Vielfalt von Lebensstilen und die gewachsene Bedeutung von Individualität dürfen kein Vorwand sein für ungleiche Teilhabechancen. Im Gegenteil begründet sich das Recht auf Inklusion im Sinne gleicher Teilhabemöglichkeiten nicht aus der Unterschiedlichkeit, sondern aus der Annahme, dass diese Unterschiede für den gleichen Zugang irrelevant sind. Öffentliche Unterstützung ist dort am dringendsten, wo ansonsten Exklusion droht. Diese Einsicht kann und muss auch den gebildeten, artikulationsstarken Mittelschichten, deren gesellschaftliche Teilhabe gesichert ist, abverlangt werden. Die daraus folgende Sicherheit, in schwierigen Lebenslagen nicht alleine gelassen zu werden, ist gleichzeitig das beste Mittel gegen die Verunsicherung in *allen* gesellschaftlichen Gruppen und Schichten. Diese Sicherheit kann nicht nur aus der Gewissheit erwachsen, dass Solidarität vielfältig gilt, sondern muss auch auf dem Wissen aufbauen, dass Solidarität von vielfältiger Seite geübt wird. Die Frage weist somit über die Verteilungslogik des Gemeinsamen hinaus und zielt auf Arrangements und Akteure, durch die dieses Gemeinsame überhaupt erst hergestellt wird. So weitet sich die Perspektive hin zur Frage, ob wir nicht wieder mehr gemeinsame Orte brauchen statt immer neue segregierte Sonderbereiche für unterschiedliche Milieus.

Soziale Teilhabe ist also nicht denkbar ohne gemeinsame, schichtübergreifende öffentliche Institutionen und Infrastrukturen. Durch sie werden Barrieren beseitigt, und Menschen können auf Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit in wechselseitiger Anerkennung und Solidarität ihre Potenziale und Fähigkeiten entfalten. Um dieses hohe Ziel zu verwirklichen, bedarf es einer Strategie, die auf vielen gesellschaftlichen Feldern wirksam wird: in der Bildungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik genauso wie in der Sozialpolitik. Was sind nun die konkreten Schritte hin zu einer solchen Strategie? Wie müssen öffentliche Institutionen gestaltet und verändert werden, damit sie Teilhabe gewährleisten statt Ausschluss zu befördern? Welche Barrieren für welche besonders verwundbaren Gruppen müssen wie beseitigt werden? Was sind die konkreten Ansätze, die öffentlichen Institutionen zu Orten sozialer Teilhabe machen?

Das hier vorgelegte *Grünbuch* ist ein weiterer Schritt in der Auseinandersetzung der Heinrich-Böll-Stiftung mit den Themen «Gerechtigkeit» und «Soziale Teilhabe».

Es leitet dabei einen Diskussionsprozess ein, der die Strategie von gemeinsamer Öffentlichkeit und gemeinsamen Orten, an denen alle teilhaben können, für unterschiedliche Politikfelder ausformulieren und mit Handlungsvorschlägen präzisieren will. Gemeinsam mit der interessierten Öffentlichkeit und im fachlichen Austausch mit relevanten Akteuren der einzelnen Politikfelder wollen wir in der Debatte und in der Konsultation an konkreten Lösungsansätzen arbeiten. Verschiedene Formate werden helfen, diesen Diskussionsprozess themen- und zielgruppengerecht zu strukturieren. Nach Abschluss dieses Prozesses sollen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für eine neue Teilhabe-Strategie in einem *Weißbuch Soziale Teilhabe* münden. Dabei wollen wir nicht nur das Bild einer Gesellschaft konturieren, die nach Maßgabe der Teilhabegerechtigkeit für alle gestaltet wird, sondern es soll auch der Versuch unternommen werden, den Weg zur Umsetzung dieser Vision zumindest für einzelne gesellschaftliche Felder anhand konkreter Maßnahmen und Schritte zu beschreiben.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Juliane Achatz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Leiterin der dortigen Arbeitsgruppe Geschlechterforschung. Ihre Schwerpunkte sind Arbeitsmarktsoziologie, Perspektiven der Arbeitsmarktintegration von Frauen, die Dynamik des Bezugs von Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Jugendliche und Erwachsene im Rechtskreis des SGB II sowie berufliche Geschlechtersegregation und Lohnungleichheit. Sie ist unter anderem eine der Autorinnen des Schlussberichts «Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe» (2016, Göttingen/Nürnberg) sowie von «Alleinerziehende Mütter im Bereich des SGB II – eine Synopse empirischer Befunde aus der IAB-Forschung» (2013, Nürnberg).

Dr. Hans-Jürgen Arlt ist seit 2011 Honorarprofessor für Strategische Kommunikationsplanung an der Berliner Universität der Künste, außerdem arbeitet er als Kommunikationswissenschaftler und Publizist. Bis 2003 leitete er zehn Jahre die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Seine Forschungsschwerpunkte sind Zukunft der Arbeit und demokratische Öffentlichkeit. Zu seinen Buchveröffentlichungen gehören unter anderem: *Arbeit und Freiheit – eine Paradoxie der Moderne* (2017) sowie gemeinsam mit Olaf Hoffjan: *Die nächste Öffentlichkeit. Theorieentwurf und Szenarien* (2015).

Prof. Dr. Dirk Baecker leitet seit 2015 den Lehrstuhl für Kulturtheorie und Management sowie die Fakultät für Kulturreflexion an der Universität Witten-Herdecke. Zuvor war er Gastprofessor für Kultursoziologie an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen. Seine Arbeitsgebiete sind soziologische Theorie, Kulturtheorie, Wirtschaftssoziologie, Organisationsforschung und Managementlehre. Zu seinen Buch-Veröffentlichungen zählen unter anderem der Aufsatzband *Wozu Theorie?* (2016), *Beobachter unter sich: Eine Kulturtheorie* (2013) sowie *Studien zur nächsten Gesellschaft* (2007). Als Fluchtpunkt seiner Forschungsfelder und Ausgangspunkt einer Theorie der Digitalisierung betreibt er außerdem «The Catjects Project» (cajects.wordpress.com).

Prof. Dr. Jens Dangschat ist Professor für Soziologie im Department Raumplanung an der TU Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Stadtsoziologie, soziale Ungleichheit und Armut. Seit den 1990er Jahren publiziert er zum Themenbereich «Gentrification» und Segregation im städtischen Raum, unter anderem gemeinsam mit Jörg Blasius (Hg.): *Lebensstile in den Städten* (2013, Wiesbaden) sowie,

ebenfalls als Herausgeber, *Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung* (2012/Erstauflage 1999, Opladen). Außerdem leitete er in Hamburg und Wien zahlreiche empirische und angewandte Forschungsprojekte in den Bereichen lokale Partizipation und Stadtmanagement.

Prof. Dr. Klaus Dörre ist seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie-, und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2011 leitet er außerdem die DFG KollegforscherInnengruppe «Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften». Zu seinen Arbeitsgebieten zählen Kapitalismustheorie/Finanzmarktkapitalismus, flexible und prekäre Beschäftigung und Partizipation in Unternehmen. Zu seinen aktuellen Veröffentlichungen zählen unter anderem «Heimatloser Antikapitalismus? Polanyis Marktkritik und das Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen», in: Bude, Heinz/Staab, Philipp (Hrsg.): *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen* (2016) sowie «Grenzen der Landnahme. Der Kapitalismus stirbt nicht von allein, doch wir können ihn überwinden», in: Tauss, Aaron (Hrsg.) *Sozial-ökologische Transformationen* (2016).

Anke Domscheit-Berg ist Gründerin und Geschäftsführerin der ViaEuropa Deutschland GmbH, Publizistin und Netzaktivistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Digitale Gesellschaft, Open Government und Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist unter anderem Mitglied der familienpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung, der Denkfabrik der Welthungerhilfe Searchers Unlimited sowie Gründungsmitglied der NGO Demokratie Plus. Die Autorin verschiedener Bücher ist Kolumnistin der *Frankfurter Rundschau*, ihre Texte erschienen u.a. bei *ZEIT*, *FAZ*, *SZ*, *Handelsblatt* und *ManagerMagazin*.

Dr. Silke Kohrs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Soziologie sozialer Ungleichheiten der Technischen Universität Dortmund. Von 2011 bis 2014 hat sie mitgearbeitet im DFG-Forschungsprojekt «Handlungsstrategien einer ‹verunsicherten› Mitte der Gesellschaft. Ein Kohortenvergleich». Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse sowie Methoden der empirischen Sozialforschung und Methodenverknüpfungen. 2016 veröffentlichte sie ihre Dissertation *Statuserhalt und Förderung der Kinder: Handlungsstrategien von Mittelschichteltern aus ungleichheits- und bildungssoziologischer Perspektive*, außerdem publizierte sie gemeinsam mit Nicole Burzan und Ivonne Küsters: *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* (2014).

Prof. Dr. Martin Kronauer ist seit 2002 Professor für Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Zwischen 2009 und 2011 war er zugleich Gastprofessor am Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Wandel der Sozialstruktur und soziale Ungleichheit, Inklusion und Exklusion, Umbrüche am Arbeitsmarkt und in der Erwerbsarbeit,

Arbeitslosigkeit und sozial-räumliche Veränderungen in Großstädten. Zu seinen Buch-Veröffentlichungen gehören unter anderem *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus* (2010, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage) sowie als Herausgeber gemeinsam mit Walter Siebel: *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik* (2013).

Dorothee Schulte-Basta ist seit 2014 Referentin für Sozialpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung. Dort ist sie neben sozialpolitischen Themen auch für die Politikfelder Demografischer Wandel und Familienpolitik zuständig. Dazu gehört unter anderem die Koordination zweier Kommissionen der Stiftung: eine zu öffentlichen Gütern und die 2015 einberufene zur Familienpolitik. Zuvor war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Strengmann-Kuhn und studierte in Münster und Berlin Katholische Theologie, Philosophie und Publizistik sowie Kommunikationswissenschaften.

Peter Siller ist seit 2012 Leiter der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung. Zuvor war er Scientific Manager des Exzellenzclusters «Formation of Normative Orders» an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seit 2006 ist er außerdem leitender Redakteur der im Campus Verlag erscheinenden Zeitschrift *polar* (Zeitschrift für politische Philosophie und Kultur). Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zu politischer Theorie und Praxis zählen unter anderem (als Herausgeber) gemeinsam mit Thea Dücker und Arne Baumann *Arbeit der Zukunft. Neue Wege einer gerechten und emanzipativen Arbeitspolitik* (2006) sowie gemeinsam mit Gerhard Pitz: *Politik der Gerechtigkeit. Zur praktischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals* (2009).

Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok ist seit 2014 Professorin für Sozialpolitik und soziale Ökonomie an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik und Verhaltensökonomie. Von 2011 bis 2014 war sie Gastprofessorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin sowie im Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Sie veröffentlichte unter anderem *Die fehlende Akzeptanz von Hartz IV. Eine Realanalyse individuellen Verhaltens jenseits des Homo oeconomicus Modells* (2010) sowie gemeinsam mit Marlene Haupt und Werner Sesselmeier: «Wohlfahrtsstaatsvergleiche aus sozialökonomischer Perspektive», in: Arne Heise/Kathrin Deumelandt: *Sozialökonomie – ein Zukunftsprojekt. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft*, Band 27 (2015).

Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland

Eine Bestandsaufnahme

Gerechtigkeit ist ohne gesellschaftliche Teilhabe nicht zu verwirklichen. Um diese zu ermöglichen und einer strukturellen Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss die Politik grundlegende Bedingungen wie den Zugang zu öffentlichen Gütern, bezahlbarem Wohnraum und Erwerbsarbeit gewährleisten.

Die Beiträge dieses Grünbuchs referieren und analysieren die aktuellen Forschungsergebnisse zum Thema sozialer Teilhabe in Deutschland und zeigen, wo die Politik ansetzen kann, um sozialen Verwerfungen vorzubeugen und die Teilhabechancen für alle zu verbessern.

ISBN 978-3-86928-156-8